

Zweiter Abschnitt.

Der Ausbruch des niedersächsisch-dänischen Kriegs.

In Deutschland war es der niedersächsische Kreis, in welchem in unmittelbarem Anschluß an die durch Halberstadts Einfall hervorgerufenen Unruhen sich eine neue Bewegung erhob. Voll Mißtrauen gegen die Absichten Tillys und Mansfelds, hatte hier der braunschweigische Kreistag am 19. August 1623 den Beschluß erneuert, den Kreis gegen den Eintritt aller Truppen zu schließen, hierbei aber, um dem Beschlusse Nachdruck zu geben, mit dem König von Dänemark ein besonderes Abkommen zur gegenseitigen Unterstützung mit 3000 Mann zu Fuß und 600 Reitern im Fall eines Angriffs getroffen.¹⁾ Es war das ein Schritt, der darauf ausging, das von jeher zwischen Anziehung und Abstosung wechselnde Verhältnis des Kreises zum König einmal wieder im Sinne des engeren Zusammenschlusses zu gestalten, und was dabei das eigentlich treibende Motiv war, das mußte sehr bald der kaiserliche Hof empfinden. Gestützt auf jene Abtretung des Stiftes Halberstadt (S. 251), trat am 23. September ein Gesandter des dänischen Königs mit dem Ansinnen an den Kaiser heran, daß er seinem Sohne Friedrich, sobald er förmlich darum ansuche, die Regalien für Halberstadt erteilen möge. In denselben Tagen erschien dann an demselben kaiserlichen Hof eine Gesandtschaft des niedersächsischen Kreises und verlangte für die sämtlichen Inhaber der Stifter des Kreises jene Schutzbriefe und Lehensindulte, welche in Mühlhausen als Preis kräftiger Unterstützung des Kaisers versprochen waren (S. 83). Offenbar, diese Stände hegten die Sorge, daß für ihren Erwerb an geistlichen Fürstentümern und Gütern eine kritische Zeit herannähe, und ihre Verbindung mit Christian IV. sollte dazu dienen, den eigenen Gewinn zu sichern und neuen Gewinn für den König einzubringen. Aber wenn zur Zeit des noch ungewissen Krieges der General Tilly,

¹⁾ Eigentlich Wiederholung eines schon im Braunschweiger R.A. vom 18. Febr. 1623 festgesetzten Abkommens, aber im Hinblick auf die weitere Entwicklung erst jetzt von rechter Bedeutung.

als kaiserlicher Beauftragter, in der That die Mühlhaufener Zusagen nochmals anerkannt hatte (S. 250), so war jetzt, nach der glücklichen Wendung des Kriegs, der Kaiser zu weiteren Gewährungen nicht bereit; im Gegenteil, jene Bewegung, die sich in Oberdeutschland auf Rückgabe der katholischen Stifter und Klöster gerichtet hatte (S. 192), ergriff nunmehr, wie eine steigende Flut, auch den niedersächsischen Kreis. Einen Ausgangspunkt bot der alte Streit um die Zulassung von zwei katholischen Domherren ins Halberstädter Kapitel (S. 194), zumal da inzwischen der Papst einen von diesen, Wambold von Umstadt, im Frühjahr 1623 zum Dompropst befördert und dazu noch dem Bruder des Kaisers, Erzherzog Karl, ein Kanonikat verliehen hatte. Daneben konnte man im Erzbistum Magdeburg an die im Jahr 1623 am kaiserlichen Hof eingehenden Klagen von drei Mönchen anknüpfen, welche durch ihren im protestantischen Sinn reformierenden Abt Ulenberg aus dem Kloster Ammensleben ausgestoßen waren. Und so ergingen denn auch im Jahr 1624 kaiserliche Mandate nach beiden Stiftern hin: Zulassung der katholischen Domherren in Halberstadt, Rückgabe der dortigen Andreaskirche an die Franziskaner, Einführung eines katholischen Propstes in dem Nonnenkloster Altenhaldensleben bei Magdeburg und anderes wurde zum Entsetzen der Protestanten befohlen. Bei dem gereizten Argwohn beider Parteien fehlte es darauf natürlich nicht an Gegenzügen. So wurde besonders in Halberstadt ein Streit, der dadurch entstanden war, daß das Domkapitel den dänischen Prinzen verwarf und statt seiner, auf Grund einer früheren zweifelhaften Koadjuturwahl, den Administrator von Magdeburg als Nachfolger des zurückgetretenen Christian annahm, beigelegt, indem der Magdeburger vom Könige von Dänemark als Bischof anerkannt, dann aber (3. Oktober 1624) der Sohn des Königs vom Kapitel zum Koadjutor postuliert wurde. Von da ab sahen sich Dänemark und der Magdeburger Administrator auf das Zusammengehen gegen die Politik der Rückgewinnung der Stifter angewiesen.

Das waren Vorgänge, welche rasch eine scharfe Spannung hervorriefen. Gegen Ende des Jahres 1623 betrachteten bereits der Kaiser und Kurfürst Maximilian die niedersächsischen Stände nebst Dänemark als halbe Feinde, während sie zugleich von Mansfeld und dem Halberstädter unausgesetzt die Wiederholung ihrer Angriffe befürchteten. Der Schluß, den sie daraus zogen, war, daß die nach Norddeutschland vorgeschobenen ligistischen Streitkräfte noch weiter dort verbleiben mußten, um sowohl gegen den niedersächsischen Kreis, wie gegen Ostfriesland und die niederländische Grenze bereit zu stehen. Am 9. November kündigte also auf Andringen Maximilians der Kaiser einer Anzahl norddeutscher Fürsten und Stände an, daß dieser Absicht gemäß die Winterquartiere in ihren Gebieten genommen werden mußten: sie hatten den Truppen Obdach zu geben und für die Lieferung des Proviantes gegen bare Bezahlung zu sorgen.¹⁾ Derjenige, auf den man es hierbei vor allem abgesehen hatte, war allerdings kein niedersächsischer Kreisstand, sondern der Landgraf Moriz von Hessen-Kassel. Seine Lande legten sich eben an den Saum des niedersächsischen Kreises, und seine

¹⁾ Maximilian an den Kaiser, 1623 Oktober 10. Der Kaiser an mehrere Fürsten und Stände, Nov. 9. (Berliner Bibl. Ms. Germ. 4^o, n. 455.)

ebenso unüberwindliche wie ohnmächtige Feindschaft gegen Kaiser und Liga lud zu einer nachhaltigen Züchtigung förmlich ein. So erging an ihn bereits am 30. November die Anzeige Tillys, daß er eine Anzahl Regimenter aufzunehmen habe. Vergeblich arbeitete sich darauf Moriz von neuem ab, seine Stände zum Widerstand gegen diese Invasion aufzurufen; das Ende war, daß er selber eine diplomatische Reise zu den Fürsten des niedersächsischen Kreises antrat, um den Widerstand gegen Kaiser und Liga ins Leben zu rufen, während in Hessen sein Sohn Wilhelm als Statthalter (19. Oktober 1623) zurückblieb, und die Ritterschaft, um das Unabwendbare erträglich zu machen, Kommissarien ernannte, welche im Einvernehmen mit den militärischen Befehlshabern die Einquartierung vorzunehmen hatten.

Die Zahl der eingelagerten Truppen betrug im Frühjahr 1624 zehn, wohl größtenteils stark heruntergekommene Regimenter.¹⁾ In einzelnen Abteilungen wurden diese Mannschaften auf die einzelnen Distrikte, die man bildete, gelegt, und in den letzteren die Quartiere und die Lieferung des Unterhaltes auf Bürger und Bauern verteilt. Was an Naturalien die Soldaten vom Gemeinen aufwärts bis zum Regimentsobersten zu verlangen hatten, wurde in einer sogenannten Ordinanz aufgestellt. Wie dann aber die Unterthanen mit der Masse von Lebensmitteln für Menschen und Pferde nicht auskommen konnten, wurde ihnen statt der für die Ernährung der Soldaten (nicht der Pferde) bestimmten Lieferungen eine angeblich gleichwertige Geldzahlung gestattet, und also in einer zweiten Ordinanz die nach dem Rang der Soldaten abgestuften Geldsummen vorgeschrieben. Damit waren denn vielerlei Lasten umzulegen: Quartiere für die Soldaten, Futter für die Pferde, Unterhalt für Gemeine und Offiziere und statt des letzteren in größerem oder geringerem Umfange die Geldsteuer. Daß es bei dieser Umlage und Einziehung tumultuarisch, brutal und ungerecht zuging, verstand sich bei der Unbehüllichkeit der Verwaltung und der Rohheit der Truppen von selbst, wie denn vor allem über die Schonung der ritterschaftlichen Dörfer im Vergleich mit den Städten und fürstlichen Kammergütern geklagt wurde; und nicht minder selbstverständlich war es, daß neben den vorgeschriebenen Forderungen die Greuel der Erpressung, des Diebstahls und Raubes unablässig über die gequälte Bevölkerung dahin gingen. Als Beruhigung war es wohl gemeint, wenn der Kaiser, wie oben bemerkt, die Bezahlung des gelieferten Proviantes, also auch die Rückzahlung der statt dessen vorgeschossenen Gelder, versprach. Aber von der Erfüllung dieser Zusage wird nichts berichtet. Statt dessen verlängerte sich die Einlagerung vom Winter 1623/24 bis in den Juli 1625; und als man den Betrag der bis zu diesem Zeitpunkt nur in den Städten und landesfürstlichen, nicht den adelichen Dörfern erpreßten Lieferungen, ohne Einrechnung der Räubereien und Zerstörungen, zusammenstellte, kam man auf 3318000 Reichsthaler, viel mehr als das Zehnfache dessen, was in den über Sieg und Unterliegen entscheidenden Jahren 1619 und 1620 die Stände ihrem Landgrafen bewilligt hatten (S. 116).

In der Entwicklung des militärischen Kontributionswesens, soweit es vom

¹⁾ Heilmann II 1 S. 173.

Kaiser und seinen Verbündeten gehandhabt wurde, bildet nach Spinolas Besteuerung der pfälzischen Gebiete (S. 113) und Wallensteins Vorgehen in Böhmen (S. 220) diese hessische Einquartierung eine wichtige Stufe. Die nächste Folge aber war ein neues Aufwallen aller Erbitterung und aller Furcht bei den benachbarten protestantischen Ständen, vornehmlich bei den Ständen des niedersächsischen Kreises. Denn zunächst vor dessen offenen Thoren stand das über Hessen-Kassel und Hersfeld ausgebreitete Heer der Liga, und noch fester legte es sich an dessen Grenzen, indem es seine Quartiere noch weiter längs der Weser abwärts aufschlug: in Paderborn, Lippe, Minden, Hoya und Diepholz, selbst auf Gebieten der Stadt Bremen, und von da rückwärts im Stifte Münster. Vergänglich auch hoffte man auf ein Ende des Druckes. Vom Winter in den Sommer des Jahres 1624 und von da wieder durch den Winter aufs Frühjahr 1625 blieben die Truppen in ihrer drohenden Stellung. Tilly selber hatte, wie früher in Assenheim (S. 228), so jetzt in Hersfeld sein Hauptquartier genommen, bereit, seine Streitkräfte nach Nordwesten oder nach Nordosten zusammenzufassen. Da konnte es denn nicht anders sein, als daß die niedersächsischen Stände, nachdem sie längst durch die Erfolge der katholischen Waffen gegen Mansfeld und Halberstadt in Unruhe geraten waren, jetzt ihre Gedanken mehr und mehr auf das eine Ziel richteten, daß man sich dieser Ligaarmee mit Gewalt werde erwehren müssen. Allerdings ein Entschluß war mit derartigen Gedanken noch lange nicht gegeben. Wie weit auch jetzt noch der Weg von den Worten zur That war, das erkannte man, als ein Beschluß, welchen der oben erwähnte Braunschweiger Kreistag im August 1623 faßte, die zum Schutz des Kreises aufgestellte Armee (S. 236) zusammenzuhalten und durch weitere Beisteuern zu ergänzen, unter allgemeiner Nichtbefolgung kläglich zusammenfiel. Am Ende war es auch hier wieder nicht so sehr der eigene Wille, als der Fortgang jener in den Nachbarstaaten begonnenen Bewegung, der die träge Masse zur That vorantrieb.

Ein erster derartiger Antrieb kam von England, aus jener verwegenen Brautwerbung, welche Prinz Karl unter dem Geleit des Herzogs von Buckingham in Madrid angestellt hatte (S. 242). Wie bemerkt, diese Werbung mußte zur endlichen Uebereinkunft oder zum Bruch zwischen England und dem spanisch-österreichischen Hause führen. Zunächst nun sah es so aus, als ob sie geradeswegs zur Verständigung und also zu dem von Jakob I. so lange erstrebten englisch-spanischen Bündnis führen sollte. Am 4. Mai war die päpstliche Dispense für die Heirat des englischen Prinzen mit der spanischen Infantin dem in Madrid residierenden Nuntius zugestellt, allerdings mit dem Vorbehalt, daß sie nicht herausgegeben werden sollte, solange nicht die bisher zwischen Spanien, England und dem Papst verhandelten kirchlichen Zugeständnisse erweitert und ausgiebiger gesichert seien. So erstaunlich aber war die englische Nachgiebigkeit, daß, als man nun mit den in Rom und Madrid erweiterten Bedingungen hervortrat, Jakob I. am 30. Juli die Hauptmasse derselben, und Prinz Karl am 7. September eine Anzahl nochmals hinzugefügter Zugeständnisse beschwor. Wie nunmehr die kirchlichen Bedingungen des Heiratsvertrages lauteten, erhielt die Infantin das Recht des öffentlichen katholischen Gottesdienstes für sich

und ihren Hofstaat in ihrem Palast, in einer Kirche der Stadt London und jeder Stadt, wo sie sich gerade aufhielt. Die Erziehung ihrer Kinder sollte bis zu deren zehntem oder — wofür Prinz Karl sich zu verwenden versprach — bis zum zwölften Jahr in ihre Hand gelegt werden, und wenn die Kinder auch nachher an ihrer katholischen Religion festhielten, so sollte das keinen Ausschluß vom Thronfolgerecht nach sich ziehen. Den englischen Katholiken insgesamt wurde das Recht des Hausgottesdienstes zugebacht; es sollten ferner alle gegen die Katholiken ausschließlich erlassenen Strafgesetze außer Wirksamkeit gesetzt, und im Parlament die Aufhebung dieser Gesetze, sowie die Bestätigung der gemachten Zugeständnisse betrieben werden.

In dieser ganzen Verhandlung war Spanien der fordernde Teil, England der gewährende. Nur in einem Punkte machte Prinz Karl den Versuch, gleichfalls eine Bedingung zu stellen: er verlangte die Restitution des Pfalzgrafen Friedrich —, ein Verlangen, dessen Gewährung ja im Sinne Jakobs I. der unmittelbarste Zweck dieser spanischen Verbindung sein sollte. Aber hier mußte er sich mit der Einwendung zufrieden geben, daß die Restitution sich als Folge der englisch-spanischen Verbindung sicherlich einstellen werde.

Durch diese Nachgiebigkeit schien, als der 12. September herankam, und Prinz Karl seine Rückreise nach England antrat, alles Wesentliche erledigt zu sein. In die Hände des englischen Gesandten, des zum Grafen Bristol erhobenen Digby, gab Karl eine auf König Philipp und dessen Bruder gestellte Vollmacht zum Abschluß der Trauung: zehn Tage, nachdem der päpstliche Dispens übergeben sein werde, sollte diese Zeremonie vor sich gehen. Weiter war festgesetzt, daß die Infantin im nächsten Frühjahr, nachdem vorher den englischen Katholiken der Hausgottesdienst gewährt, und die Ausnahmegesetze gegen sie suspendiert sein würden, nach England zu ihrem Gemahl kommen solle.

Da aber trat ein betäubender Umschlag ein. Erst eine Tagereise hatte sich Karl vom spanischen Hofe entfernt, als er den Grafen Bristol mit dem Befehl überraschte, die Trauungsvollmacht nicht aus der Hand zu geben, bevor er Sicherheit erlangt habe, daß der spanische König seine Schwester nicht etwa nach Vollzug der Vermählung in ein Kloster schicke. Kaum hatte er sodann den sicheren englischen Boden wieder betreten, als Jakob I. am 18. Oktober seinen Gesandten anwies, daß an demselben Tage, da die Trauung vorgehe, auch die Restitution des Pfalzgrafen sichergestellt werden müsse, was er dann am 23. November dahin erläuterte: die Restitution habe Spanien zu bewirken in erster Linie durch Vermittelung, in zweiter durch bewaffnetes Eingreifen neben England; ohne Sicherstellung dieser Leistung keine Trauung. — Diese plötzlichen, für Spanien beleidigenden Forderungen ließen sich nur daraus erklären, daß König Jakob, Prinz Karl und Buckingham, indem sie während der Madrider Verhandlungen alles nachgaben, was gefordert wurde, sich unter äußerem Zwang befunden hatten, und daß sie gegen diesen Zwang sich auflehnten, sobald sie sich frei fühlten. Die ganze Verhandlung in Madrid schien nur dazu gedient zu haben, den Engländern über die Bedingungen eines spanischen Bündnisses und über das diktatorische Auftreten, das sich die Spanier gestatten zu dürfen glaubten, die Augen zu öffnen. Indem nun aber die Engländer ihrerseits Forderungen

zu stellen begannen, und zwar solche, die Spanien als insultierend und unerfüllbar zugleich abweisen mußte, saßen sie sichtlich als Ergebnis der gemachten Erfahrung nicht nur den Abbruch der Heiratsverhandlungen ins Auge, sondern eine völlige Umkehr der bisherigen auf Verständigung mit Spanien ausgehenden Politik.

Erleichtert wurde diese Umkehr durch die seit fünf Jahren wachsende Erbitterung der in Kirche und Parlament führenden Männer über die Freundschaftswerbungen bei Spanien und über die Begünstigung der englischen Katholiken. Das Parlament, nachdem der König es zuletzt vor drei Jahren versammelt und aufgelöst hatte (S. 137), wurde denn auch jetzt wieder von ihm berufen und am 29. Februar 1624 mit der Bitte eröffnet, ihm Rat zu geben, wie die Beziehungen zu Spanien in den zwei großen Fragen der Heirat des Prinzen und der Restitution des Pfalzgrafen fortan einzurichten seien. Wie zu erwarten, lautete die rasche Antwort beider Häuser: die spanische Heirat sowohl, wie die Versuche einer gütlichen Verständigung über die pfälzische Restitution sei aufzugeben. Indem der König diesen Rat billigte, war die Umkehr der englischen Politik entschieden: mit dem Streben nach politischem Einvernehmen mit Spanien war es zu Ende. Aber wohin gingen nun die positiven Entschlüsse? Ohne Schwierigkeit wurden König und Parlament darüber noch einig, daß sich aus jener Umkehr der Politik ein Krieg mit Spanien leicht ergeben könne, und seine Neigung zu einem derartigen Krieg bethätigte das Parlament, indem es dem Könige eine Beisteuer bewilligte, die nahezu das Doppelte von der vor drei Jahren gewährten einbringen sollte. Allein die Verwendung dieses Geldes wurde doch wieder auf die bloße Vorbereitung eines Krieges beschränkt: der Schutz des Reiches, die Sicherung Irlands, die Stärkung der Flotte und daneben die Unterstützung der Generalstaaten und anderer Freunde des Königs wurden als die Zwecke bezeichnet, für die das Geld dienen sollte. Wenn dann, so hieß es in der Erklärung beider Häuser vom 1. April, der König in einen wirklichen Krieg verwickelt wird, so soll weitere Beihilfe gewährt werden.¹⁾

Also der Entschluß zum Kriege wurde noch vertagt. Aber unter diesem Schwanken trat ein anderes Verhältnis hervor, das sich nicht vertagen ließ: das war der alte Zwiespalt zwischen König und Parlament. Als Ziel des Krieges hatte Jakob nur den einen Gedanken der Herstellung Friedrichs V. in seine Erblande und seine Kur vor Augen; in seinem Sinne mußte also der Krieg vornehmlich in Deutschland und mehr gegen den Kaiser und die Liga, als gegen Spanien geführt werden. Die Männer des Parlamentes dagegen scheuten den Landkrieg und hatten nur mäßiges Interesse für die pfälzische Sache: was sie wollten, war ein Seekrieg, gegen Spanien gerichtet, mit all den Gewinsten des Seeraubs, der Plünderung spanischer Küsten und Kolonien, wegen deren man das Andenken der Königin Elisabeth segnete. Schon jetzt kam dieser Gegensatz in bedenklicher Weise zum Ausdruck, als Jakob erklärte, daß er die Gelder, welche das Parlament mit so vorsichtig umschriebenen Verwendungszwecken be-

¹⁾ Journals of the House of Lords III S. 275.

willigt hatte, für die Rückgewinnung der Pfalz benutzen wolle: denn die Pfalz müsse er haben auf dem einen oder dem anderen Weg.¹⁾

Vielleicht hätte sich jedoch dieser Zwiespalt bezüglich der auswärtigen Politik noch verhüllen lassen; aber nun konnte das Parlament es sich nicht versagen, auch den alten Streit über die inneren und kirchlichen Angelegenheiten wieder anzuregen. Wie es hierüber seine alten Forderungen und Beschwerden einbrachte, kam es zum Bruch; der herrische Monarch that, was er bei den früheren Parlamenten gethan hatte: er vertagte die Versammlung (8. Juni) und ließ sie bei seinen Lebzeiten nicht wieder zusammentreten.

Also wiederum, wie im Jahre 1621, Entzweiung mit dem Parlament und Gelbbewilligungen, die zu einem ernsthaften Kriege nicht hinreichten! Auf sich selbst gestellt, würde darauf Jakob wahrscheinlich in seine alte Unthätigkeit zurückgesunken sein; allein der Unterschied von früher und jetzt war, daß er seit der begonnenen Wendung seiner Politik dem Drängen zweier Männer ausgesetzt war, welche den Krieg wollten: es waren Buckingham und der Prinz Karl. Halb widerwillig ließ er sich von diesen Männern bestimmen, seine kriegerischen Vorbereitungen wenigstens in der Weise fortzusetzen, daß er mit anderen Mächten, die von ähnlichen Absichten erfüllt waren, Verbindung suchte. An erster Stelle dachte er dabei an den König von Dänemark und die sächsischen Kreisstände, an zweiter Stelle aber faßte er einen Monarchen ins Auge, der schon wiederholt dem Kreise der in Deutschland kämpfenden Mächte sich genähert hatte, den König Gustav Adolf von Schweden.

Den eigentlichen Mittelpunkt, von dem die Anstrengungen und Entwürfe Gustav Adolfs ausgingen und zu dem sie immer wieder zurückstrebten, bildete nach wie vor der im Jahre 1621 wieder ausgebrochene polnische Krieg (S. 123), ein Kampf, der dadurch, daß Gustav Adolf ihn unausgesetzt mit den großen Gegensätzen zwischen dem spanisch-österreichischen Haus und den protestantischen Mächten zu verbinden suchte, zugleich die schwedischen Waffen vom polnischen auf den deutschen Boden zu führen drohte. In den Jahren 1621 und 1622 war dieser Krieg so wuchtig geführt, daß die Unterwerfung Livlands bis auf einen kleinen Rest vollendet wurde. Hierauf war ein zehnmonatlicher Waffenstillstand eingetreten, der unter zweimaliger Verlängerung bis zum 11. Juni 1625 lief. Aber die Aussicht auf einen wirklichen Frieden wurde durch diese Waffenruhe nicht eröffnet; eher konnte man sagen, daß sie das Bewußtsein der unveröhnlichen Feindschaft noch verstärkte. Denn während der schwedische König diese kurz befristeten Waffenruhen, die ihm eine wirkliche Abrüstung nicht gestatteten, nachgerade als einen Nachteil betrachtete und statt ihrer entweder einen sicheren und vorteilhaften Frieden oder neuen Krieg verlangte, wünschte man in Polen gerade die Fortsetzung der kurzen Stillstände, wogegen ein wirklicher Friede dem König Sigismund wegen der unausbleiblichen Bedingung seines Verzichtes auf die schwedische Krone, den polnischen Ständen wegen der ebenso unvermeidlichen Bedingung der Abtretung wenigstens eines Theiles der von Schweden gemachten Eroberungen unannehmbar war. So sah Gustav Adolf dem Neuausbruch des

¹⁾ A. a. D. S. 283.

Krieges entgegen; hierbei aber spähte er jetzt wie früher unausgesetzt nach der Möglichkeit einer Verflechtung desselben mit den deutschen Wirren. Eben dieser Drang, von den polnischen Schlachtfeldern seine Waffen nach Deutschland zu wenden, nahm in dem Maße in ihm zu, wie die Macht des Kaisers, Spaniens und der Liga emporstieg und von dem Süden Deutschlands gegen den Norden in seine nähere Nachbarschaft vordrang. Gewohnt, sein eigenes Staatswesen nur als ein Glied innerhalb des Gemeinwesens der protestantischen Mächte anzusehen, betrachtete er auch seine eigenen Erfolge nur als Vorläufer künftiger Niederlagen, wenn es nicht gelang, den Rückgang der protestantischen Mächte im ganzen aufzuhalten.

Aber sein Augenmerk unverrückt auf dieses eine Ziel zu lenken, war dem Könige doch nicht vergönnt. Es gab für ihn noch eine andere Verwicklung, welche, wie früher so auch jetzt, in die Kreise seiner Politik störend eingriff: das war die alte Eifersucht zwischen Schweden und Dänemark. Eben jetzt war diese Eifersucht, genährt durch neue Streitigkeiten über Schwedens Zollfreiheit im Sund (II 448), über den zollfreien Verkehr der beiderseitigen Unterthanen in den Grenzgebieten und ähnliche Händel, wieder auf einen Grad der Erbitterung gestiegen, welcher die beiderseitigen Freunde erschreckte. Ein gewaltsamer Ausbruch war im Bereiche der Möglichkeit.

So sah sich der König in dieser Zeit kurzer Ruhe nach schwerem Kampfe von ganz entgegengesetzten Seiten herausgefordert. Unermesslich war aber zugleich sein Selbstgefühl unter den letzten Waffenerfolgen gewachsen, und bei seinem heißen Temperament fand er sich in einer Stimmung, die ihn antrieb, jede Herausforderung mit einem Angriff zu erwidern. Nicht mit Unrecht konnte er sich auch, wenn er auf seine kriegerischen Mittel blickte, sagen, daß er noch viel größeren Proben als den bisherigen gewachsen war. In einem armen Lande, das zur Aufstellung eines großen Söldnerheeres die Mittel nicht aufzubringen vermochte, hatte er auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht der Bauern eine Armee organisiert, die auch im auswärtigen Krieg zu verwenden war, und von der er behaupten durfte, daß ihre Infanterie die aller anderen Heere übertreffe.¹⁾ Schon konnte er im Jahr 1623 die Rechnung machen, daß er für einen auswärtigen Krieg von diesem Fußvolk zwölf Regimenter zu je 1200 Mann verwenden und sie kraft seiner finanziellen und militärischen Vorbereitungen rasch durch vier auswärts geworbene Regimenter verstärken könne, denen er dann an Reiterei 3700 Mann, halb im eigenen Lande ausgehoben, halb auswärts geworben, sich zuzugeben getraute.²⁾ Auch zur See war seine Macht gewachsen. Er besaß jetzt in Riga, das er im letzten Krieg erobert, einen der ersten Handelsplätze der Ostsee und hatte es hier in der Hand, den deutschen Ostseestädten, besonders Lübeck, einen ihrer vornehmsten Märkte zu öffnen oder zu schließen. Daneben hatte er seine Flotte so weit entwickelt, daß er im Jahr 1623 schon 32 eigentliche

¹⁾ Instruktion für Ruthgers, 1623 Aug. 17. (Oxenstiernas Skrifter I 2 S. 585 Anm.) Charakteristisch des Königs Lob des kriegerisch geübten Landvolks, 1623 Aug. 16. (Gustaf Adolfs Skrifter S. 414.)

²⁾ Anschlag in Oxenstiernas Skrifter I 2 S. 395.

Kriegsschiffe zu stellen vermochte. Es schien, als ob zu den drei Bewerbern um die Herrschaft über die Ostsee (II 413) Schweden als ein vierter hinzukommen sollte. Freilich war es gerade dieses Emporkommen seiner Macht an der Ostsee, welches die Sorge des Königs vor den Fortschritten der katholischen Waffen in Deutschland verstärkte. Meister im westfälischen Kreise, brauchten die kaiserlich-ligistischen Streitkräfte nur noch einen großen Fortschritt zu machen, um sich den niederländischen Kreis und die Ostseegebiete zu unterwerfen, und schon sah Gustav Adolf mit einem durch Eifersucht geschärften Fernblick die Gefahr aufsteigen, daß der Kaiser die Hansestädte seinen Absichten dienstbar machen und also eine kaiserliche Herrschaft in der Ostsee begründen möchte: er wolle, sagte er, auch einem Schaden, der erst in zehn oder zwanzig Jahren eintreten könne, zeitig begegnen.¹⁾

Indes trotz dieser Verschärfung des Gegensatzes gegen die katholischen Mächte war es doch eine Zeit lang ungewiß, ob in den kriegerischen Entwürfen, mit denen sich der König trug, nicht doch die neu gereizte Feindschaft gegen Dänemark den Ausschlag geben werde. Erst als Christian IV. gegenüber den kriegerischen Zurüstungen Schwedens sich in den meisten Streitpunkten zur Nachgiebigkeit bequeme, kam ein Vertrag zwischen beiden Königen zu stande (9. Juli 1624), der ein äußeres Einvernehmen herstellte, ohne freilich die alte Eifersucht und den gegenseitigen Argwohn wirklich aufzuheben. Von da ab wandte sich Gustav Adolf ausschließlich der anderen Reihe von Plänen zu, die auf die Erweiterung des polnischen Krieges zu einem Kampf gegen die in Deutschland siegreichen katholischen Mächte ausgingen.²⁾ Verfolgt hatte er derartige Gedanken schon im Jahr 1620, als Friedrich V. die böhmische Krone gewonnen hatte, und daß er ihnen auch nach der Niederlage Friedrichs nicht entsagte, zeigte die Teilnahme, welche er den Versuchen zur Wiederaufrichtung der pfälzischen Macht zuwandte, und die regelmäßige Verbindung, welche er mit der Regierung des gestürzten Pfalzgrafen unterhielt; stand doch der Mann, der die auswärtigen Geschäfte dieser Regierung leitete, Ludwig Camerarius, bereits im Jahr 1621 als besoldeter Berichterstatter in seinen Diensten.

Noch war denn auch der Ausgleich mit Dänemark nicht geschlossen, als der König auf Grund jener Beziehungen bereits ein Projekt entwickelt hatte, mit dem er im August 1623 an die Pfälzer, an Moriz von Oranien und die Generalstaaten herantrat. Ausgehend davon, daß die in Polen erworbenen Kosacken einen nicht unverächtlichen Teil der kaiserlichen Heere bildeten, und folglich Polen ein gemeinsamer Feind sowohl Schwedens wie der vom Kaiser und seinen Verbündeten bekämpften Mächte sei, erbot er sich, gegen Zahlung von Subsidien einen Angriff zu führen, nicht wie bisher gegen Außenwerke des polnischen Reiches, wie Livland oder Kurland, sondern gegen seine Kernlande, so daß der Lauf der Invasion von der westpreussischen Küste bis zu den schlesisch-mährischen Grenzen führen sollte. Zunächst, so meinte der König, wird sich hierdurch das

¹⁾ Relation Bellins, 1624 Oktbr. 23. (Schybergson, Underhandlingarna om en evangelisk allians 1624/25 S. 43 Anm. 13.)

²⁾ Ueber die Verhandlungen mit Gustav Adolf 1623/25 vgl. meine Recension über Oxenstiernas Skrifter, Göttinger Gelehrte Anzeigen 1901, I. Heft.

bisherige Verhältnis, nach dem polnische Truppen die Streitkräfte des Kaisers unterstützen, in sein Gegenteil verkehren; ferner aber werden sich beim Heranrücken der schwedischen Truppen die unterdrückten Protestanten der kaiserlichen Erblande erheben, und um dann den Kaiser und seine Verbündeten unmittelbar zu treffen, muß eine zweite Armee mit niederländischem Gelde aufgebracht werden und im Augenblick jener Erhebung zum Einbruch in die kaiserlichen Staaten heranziehen.

Von einer Annahme solcher Vorschläge konnte fürs erste freilich keine Rede sein: abgesehen von Gustav Adolfs Verwickelungen mit Dänemark, waren es die Niederlagen Halberstadts und Mansfelds, welche eine protestantische Waffenerhebung in Deutschland einstweilen unmöglich machten. Aber die Folge hatten die kühnen Vorschläge doch, daß sie nicht nur die auf Gustav Adolf gesetzten Hoffnungen der Pfälzer erhöhten, sondern auch die Aufmerksamkeit der englischen Regierung erregten; und deshalb wurde denn auch, als sich König Jakob, wie oben erzählt, anschickte, mit den Gegnern des Kaisers anzuknüpfen, die Gewinnung des schwedischen Königs alsbald in Aussicht genommen. An einem und demselben Tage (16. Juni 1624) erhielten die englischen Abgeordneten Anstruther und Spens ihre Instruktion, der eine an Dänemark und die Stände der beiden sächsischen Kreise, der andere an den schwedischen König. — Was aber war es, was nun Jakob I. den protestantischen Mächten vorzuschlagen hatte? Im allgemeinen gingen die hochtönenden Worte auf nichts Geringeres hinaus als den Abschluß eines kriegerischen Bündnisses zur Herstellung des pfälzischen Kurfürsten in seine Erblande und Kur und zur Rettung der deutschen Freiheit gegen die Steigerung der kaiserlichen Macht. Allein wie nun Prinz Karl seinem Vater vorstellte, daß, wenn solche Aufforderungen wirken sollten, sie von dem Angebot bestimmter kriegerischer Leistungen begleitet sein müßten,¹⁾ kam er alsbald wieder auf den Punkt, bei dem der alte König früher regelmäßig gestockt hatte, und über den er auch jetzt noch, wenigstens einstweilen, sich nicht herausdrängen lassen wollte: mehr als das allgemeine Versprechen, daß England bei Vereinbarung der Beisteuern der einzelnen seinen reichlichen Anteil übernehmen werde, sollte den Eingeladenen nicht geboten werden.

Hiernach erschien die Umkehr der englischen Politik doch noch immer nicht sicher. Um so bedeutsamer war es da, daß gleichzeitig eine weniger zweifelhafte Wendung in der französischen Politik erfolgte.

Wie England die Herstellung des Pfalzgrafen forderte und dabei in erster Linie in Konflikt mit dem Kaiser geriet, so verlangte Frankreich die Herstellung der politischen Verhältnisse des Beltlins und trat dabei in erster Linie in Gegensatz gegen Spanien. Schwankend, wie England, stand aber auch lange Zeit die französische Regierung vor der Frage, ob sie im Bunde mit Savoyen und Venedig die Erfüllung des Madrider Vertrags (S. 232) erzwingen oder die Befolgung desselben durch eine weitere Konzession, welche den Spaniern wenigstens das Durchzugsrecht von Mailand nach Tirol gesichert hätte, erkaufen sollte. Es waren das Schwankungen, welche das längst geminderte Ansehen Frankreichs noch tiefer herabzusetzen drohten, und dies um so mehr, da ihnen seit dem Tode des Herzogs

¹⁾ Rusbord, 1623 Dez. 6. (Mém. I S. 146.)

von Luynes (Dezember 1622) ein planloser Wechsel in der Zusammensetzung und Leitung der Regierung zur Seite ging. Aber da trat nun zunächst in diesen letzteren, alles andere bedingenden Verhältnissen mit dem 29. April 1624 ein Wendepunkt ein. Damals wurde in den engeren Staatsrat, dessen sechs Mitglieder unter der Leitung des Marquis von Vieuville die Regierung führten, der Kardinal Richelieu aufgenommen. Es war ein Geist, für den sich in dem Kreise, in den er eintrat, das Herrschen von selber verstand. Schon vier Monate nach seinem Eintritt mußte Vieuville durch seine schimpfliche Absetzung erfahren, daß neben Richelieu für ihn kein Platz sei, und im Januar 1625 konnte der päpstliche Gesandte¹⁾ schon berichten: ohne Richelieu wagen die Behörden nichts anzuordnen, und der König und die Königin-Mutter kaum zu atmen. Ein bestimmtes Verwaltungsfach nahm der Kardinal einstweilen nicht an sich, aber er verstand es, die Häupter der Verwaltung, besonders die des Kriegs und der Finanzen, und mehr noch die drei Staatssekretäre der auswärtigen Angelegenheiten seinen Weisungen unterzuordnen; sein herrschender Wille durchdrang die gesamte Regierung. Und so fest wie der Wille, so klar waren die Gedanken, die dieser Mann in seiner sturmerfüllten Vergangenheit entwickelt hatte, und die er nun in Frankreich und der Welt zu verwirklichen unternahm.

Der erste dieser Gedanken galt der katholischen Restauration in Frankreich. Seit dem Tage, da er, nur 21 Jahre zählend, zum Bischof von Luçon geweiht war (17. April 1607), hatte er mit aufrichtigem Eifer an der inneren und äußeren Kräftigung seiner Kirche gearbeitet, und jetzt, da er in Frankreich gebot, brachte er von den bei diesen Bestrebungen verfolgten Grundsätzen vor allem auch den der Alleinherrschaft der katholischen Kirche mit. Richelieu war ein unveröhnlicher Feind der Hugenotten: sie sind, sagte er, ungetreu ihrem Gott und ihrem König, ein störendes Element in der Zusammensetzung der französischen Nation.²⁾ Ihnen gegenüber sah er es als die erste Aufgabe an, ihre auf einer besonderen militärischen und politischen Organisation beruhende Macht zu sprengen; die zweite und spätere sollte dann in der Vernichtung ihrer Ketzerei selber bestehen. Wohl hätte man darnach erwarten können, daß sein Eintritt in die Regierung die Erneuerung der Religionskriege in Frankreich und die engere Verbindung dieses Reiches mit Spanien und dem Kaiser Ferdinand bedeuten werde.

Allein dieser Folgerung aus seinen hohen Begriffen von dem Recht der Kirche traten seine nicht minder hoch gehenden Gedanken über das Recht des französischen Staates entgegen. Auch Richelieu war in den Bann der Vorstellungen getreten, die an der Macht und an den letzten großen Entwürfen Heinrichs IV. hafteten: jener Gedanke, daß Frankreich als der Schiedsrichter unter den christlichen Staaten walten solle (S. 229 U. 2), und daß die Verwirklichung dieser Aufgabe als eine hohe Pflicht von Heinrich IV. seinen Nachfolgern vermacht sei,³⁾ beherrschte seine Anschauungen von Frankreichs auswärtiger Politik. Zudem er ihn aber mit dem Feuer seines heißen Tempera-

¹⁾ Mari an Barberino, Siri V S. 758.

²⁾ Mauvais Français. (Mém. III S. 282. Petitot.)

³⁾ Instruktion für Schomberg, 1616 Dez. 29. (Richelieu, Correspondance I S. 213.) An Bethunes, 1617 Febr. 12. (S. 295). — Premier état de l'univers, 1610 Mai (S. 54).

mentes erfaßte, zog er auch die Folgerungen, die Heinrich IV. daran geknüpft hatte: Frankreich mußte seine Grenzen, die für solch eine herrschende Stellung zu enge waren, erweitern,¹⁾ es mußte ferner der Uebermacht des spanisch-österreichischen Hauses an der Spitze der geeinten antiösterreichischen Mächte entgegentreten. Welche Mächte waren dies aber? Abgesehen von den italienischen Staaten waren es vor allem die protestantischen Regierungen in Deutschland, den Niederlanden und England. Wie jedoch konnte Frankreich mit ihnen zusammengehen, wenn es im Dienst der allgemeinen Kirche den allgemeinen Verteilungskampf gegen den Protestantismus unternahm? Dies war die Schwierigkeit, vor welcher Richelieu in seiner kirchlichen Politik eine scharfe Scheidung zwischen den französischen und den ausländischen Protestanten durchführte. Den Hugenotten gegenüber hielt er, wenn auch mit Vorsicht, an seiner feindseligen Politik fest, hinsichtlich des Auslandes aber stellte er den Grundsatz auf, daß Frankreich auswärtige Protestanten nicht mit Gewalt zur Kirche zurückzuführen, auswärtige Katholiken nicht mit Gewalt zu schützen habe und mit andersgläubigen Regierungen Verbindungen eingehen dürfe. Wohl betrachtete er es als einen Erfolg pflichtmäßig geleiteter Politik, wenn der Einfluß Frankreichs den Katholiken in protestantischen Landen oder unter türkischer Herrschaft in ihrer Religionsfreiheit zu gute kam; aber die Herstellung der Herrschaft seiner Kirche zum maßgebenden Gebot der auswärtigen Politik zu machen, lehnte er ab, und den Lehren von einer zwingenden Obergewalt des Papstes über die staatlichen Regierungen stellte er die Sätze entgegen: über Unfähigkeit oder Verbrechen der Könige soll nur Gott richten; die Unterordnung der staatlichen Regierungen unter die Kirche soll eine freie sein.²⁾

So mußten des Kardinals Grundsätze über das, was seinem Staat und seiner Kirche gebührte, sich gegenseitig beschränken. Wenig war dagegen von Beschränkungen die Rede in seinen Anschauungen vom Umfang der monarchischen Gewalt. Frankreich war für ihn das Land der Parteien: großen und ständigen Interessen dienten die geschlossenen Körperschaften des Adels, der Geistlichkeit, der reformierten Kirche und der Magistratur; wechselnde Zwecke verfolgten die in stetem Wechsel und kühnen Koalitionen sich immer neu bildenden Faktionen; allen schrieb er das gemeinsame Streben zu, den Staat für ihre Sonderzwecke auszubenten und die Macht, welche der Staatsleitung zukommt, den Parteiführern zuzuspielen; von der Begierde nach Macht aber meinte er, daß sie weder Grenzen noch Gesetz kenne.³⁾ Mitten in diesem wilden Getriebe hatte er sich selber emporgearbeitet, und in stets erneutem Kampfe hatte er seine Stellung zu verteidigen. Da hatte sich in seinem harten und klaren Sinn der Grundsatz befestigt, daß über dem Hader der Parteien das gemeine Wohl durch eine Monarchie zu wahren sei, die keine anderen Schranken kenne als die kluge Rücksicht auf den Charakter der Franzosen, einer Nation, welche die Knechtschaft hasse, aber gern den Gehorsam leiste, der sich mit ihrem Ehrgefühl vertrage.⁴⁾

¹⁾ Accroistre nos limites, 1612. (Corresp. I S. 87.)

²⁾ Mémoires III S. 23, 24.

³⁾ Mémoires I S. 80, 126.

⁴⁾ Honnête obéissance (Mém. I S. 400).

Wie nun dieser Mann die Staatsleitung übernahm, schienen ihm fürs erste alle anderen Sorgen vor den Aufgaben der auswärtigen Politik zurückzutreten. Hier galt es seiner Meinung nach, das Ansehen Frankreichs aus einem Zustand der Erniedrigung wieder zu erheben. Sechs Jahre lang waren ja in der Nachbarschaft Frankreichs Kämpfe und Umwälzungen vor sich gegangen, in denen überall das Gebot der spanisch-österreichischen Politik durchgriff; er sah die Gefahr kommen, daß die europäischen Mächte den Bahnen dieser Politik als Bundesgenossen, als Klienten, oder als Unterjochte folgen mußten! Aus dieser Lage wollte er seinen Staat herausziehen; das wahre Mittel dafür bestand aber in seinem Sinne nur darin, daß man das stolze Ziel von Frankreichs führender Stellung zuversichtlich wieder aufrichtete und die Politik der Freundschaft mit aller Welt durch ein herrisches und jähes Zugreifen ersetzte. Wohl stand ihm hierbei, als unvermeidliche Erbschaft der inneren Wirren und der schwachen Regierung, eine erschreckende Zerrüttung der Finanzen im Wege. Aber so umfassend gestaltete sich schon jetzt seine Thätigkeit, daß er mitten unter dem Drang der auswärtigen Geschäfte auch das Steuer in der Finanzverwaltung ergriff: indem er im Rechnungswesen notdürftige Ordnung herstellte und für aufgedeckte Unterschleife ungeheure Straffummen eintrieb, wußte er die reichen Einkünfte des französischen Staates wieder zusammenzufassen und seinen Zwecken zuzuführen. Und so ging er ans Werk, einen ersten Schlag dort zu führen, wo Frankreich sich von Spanien am unmittelbarsten zurückgedrängt sah, im Veltlin.

In diesem Streithandel war schon kurz vor dem Sturze Vieuilles mit den Verbündeten vom Februar 1623 (S. 233) ein neuer Vertrag zur endlichen Durchführung ihrer Forderungen geschlossen (11. Juli 1624); daneben war der Marquis von Coeuvre nach der Schweiz gesandt, um mit französischem Geld eidgenössische und bündnerische Streitkräfte zu sammeln, die weiter noch durch ein herangezogenes französisches Regiment verstärkt wurden. Wie dann Richelieu die volle Gewalt errungen hatte, wurde am 5. September nochmals ein Abkommen mit Savoyen und Venedig getroffen: am 15. September, so besagte es, werden die Truppen der Verbündeten in Frankreich an die savoyische, in Piemont an die genuesisch-mailändische Grenze vorgeschoben, und mit diesen Streitkräften im Hintergrund wird Coeuvre am 1. Oktober zur Befreiung der Bündner und Veltliner losbrechen.

In der That konnte Coeuvre, dem innerhalb der Eidgenossenschaft allerdings nur Bern und Zürich ihre Unterstützung gewährten, in den letzten Tagen des Oktober seine Operationen beginnen. Zunächst fielen drei bündnerische Regimenter ins Prättigau ein und jagten die Beamten und winzigen Streitkräfte des Erzherzogs Leopold aus dem Lande, worauf am 25. November eine große Tagsatzung zu Chur die Verträge von 1622 umstieß und die drei Bünde in ihrem alten Umfang und ihrer gegenseitigen Verbindung, sowie auch das Bündnis mit Frankreich wiederherstellte. — Eine Woche nach diesem ersten Vorstoß war auch schon die Vorhut von Coeuvres Hauptmacht über den Berninapass bei Tirano ins Veltlin gelangt, worauf ein dreiwöchentlicher leichter Kampf gegen die päpstlichen Garnisonen das Veltlin nebst Bormio und Chiavenna, mit Ausnahme von La Niva an der nördlichen Ecke des Comersees, das von spanischen Truppen gehalten wurde, in die Gewalt der Liga brachte.

In Rom und Venedig war man starr über diese Verwegenheit des Cardinals. Aber bald sollte man noch Schlimmeres hören. Am 4. März 1625 wurde bei Asti ein Heer von 24000 Mann zu Fuß und 3000 Reitern gemustert. Dasselbe war von dem französischen Marschall Lesdiguières und dem Herzog von Savoyen zusammengeführt, und seine Aufgabe war in einem weiteren geheimen Vertrag zwischen Frankreich und Savoyen vom 5. September 1624 abgeredet: unter dem Vorwand der zwischen Savoyen und Genua streitigen Ansprüche auf das Reichslehen Zuccarello sollte ein Eroberungskrieg gegen Genua mit der Aussicht auf einen ferneren Eroberungskrieg gegen das Herzogtum Mailand, sobald erst Spanien durch Maßregeln gegen die in Italien und ins Beltlin einbrechenden Truppen den erforderlichen Vorwand gegeben habe, eröffnet werden. Man hoffte, in diesen Krieg, der denn auch sofort gegen das genuesische Gebiet eröffnet wurde, Venedig hineinzuziehen, ja die päpstliche Kurie suchte man durch Aussicht auf Vergrößerung, die auf Kosten des neapolitanischen Reiches eröffnet wurde, zur Bundesgenossenschaft zu verlocken.¹⁾ Mit einem Schlage schienen also aus dem Gewühle der europäischen Streithändel die großen Absichten Heinrichs IV. wieder emporzusteigen, und Richelieu selber vergaß nicht, das Andenken derselben heraufzubeschwören.²⁾

Eben die Pläne Heinrichs IV. wiesen aber auch auf eine andere Richtung. Der große König hatte seine Anschläge in erster Linie gegen den spanischen Zweig, aber in zweiter Linie auch gegen den deutschen Zweig des Hauses Oesterreich gerichtet, und seine Bundesgenossen hatte er gesucht, wie unter den katholischen Mächten Italiens, so unter den protestantischen im Norden. Auch hier in Heinrichs Spuren zu wandeln, lag für Richelieu um so näher, da er bei seinem Eingreifen in Bünden nicht nur Spanien, sondern auch den Erzherzog Leopold getroffen hatte, da er ferner die englische Politik an der Arbeit sah, einen Angriff gegen das Haus Oesterreich zu führen, der in erster Linie gegen den Kaiser, in zweiter Linie aber auch gegen Spanien gerichtet war. Und eben an England und die um England sich gruppierenden Mächte und Unternehmungen einen Anschluß zu gewinnen, hatte Richelieu denn auch längst gesucht.

In der Zeit, da der englische Kronprinz in Spanien war, und Richelieu selber nur erst als Vertrauter der Königin-Mutter auf die französische Politik einwirken konnte, hatte er in weiter Voraussicht der kommenden Dinge den Herzog von Buckingham wissen lassen, daß die Königin-Mutter die Verbindung des Prinzen Karl mit einer Schwester Ludwigs XIII. gerne sehen würde.³⁾ Diese Anregung trug volle Frucht nach dem Bruch der englisch-spanischen Verhandlungen. Denn jetzt gehörte es zu den vornehmsten Maßregeln, durch welche die Wendung der englischen Politik bekundet wurde, daß im Februar 1624 ein englischer Gesandter nach Frankreich abging, um eine förmliche Verhandlung sowohl über die Heirat, wie über ein Bündnis zu eröffnen. Leicht wurde die

¹⁾ Berichte Scaglias (1625 Jan. 16), Spadas und Naris (Jan. 23.) bei Siri V S. 757, 755, 758. Spada an Barbarino, 1625 März 22 (S. 789).

²⁾ Disegni del re Enrico: Nari an Barbarino, 1625 Jan. 23. (Siri V S. 758—63.)

³⁾ Richelieus Initiative: Goll, Die französische Heirat S. 80 Anm. 8.

Verständigung nicht. Denn wenn Richelieu auch keine gewaltsame Ausbreitung der katholischen Kirche im Auslande betreiben wollte, so glaubte er doch — schon aus Eifersucht gegen Spanien und um den päpstlichen Dispens nicht unmöglich zu machen — die französische Prinzessin dem protestantischen Prinzen um keinen niedrigeren Preis, als um dieselben Zugeständnisse, welche Spanien zu Gunsten der katholischen Kirche ausgemacht hatte, anvertrauen zu dürfen. Da aber geschah das Außerordentliche, daß die englische Regierung die Konzessionen, die ihr Spanien gegenüber unerträglich erschienen waren, abgesehen von einigen Abschwächungen — vornehmlich fiel die Verpflichtung weg, die förmliche Aufhebung der Strafgesetze im Parlament zu erwirken — an Frankreich gewährte. Am 11. Mai 1625 konnte die Trauung der Prinzessin Henriette Marie mit dem inzwischen zum König von England erhobenen Karl I. stattfinden.

Erstaunlich war es, wie gesagt, daß die englische Regierung jene kirchlichen Zugeständnisse trotz der inzwischen eingetretenen Reaktion zum zweitenmal bewilligte, und nicht minder erstaunlich war es, daß sie auch die andere Forderung einer Verpflichtung Frankreichs, für die Restitution Friedrichs V. einzutreten, zwar erhob, aber auf die Weigerung der Franzosen wieder fallen ließ. Offenbar war es das thatkräftige Vorgehen Frankreichs, welches die englischen Staatslenker, indem es sie auf die Gemeinsamkeit des eröffneten Kampfes wies, über solche Verschiedenheit der besonderen Zwecke hinwegsehen ließ. Und Richelieu sorgte dafür, daß die Waffengemeinschaft noch enger wurde, indem er alsbald auch in jene Verbindungen eintrat, welche England mit den anderen protestantischen Mächten im Norden angeknüpft hatte. Zunächst mit der Republik der Niederlande. Mit ihr schlossen England und Frankreich in demselben Monat Juni des Jahres 1624 ein Defensivbündnis ab: England auf zwei, Frankreich auf drei Jahre, ersteres mit der Verpflichtung, 6000 Mann zu Fuß zu stellen, letzteres mit der Zusage von 1200000 Livres fürs erste und je einer Million für die beiden folgenden Jahre. Einen Monat später begab sich sodann ein französischer Agent, Namens Marescot, an die Höfe der Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg und einiger anderer protestantischer Fürsten, um für die Stiftung eines Bündnisses protestantischer Reichsstände, das zum Schutz ihrer Freiheiten, besonders auch ihrer Gewissensfreiheit, dienen sollte, den Beistand des Königs anzubieten; und wieder, in den ersten Monaten des Jahres 1625, reiste ein anderer französischer Agent, Des Hayes, zwischen den Höfen von Dänemark und Schweden hin und her, um beide Könige zur Eintracht und zum einträchtigen Eingreifen in die deutschen Angelegenheiten unter der Formel „Herstellung der deutschen Fürsten in ihre alten Rechte und Freiheiten“ zusammenzubringen. Für die protestantischen Fürsten des Reichs und ebenso für die Könige von Dänemark und Schweden war also das unmittelbare Ergebnis der in Frankreich und England vollzogenen Wendung, daß sie seit dem Sommer des Jahres 1624 sich von beiden Mächten zu einer bewaffneten Erhebung gegen den Kaiser und die Liga gedrängt sahen. Und dieser doppelte Druck war es nun, welcher in jene schwerfällige Bewegung, die sich in Norddeutschland erhoben hatte, einen neuen Zug brachte.

Nicht ein Mitglied des zunächst bedrängten niedersächsischen Kreises, sondern der nach Sachsen mächtigste Fürst in Norddeutschland, Kurfürst Georg Wilhelm

von Brandenburg, ließ sich zuerst von der neuen Bewegung ergreifen. Schon einmal, im Frühjahr 1623, war er unter dem Eindruck der Uebertragung der pfälzischen Kur mit dem Gedanken hervorgetreten, den Widerstand der protestantischen Reichsstände gegen die Fortschritte des Kaisers und der Liga zu organisieren (S. 235). Damals hatte Sachsen ihn zurückgehalten. Wie aber dann die katholischen Mächte neue Triumphe erfochten, und Sachsen durch Anerkennung der bairischen Kur eine neue Unterwerfung unter die siegreiche Partei vollzog, hatte sich in seinem geheimen Räte eine Spaltung gebildet. Die Mehrzahl der Räte drang darauf, daß man der Politik des Savierens durch bewaffnetes Eintreten für die protestantische Sache ein Ende mache und dabei die Bundesgenossen nehme, wo sie sich böten; aber der mächtigste unter ihnen, der Graf von Schwarzenberg (S. 235), der sich schon wegen seines katholischen Bekenntnisses, so lau es auch sein mochte, in einem unausgleichbaren Gegensatz zu den calvinisch gesinnten Räten befand, sah in der heranziehenden Krisis das Heil in dem Anschluß an die kursächsische Politik. Lange stand der Kurfürst diesen Gegensätzen ratlos gegenüber; denn er war, wie sich unter den wachsenden Stürmen immer klarer herausstellte, kein Fürst, der seiner Politik die Bahnen selber vorzeichnen wußte. Aber am Ende ließ er sich von der Partei fortreißen, die den Eintritt in die antikaiserliche Bewegung verlangte.

Wie sich diese Wendung im einzelnen vollzog, ist nicht klar; sicher jedoch gaben den letzten Anstoß zu ihr die Werbungen des französischen Agenten Marescot und des englischen Gesandten Anstruther. Wenige Tage nach den Verrichtungen des ersteren, am 9. August 1624, wurde Christian Bellin, ein Mann, der schon im Jülicher Erbfolgekrieg der Sache Brandenburgs gegen den Kaiser gedient hatte und jetzt wieder im geheimen Räte die neue Politik mit besonderer Entschiedenheit verfocht, der auch mit Gustav Adolfs leitendem Staatsmann Örenstierna schon längst in vertrautem Briefwechsel stand,¹⁾ an den König Christian IV. von Dänemark gesandt, um die französischen Vorschläge zu empfehlen. In Kopenhagen fand Bellin nur ungewissen Bescheid; aber während er von dort nach Stockholm weiter reiste, traf gleichzeitig, am 28. August, Anstruther in Berlin ein, so daß Bellin bei seinen weiteren Anträgen an Gustav Adolf nicht nur auf den französischen, sondern auch auf den englischen Vorschlägen fußen konnte.

Dieses Erscheinen des brandenburgischen Gesandten am schwedischen Hof bildet ein wichtiges Moment in dem Fortgang der kriegerischen Entwürfe. Wohl waren seine Anträge unbestimmt: sie gingen auf irgend eine kriegerische Verbindung protestantischer Reichsstände zur Herstellung des pfälzischen Kurfürsten und der früheren Macht der protestantischen Partei, bei der Schweden und andere Nachbarmächte ihre starke Unterstützung gewähren sollten —; wohl waren auch die Aussichten, welche der Gesandte zu bieten vermochte, höchst ungewiß: denn noch hatte kein Fürst sich zum Anschluß verpflichtet und von seinem eigenen Kurfürsten hatte Bellin nur den Auftrag zu unterhandeln, aber keine Vollmacht zum Abschließen. Indes, daß einer der vornehmsten Fürsten des Reichs eine solche Unterhandlung überhaupt zu eröffnen wagte, war nach der Lage der deutschen

¹⁾ Vgl. die S. 266 Anm. 1 citierte Abhandlung S. 57 Anm. Ritter, Deutsche Geschichte 1555—1648. III.

Dinge ein bedeutender Fortschritt, und dann — die brandenburgischen Anträge wurden verstärkt durch die Vorschläge, die noch vor ihnen von England aus übermittelte waren.

Als nämlich Bellin in Stockholm eintraf, befand sich daselbst schon der am 13. August angelangte englische Gesandte Jakob Spens; der aber hatte nicht nur die erwähnten Anträge Jakobs I., sondern zugleich eine geheime Botschaft des Prinzen von Wales und des Pfalzgrafen Friedrichs V. überbracht. Der Ursprung dieser geheimen Botschaft lag in der Unzufriedenheit, welche Prinz Karl darüber empfand, daß sein Vater zu einer Schilderhebung gegen den Kaiser aufforderte, ohne dabei mit einem klaren Angebot seiner eigenen kriegerischen Leistungen voranzugehen. In seinem Mißvergnügen hatte sich der Prinz den Einwirkungen des pfälzischen Hofes eröffnet, war aber hierbei in ganz neue Projekte verstrickt. Unausgesagt nämlich war man am Hofe Friedrichs V. bemüht geblieben, die Hand, welche Gustav Adolf im Jahr 1623 geboten hatte, festzuhalten. Zu diesem Zweck und unter dem Vorwand, die Patenschaft für einen neugeborenen Sprößling Friedrichs V. zu erbitten — ein Anlaß, der sich dem Kurfürsten im Lauf seiner fruchtbaren Ehe dreizehnmal bot —, war Camerarius im September 1623 zu Gustav Adolf gereist, und hier nun war in unmittelbarer Verhandlung zwischen dem Leiter der pfälzischen Politik und dem schwedischen König jener Plan, den polnischen Krieg wieder zu eröffnen und mit ihm einen Angriff gegen Schlesien zu verbinden, in der Form erneuert, daß zu dem schlesischen Zug Friedrichs Freunde, das heißt vor allem England, Hülfsgelder zahlen, dann wo möglich der Pfalzgraf selber ein kleines Heer werben und heranzuführen sollte. So hoch gingen dabei wieder die Hoffnungen, daß die Rückführung Friedrichs V. nicht nur auf den pfälzischen, sondern auch auf den böhmischen Thron in Aussicht genommen wurde. — In diesen Gedankenkreis war nun der kriegslustige Prinz hineingetreten, und die Folge davon war, daß Spens, wie erwähnt, neben seinem Hauptauftrag eine geheime Botschaft des Prinzen Karl und des Pfalzgrafen überbrachte. Ihrem Kerne nach zielten die geheimen Vorschläge auf einen Angriff gegen Schlesien: die Führung des Angriffs sollte Gustav Adolf übernehmen, die erforderlichen Hülfsgelder sollten von England und anderen zugesprochen werden; man glaubte aus der Kasse Jakobs I. einen monatlichen Zuschuß von 20 000 Pfund Sterling zusichern zu können.

So sah denn Gustav Adolf hintereinander den König Jakob, den englischen Kronprinzen nebst dem Pfalzgrafen, schließlich den brandenburgischen Gesandten mit ihren Anträgen herankommen. Er selber hatte sich in der zwischen Krieg und Frieden schwankenden Zeit unaufhörlich mit kriegerischen Projekten sowohl, wie mit den Vorkehrungen zur raschen Aufstellung von Truppen und Schiffen getragen. Kein Wunder, wenn auf diese Anträge und Angebote sein heißer Thatendrang aufwallte und sich in den kühnsten Plänen Luft machte. Zunächst, da er auf die Vorschläge des Prinzen von Wales antwortete, hielt er sich allerdings noch auf dem festen Boden seiner bisherigen Unternehmungen gegen Polen. Sein letzter Waffenstillstand mit Polen lief bis zum 11. Juni 1625. Entsprechend dem Verlangen der Polen nach vorläufiger Fortsetzung dieser kurzen Waffenruhe (S. 264) war aber in dem be-

treffenden Vertrage ausgemacht, daß er noch ein weiteres Jahr laufen sollte, wenn er nicht spätestens am 10. April 1625 vor dem feindlichen Feldherrn aufgekündigt werde. In der Absicht nun, diese Aufkündigung vorgehen zu lassen, erwiderte Gustav Adolf dem englischen Gesandten, daß er mit dem Angriff gegen Schlesien einverstanden sei. Allein da der Weg nach Schlesien für ihn durch Polen führe, und außerdem der König von Polen kraft seines Bündnisses mit Oesterreich jedem Angreifer Schlesiens in den Rücken fallen werde, so könne Schlesien nicht gewonnen werden, ehe die Kraft Polens in wüthigem Angriff gebrochen sei. Diese erste Aufgabe nun nehme er, der König, auf sich; sobald sie aber gelöst sei, müßten die vom Prinzen Karl, dem Pfalzgrafen und ihren Freunden gesammelten Streitkräfte — sei es ein von ihnen unmittelbar gestelltes, sei es ein mit ihren Geldern vom Schwedenkönig erworbenes zweites Heer — bereit sein zum Einbruch in Schlesien. Vorbedingung des Ganzen sei, daß die Beteiligten, also Schweden, der Prinz, der Pfalzgraf und womöglich auch die Staaten sich in einem festen Bündnis zusammenschließen, welches vor allem auch den Schwedenkönig gegen einen ihn im Rücken bedrohenden Feind, wie etwa den König von Dänemark, zu schützen hätte, daß ferner die Verbündeten zu ihrer weiteren Sicherung, besonders auch um Schweden die Fahrt von der Nordsee zur Ostsee frei zu halten, eine Flotte in der Nordsee aufstellten.

Diese Antwort war bereits erteilt, bevor der brandenburgische Gesandte eingetroffen war. Wie nun Bellin kam und von ihr hörte, konnte er nicht verkennen, daß der unmittelbare Zweck des schlesischen Angriffsplanes die Rückführung des Pfälzers auf den böhmischen Thron war, und daß als weitere Konsequenz der Vernichtungskrieg gegen die österreichische Macht, die Wiederaufnahme der wilden Pläne von 1618 und 1619 in Aussicht stand: eine Politik, vor der Brandenburg, wie die große Masse der Reichsstände zurückschrak. Da hielt er es denn, sei es mit, sei es ohne ausdrückliche Instruktion, für unumgänglich, mit einem anderen Vorschlag in die Verhandlungen einzugreifen: er stellte einen Operationsplan auf, nach dem der Krieg zu beginnen war an der Westgrenze des niedersächsischen Kreises, wo Tilly verjagt werden sollte, fortzusetzen in Oberdeutschland, wo Friedrich V. in seine Erblande und seine Kur zurückgeführt werden sollte. Es war ein Vorschlag, kraft dessen der schwedische König von seinen Händeln mit Polen ganz absehen und seine Truppen ohne weiteres in die Herzlande des Reiches führen sollte, also die Zusage, daß Gustav Adolf die bisher festgehaltene Grundlage des Kriegs gegen Polen mit einemmal preiszugeben hatte. Und da ist es nun ein Zeichen des Feuers, in dem diese Verhandlungen geführt wurden, daß der König in der That nicht lange Bedenkzeit brauchte, um den gefährlichen Sprung zu wagen. Hatte er bisher von der Verlängerung des Waffenstillstandes mit Polen nichts wissen wollen, so nahm er sie jetzt auf einmal als eine selbstverständliche Maßregel an, um sich für den Krieg in Deutschland freie Hand zu schaffen. Für den Krieg selber stellte er dann freilich Forderungen, die dem Ernst der Aufgabe entsprachen. Indem er neben Schweden nicht mehr den Kronprinzen, sondern den König von England selber, und an dritter Stelle die protestantischen

Reichsstände als die eigentlichen und zunächst zu gewinnenden Träger des Unternehmens voraussetzte, verlangte er von ihnen: Abschluß eines festen Bündnisses, Aufbringung von 42600 Mann zu Fuß in 36 Regimentern und von 8000 Mann zu Pferde, daneben Aussendung von acht schwedischen Schiffen in die Ostsee und von 25 Schiffen der drei Bundesmächte in die Nordsee. Die Anwerbung der Truppen und die Führung des Krieges fällt dem König von Schweden zu, am 1. März 1625 muß er die Geldmittel zur Hand haben, um die Werbungen zu beginnen, am 1. Mai muß der größere Teil der Armee bereit sein; als sichere Stätten für Ausgang und Rückzug sind dem König die Plätze Wismar und Bremen einzuräumen.

Es springt in die Augen, wenn in so kurzer Zeit die bisherige Scheu des Königs von England und der deutschen Reichsstände vor einem großen Krieg überwunden, und ihrer kümmerlichen Verwaltung so gewaltige Beisteuern entrisen werden sollten, so mußte ihre ganze Sinnesweise in einem raschen Ansturm umgewandelt werden. Die Unterhändler, Spens von der englischen Seite, Bellin von der deutschen Seite, scheinen aber auf die Möglichkeit einer solchen Umwandlung gerechnet zu haben, und gewiß trug zu dieser Zuversicht auch der mächtige Eindruck von Gustav Adolfs Persönlichkeit bei, des Fürsten, der, wie den Krieg, so auch die entscheidenden Verhandlungen persönlich führte, der den Unterhändler durch die Raschheit seines Entschlusses, wie die Offenheit und den Schwung seiner Rede fortrif, und dem der Mut wuchs, je gerader er mitten in die Stürme hineinsteuerte. Camerarius, in dessen Begeisterung sich allerdings die Hingabe an das wirklich Große mit der Devotion des besoldeten Korrespondenten mischte, faßte den Eindruck, den er aus den Unterredungen mit dem König empfangen hatte, in den Worten zusammen: ich kann nicht genug die heroischen Eigenschaften dieses Königs loben, seine Frömmigkeit, Klugheit und Tapferkeit; fürwahr er hat seinesgleichen nicht in ganz Europa. Möchte er, so fügte er an anderer Stelle mit nahe liegendem Seitenblick hinzu, Kaiser sein, möchte der König von Böhmen (Friedrich V.) von so unbefleglicher Seelenstärke sein!¹⁾

So machten sich denn sowohl Spens, als auch, nach neu erteiltem Auftrag seines Kurfürsten, Bellin ans Werk, die zur Ausführung des Planes berufenen Mächte zu gewinnen. Wie auch jetzt wieder Fortgang oder Vereitelung des Unternehmens von der Entscheidung des englischen Königs abhing, so fanden sich beide Gesandten zunächst am Hofe Jakobs I. ein (Januar 1625). Hier wurden diese Fragen der großen Politik abermals nicht von dem geheimen Rat, sondern nur von dem Prinzen Wales und Buckingham nebst dem Staatssekretär Conway behandelt. Aber günstiger als vorher schien jetzt die Stimmung des Königs Jakob geworden zu sein. Wohl erschrak er über die Höhe der ihm zugemuteten Opfer, und das um so mehr, da, wie noch zu erzählen, ein guter Teil der englischen Gelder für Mansfeld festgelegt war. Indes die Aussicht auf die Führung des sieggewohnten Schwedenkönigs hob doch auch seinen Mut, und die finanziellen Schwierigkeiten hoffte man zu

¹⁾ An Ausdorf, 1623 Dez. 24, 1624 Januar 13. (Coll. Cam. 25.)

überwinden, indem man neben den drei Hauptparteien noch andere Mächte, und zwar in erster Linie Frankreich, das ja diese Dinge mit betrieben hatte, und auf dessen reiche Mittel vor allem auch Brandenburg rechnete, zur Beisteuer heranzöge. Nur eine Schwierigkeit blieb dann noch übrig: England hatte neben Schweden auch mit Dänemark angeknüpft, und ohne den dänischen König um seine Zustimmung zu dem neuen Plan, in dem die Führung des Schwedenkönigs der wesentlichste Punkt war, angegangen zu haben, wollte Jakob sich nicht endgültig entschließen. So führten die Verhandlungen mit England auf die Entscheidung Dänemarks zurück.

Nun hatte Christian IV. am 6. August 1624 dem englischen Gesandten Anstruther, ebenso wie einige Zeit nachher dem brandenburgischen Gesandten Belkin, eine nur ungewisse Antwort erteilt:¹⁾ er wies darauf hin, daß seiner eigenen Entschliebung wie derjenigen der deutschen Fürsten die Aufstellung einer englischen Armee gegen Tilly vorausgehen müsse. Aber dieser Zurückhaltung lag keineswegs eine wirkliche Abneigung gegen ein kriegerisches Eingreifen zu Grunde. Abgesehen davon, daß Christian eben damals einen letzten, natürlich fehlschlagenden Versuch angestellt hatte, den Kaiser durch gütliche Verhandlung zur Herstellung Friedrichs V. zu bestimmen, und er den Ausgang erst abwarten wollte, wurde er fürs erste noch von dem Mißtrauen bestimmt, ob es England mit der kriegerischen Wendung seiner Politik ernst, und ob die deutschen Fürsten zu thatkräftigen Entschlüssen aufzurütteln seien. Im übrigen war seine Haltung derart, daß Anstruther, nachdem er seine weitere Rundreise, die ihn zu den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg und zu den Fürsten des niederländischen Kreises führte, vollendet hatte, noch einmal zu ihm zurückkehrte, in der Hoffnung eine bessere Entschliebung zu erwirken.

Sehr hoch freilich gingen seine Hoffnungen nicht, zumal er auch aus den Kreisen der niederländischen Fürsten wohl wachsende Erbitterung, teilweise auch das Verlangen nach einer Organisation des bewaffneten Widerstandes, aber keinerlei bestimmten Entschluß zu berichten hatte: vielleicht, meinte Anstruther, werde der König, wenn nicht offen, so doch mindestens durch heimliche Geldzuschüsse die Erhebung gegen Kaiser und Liga unterstützen. Aber wie er nun am 12. Januar 1625 wieder vor Christian erschien, erlebte er eine merkwürdige Enttäuschung. Der König zeigte sich jetzt nicht nur entschlossen, das Seinige beizusteuern, sondern er hatte auch schon den fertigen Plan eines kriegerischen Unternehmens in Bereitschaft. In diesem Sinne erbot er sich, für seinen Teil auf ein Jahr²⁾ und, wenn nötig, auch länger, 4000 Mann zu Fuß und 1000 zu Pferde zu unterhalten, unter der Bedingung, daß England 6000 zu Fuß und 1000 zu Pferde stelle, und in dem Vertrauen,

¹⁾ Klopp II S. 414. Vgl. Anstruther an Roe, 1624 Dez. 20. (Roe S. 322.) Rusdorf, Sept. 8. (Mém. I S. 350 fg.)

²⁾ Ein Jahr nach Anstruthers Schreiben an Carleton, 1625 Jan. 23 (Schybergson, Underhandlingarna om en evang. allians 1624/25, Anh. S. 4), desgleichen nach der Instruktion der Staaten für Vosbergen, 1625 Mai 10 (Verbaal S. 7), dagegen nur sechs Monate nach Anstruthers zusammensfassendem Bericht (a. a. O. S. 13), sowie nach Rusdorf (Mém. I S. 539).

daß es gelingen werde, Kurbrandenburg und die niedersächsischen Stände zu entsprechenden Leistungen fortzureißen: unter hoher Veranschlagung dieser deutschen Beisteuern¹⁾ hoffte er seine Armee bis nahe an 30000 Mann zu bringen, und erklärte sich bereit, an der Spitze derselben den Krieg nach Deutschland zu tragen. So stürmisch war dabei sein Eifer, daß er bereits am 11. Mai in dem von ihm so heiß begehrten Bistum Osnabrück, also mitten in Tillys Machtbezirk, seine Streitkräfte zu mustern und zum Kampfe hinauszuführen gedachte.²⁾

Was hatte den König zu diesem erstaunlichen Wechsel bestimmt? In der Hauptsache wirkte auf die Entwicklung seiner Entschlüsse die Verschärfung der politischen und militärischen Lage im Reich, daneben das wachsende Vertrauen, daß es dem englischen König mit einem kriegerischen Vorgehen diesmal ernst sei, und vielleicht auch das Zureden jenes französischen Agenten des Hayes, wenn es nämlich richtig ist, daß derselbe jetzt schon einen bedeutenden Geldzuschuß Frankreichs versprach.³⁾ Aber den letzten Anstoß gab doch wohl eine Frage des persönlichen Ehrgeizes. Für seine Beteiligung an dem Widerstand gegen den Kaiser und seine Verbündeten beanspruchte Christian IV. als unerläßlichen Preis die Stellung des obersten Kriegsführers. Diese Forderung hatte er vor drei Jahren bei den Segeberger Verhandlungen erhoben (S. 126), er hatte sie abermals in Bereitschaft bei den neuen Verhandlungen. Aber da sah er die entgegengesetzten Ansprüche jenes schwedischen Königs hervortreten, mit dem er in ererbtem Zwiespalt lebte, gegen den sogar der im Juli 1624 getroffene Ausgleich (S. 266) ihn mit neuem Groll erfüllt hatte, weil er ihm abgezwungen war und ihm manche Vorteile aus der Hand nahm. Daß Gustav Adolf seit lange damit umging, seine großen Wagnisse durch das noch größere Unternehmen der Führung des Widerstandes gegen den Kaiser und seine Verbündeten zu überbieten, war Christian nicht unbekannt, und eben in den Tagen, da Anstruther zum erstenmal bei ihm erschien, sah er die Entscheidung darüber, ob in einer derartigen Erhebung der dänische oder der schwedische König die Führung haben sollte, schon herannahen. Als nun vollends jene Verhandlungen von Spens und Bellin mit Gustav Adolf vor sich gingen, erfuhr er trotz des Geheimnisses, in das sie gehüllt wurden, doch so viel davon, daß er die Krisis als eingetreten ansah. Da faßte er denn den Entschluß, den Vorsprung zu gewinnen: ein Entschluß, mit dem er, sobald er einmal gefaßt war, nun auch über die größten Hindernisse hinwegeilte.

Ein erstes Hindernis stellte ihm sein Reichsrat entgegen, welcher von einer so tiefen Verwicklung in die deutschen Wirren aufs bestimmteste abriet: aber Christian wagte es darauf, die Verantwortung auf sich allein zu nehmen.

¹⁾ Anschlag bei Schybergson S. 75 Anm. Es wird der vom König am 15. Jan. 1625 an Kurbrandenburg überschickte sein. (Opel II S. 122 Z. 2 v. u.)

²⁾ Recta in Tiliium ducere. (Camerarius an Orenstierna, 1625 April 4. Schybergson, Sveriges och Hollands dipl. förbindelser S. 184.)

³⁾ Dies wird behauptet in dem Schreiben Ludwigs XIII. von 1625 Okt. 25 (Opel II S. 111 N. 2), aber dagegen sprechen die Mitteilungen Anstruthers in dem angef. Schreiben bei Schybergson, Anh. S. 2/3, S. 6 Z. 3 fg.

Ein zweites Hindernis für einen baldigen Losbruch lag in der noch bestehenden Ungewißheit über die Hülfe Englands: aber in denselben Tagen, da er sich dem englischen Gesandten eröffnete, begann Christian ohne weiteres mit den Maßregeln zur Ausführung seines Entschlusses. Um einerseits die deutschen Fürsten und Städte in den beabsichtigten Krieg zu ziehen, gedachte er, den niederländischen Kreis zunächst unter dem geläufigen Vorwand des Schutzes der Grenzen zu Truppenaufstellungen zu vermögen, und trat demgemäß alsbald (15. Januar) an mehrere Fürsten mit der Bitte um Beförderung eines persönlich zu besuchenden Kreistags heran, bei dem er, als Mitherzog von Holstein, den maßgebenden Einfluß auszuüben hoffte. Um andererseits bezüglich der Kriegsrüstungen eine fertige Thatsache zu schaffen, schritt er ebenso rasch und eigenmächtig zur Truppenwerbung. Es war damals, ebenfalls im Januar,¹⁾ jener Herzog Johann Ernst von Weimar, der in dem böhmischen Heere Friedrichs V. gedient hatte (S. 143, 89), in Kopenhagen erschienen, in der Absicht, von da sich zu Gustav Adolf, der ihn in seine Dienste zu ziehen suchte, zu begeben.²⁾ Dem König Christian gelang es, den tapferen und hochsinnigen Fürsten zu gewinnen, und am 21. Februar traf er ein Abkommen mit ihm, kraft dessen der Herzog bis zum 25. Mai 4000 Reiter anzuwerben hatte. Hand in Hand damit gingen Aufträge zur Werbung von Fußtruppen, deren Zahl auf 10000 Mann angegeben wurde.³⁾ Offenbar rechnete der König bei dieser gewaltigen Ueberschreitung des von ihm zugesagten Kontingentes auf eine spätere Abrechnung mit den Bundesgenossen. Der englische Gesandte aber kam so in die angenehme Lage, nicht nur Anerbietungen Christians IV., sondern auch thatsächliche Proben des Ernstes, mit dem sie gemacht waren, zu berichten.

Der erste Bericht Anstruthers über Dänemarks Entschluß traf im Monat Februar, als die Verhandlungen der englischen Regierung mit dem schwedischen und brandenburgischen Gesandten noch in der Schwebe waren, in London ein, und hier wirkte er wie eine Befreiung von schweren Sorgen. Denn nicht nur, daß man auf das Zusammengehen mit Dänemark den größten Wert legte, es betrug auch im Verhältnis zu dem, was Gustav Adolf von England verlangt hatte — nämlich über 14000 Mann zu Fuß, 4000 Reiter und mindestens 8—9 Kriegsschiffe — die Forderungen Dänemarks nur etwa ein Drittel. So beeilte sich denn die englische Regierung, die Anerbietungen und Forderungen Dänemarks anzunehmen (2. März).⁴⁾ Sie that es in der Meinung, die Bundesgenossenschaft Dänemarks ergreifen zu können, ohne die Hand, die Gustav Adolf geboten hatte, fahren zu lassen: es sollte eben Aufgabe einer weiteren Verhandlung sein, zwischen den beiden nordischen Königen über das Verhältnis,

¹⁾ Am 31. Dezbr. 1624 trat der Herzog seine Reise nach Dänemark aus dem Magdeburgischen an. (Heermann S. 59.)

²⁾ Ogenstierna an Camerarius, 1625 Febr. 20. (Mosser V S. 105, 109.) Derselbe an denselben, 1624 Nov. 1 (S. 72.)

³⁾ Camerarius, 1625 März 28. (Schybergson, Sveriges och Hollands dipl. förbindelser S. 180.)

⁴⁾ Schybergson, ev. allians, Anf. S. 8.

nach dem die Beisteuern unter sie zu verteilen, und über die Art, wie die oberste Führung zu regeln war, eine Verständigung zu erzielen. Aber war eine solche Verständigung möglich?

Als Bellin bei seiner Unterhandlung mit Gustav Adolf die Frage fallen ließ, was der König thun wolle, wenn der Oberbefehl einem anderen übertragen werde, fuhr er alsbald mit der Antwort heraus: gar nichts. Und dann, in der Erkenntnis, daß es sich nur um den König von Dänemark handle, fügte er hinzu, dieser Fürst sei neidisch, unzuverlässig und eigennützig, wobei er unter dem letzten Beiwort an die verbreitete Annahme denken mochte, daß es Christian nur um den Erwerb etlicher deutscher Bistümer zu thun sei.¹⁾ — Als dagegen Christian IV. von den großen Plänen Gustav Adolfs genaueres hörte, urteilte er: die Verbündeten würden von dem König in einen endlosen Krieg gezogen werden,²⁾ wobei er an die Vermischung der polnischen mit den deutschen Streitfragen denken mochte. So viel war bei der sofort wieder vordringenden Feindseligkeit beider Könige klar, daß an die Unterordnung des einen unter den anderen nicht zu denken war. Ließ sich der Gegensatz etwa ausgleichen, indem man die von den Verbündeten aufzubringenden Streitkräfte teilte und jedem der beiden Könige eine Armee zur selbständigen Verwendung übergab? Prinz Moriz und führende Männer unter den Generalstaaten, denen man selbstverständlich die Entwürfe mitgeteilt hatte, brachten alsbald diesen Vorschlag auf. Aber da hiermit dasjenige, was England für Dänemarks Plan gewonnen hatte, nämlich die Herabminderung der Leistungen, eher ins Gegenteil verkehrt wurde, so war auch dieser Gedanke, soviel man darüber verhandelte, ohne ernsthafte Aussicht.

Schließlich wurde alles durch einen raschen Entschluß Gustav Adolfs durchkreuzt. Solange dieser dem Plan einer unmittelbar ins Reich führenden Invasion nachging, und er folglich die Fortdauer der Waffenruhe mit Polen wünschen mußte, hatte er von der Aufkündigung des polnischen Waffenstillstandes abgesehen. Aber gesichert fühlte er sich dabei nicht; denn der leitende Gedanke seiner Politik war und blieb, daß er, um sich die Hände für das deutsche Unternehmen frei zu machen, erst die Feindschaft Polens entweder durch einen wirklichen Frieden beseitigen oder durch noch schwerere Niederlagen unschädlich machen müsse. Als er daher im Februar die ersten Nachrichten über Dänemarks neue Entschlüsse erhielt, und die Ungewißheit des ganzen von Bellin aufgeführten Projektes ihm in die Augen leuchtete, war sein Entschluß rasch gefaßt. Noch in letzter Stunde, und zwar so spät, daß die Polen mit Recht ihn der Versäumnis der vertragsmäßigen Frist beschuldigen konnten, schickte er an seinen Befehlshaber in Livland den Auftrag zur Kündigung des Waffenstillstandes ab. Im Juni 1625 sodann zog er selber zur Führung des wieder ausbrechenden Krieges hinaus, und wenngleich er damit den so ernsthaft gefaßten Gedanken des Eingreifens in die deutschen Kämpfe keineswegs aufgab, vielmehr in immer neuen Projekten der Möglichkeit einer Verbindung seines polnischen Krieges

¹⁾ Bellins Relation, 1624 Okt. 23. (Schybergson, ev. allians S. 45.)

²⁾ Vgl. Christians Notiz zu n. 11 der bei Mollsch (S. 185) mitgeteilten Beratungspunkte.

mit einem Angriff gegen den Kaiser und seine Verbündeten nachging, so führte doch die Macht der Verhältnisse dazu, daß seine eigenen Kräfte vorläufig durch den polnischen Krieg, und die Mittel seiner Freunde durch die Unterstützung Dänemarks in Anspruch genommen wurden.

Ob also in Deutschland neuer Krieg ausbrach, hing jetzt vor allem von dem Fortgang des dänischen Unternehmens ab. Dieses aber im Sturme voranzutreiben, war Christian IV. nach wie vor bemüht. Sein Augenmerk war, wie schon erwähnt, zunächst auf den niederländischen Kreis gerichtet, und wenn er nicht hoffen durfte, die Stände desselben ohne weiteres für seine Absichten zu gewinnen, so fand er doch Umwege, auf denen er sie an sich heranzuziehen vermochte. Gemeinam war fast allen die Sorge vor Tillys Armee und vor einer unerbittlichen Gegenreformation, und infolge dieser Sorgen das Verlangen nach Verteidigungsbereitschaft. Dazu hatte sich in jüngster Zeit noch eine zweite für den gesamten Kreis hochwichtige Aufgabe gesellt. Der bisherige Oberste des Kreises, Herzog Christian von Braunschweig-Lüneburg, hatte nämlich unter dem doppelten Konflikte zwischen der Politik des Festhaltens am Kaiser und dem Gegensatz gegen die katholischen Ziele Ferdinands II., zwischen dem Bestreben, sich und seinen Glaubensgenossen auf dem Boden der Kreisverfassung Schutz zu verschaffen, und der Unmöglichkeit, dieser Verfassung Leben zu verleihen, am 9. Januar 1624 sein Oberstenamt niedergelegt. Neben der Verteidigung des Kreises war also zugleich die Frage nach seiner Führerschaft eröffnet. Beide Verhältnisse hoffte nun Christian IV. in der Weise zu benutzen, daß der Kreis zur abermaligen Aufstellung eines Heeres bewogen, und daß ihm, dem König, sei es durch seine Wahl zum Kriegsobersten, sei es durch eine die Erledigung des Oberstenamtes während, interimistische Anordnung,¹⁾ die Verfügung über diese Streitkräfte übertragen würde. Wie er nun, um solche Pläne zu verwirklichen, nach einer Tagung der Kreisstände trachtete, konnte er es abermals als eine willkommene Fügung begrüßen, daß gleichzeitig der Kaiser für die Wahl eines neuen Kreisobersten eine solche Versammlung begehrt,²⁾ und daß darauf wirklich am 24. März ein Kreistag zu Lüneburg eröffnet wurde.

Aber wenn nun der König die Gesinnung der Bevollmächtigten, die zu der Versammlung erschienen, und der Stände, die hinter ihnen standen, genauer ins Auge faßte, war es doch schwer, den guten Mut zu bewahren. Noch gab es unter diesen Ständen sogar einen Vertreter der katholischen Partei: es war der Kurfürst Ferdinand von Köln, in seiner Eigenschaft als Bischof von Hildesheim. Aber auch bei der großen Masse der protestantischen Mitglieder war die Frage, ob sie sich entschließen würden, sich der kaiserlichen Armee gegenüber zu bewaffnen und der dänischen Führung anheimzugeben, eine Frage der Furcht:

¹⁾ Daß er die Form vorläufig unentschieden ließ, ersieht man aus den Erwägungspunkten bei Molbeck S. 185 n. 1. Diese Behandlung der Sache beweist, daß das Schriftstück vor den R.T. zu Lüneburg und die Fürstenversammlung zu Lauenburg fällt, nicht erst vor den Braunschweiger R.T., wie Dpel (II S. 138 Anm.) annimmt.

²⁾ Hervorgehoben in dem Schreiben des H. Braunschweig-Wolfenbüttel an Tilly, 1625 April 24. (Information über Hohen- und Reinstein S. 165.)

es handelte sich darum, ob das größere Unheil von der Ergebung in die von Kaiser und Liga angedrohte Gegenreformation oder von dem offenen Widerstand dagegen zu erwarten war. Die größere Furcht vor dem offenen Widerstand herrschte in gewohnter Weise bei den Städten, und zwar nicht nur bei den wenig bedeutenden Binnenstädten Mühlhausen, Nordhausen und Goslar, sondern auch bei den mächtigen Seestädten. In erster Linie bekannte sich dazu die Stadt Lübeck, während Hamburg unter den entgegengesetzten Antrieben seiner Auflehnung gegen die dänischen Unterwerfungsversuche und seiner Furcht vor den dänischen Kriegsschiffen in der zeitweiligen Einstellung seiner reichsständischen Rechte (S. 125) einen Vorteil erblicken mochte, und Bremen, dessen Handelsinteressen es in Abhängigkeit von Dänemark brachten (II 468 A. 2), ebenfalls durch Fernbleiben von den Kreistagen den Konflikten aus dem Wege ging. Suchte man unter den Fürsten Männer von klar ausgesprochener Gesinnung, so fand man einen, der bei der herannahenden Entscheidung zeitig seinen Platz auf der Seite des Kaisers suchte: es war der Herzog Christian von Braunschweig-Lüneburg.¹⁾ Daneben gab es einen anderen, der seit Ende 1624 sich geneigt zeigte, den entgegengesetzten Weg einzuschlagen: der Administrator Christian Wilhelm von Magdeburg. Dieser Fürst aus dem Hause Brandenburg hatte bis dahin noch wenig von sich reden gemacht; bezeichnend für seine Stellung war immerhin sein unentwegtes Festhalten am lutherischen Bekenntnis zu der Zeit, da sein Bruder Johann Sigismund sich zu calvinischen Lehren wandte (II 400), und der scharfe Gegensatz, in den er neuerdings durch seine Bewerbung um Halberstadt und die Streitigkeiten über Magdeburger Klöster gegen die katholischen Ziele der kaiserlichen Politik getreten war. Im übrigen machte er persönlich einen unbedeutenden Eindruck; ein holländischer Gesandter, der ihn im Sommer im Lager des Königs von Dänemark traf, fand ihn scheu und verwirrt, und ohne Kenntnis vom Stand der politischen Verhandlungen. Aber das hinderte nicht, daß er bei der zunehmenden Spannung sein Ohr zwei militärischen Abenteurern, dem ehemaligen Unionsobersten Fuchs von Bimbach und dem Bivländer Heinrich Biefe, lieh, und daß sich nun eine ähnliche Ader in ihm regte, wie in Christian von Halberstadt. Gegen Ende des Jahres 1624 suchte er bereits mit Prinz Moriz von Oranien anzuknüpfen, indem er ihm seine Bereitwilligkeit zur Förderung der „gemeinen Sache“ versicherte.

Wie wenig jedoch ein so vereinzelt hervortreten bedeutete, ergab sich sofort aus den Beschlüssen des Lüneburger Kreistags. Die Aufgabe desselben war die Wahl eines neuen Kreisobersten. Da nun, wie bemerkt, König Christian seine Kandidatur nicht förmlich aufgestellt hatte, kümmerte sich die Versammlung um die stillen Wünsche desselben so wenig, daß sie, wie besonders auch der Herzog von Lüneburg empfahl,²⁾ den Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel zum Obersten erwählten. Offenbar, wenn es nur auf diesen Kreis-

¹⁾ Den Ausschlag für seine Entscheidung gab nach Carafa (1625 Juli 26) die Forderung Dänemarks, Stadt und Territorium von Minden seinen Truppen als Quartier einzuräumen: che era l'istesso che farsene padrone; perchè subito haveria fatto postulare a quel vescovado un suo figlio. Der H. bietet nun das Stift dem Kaiser als Wassenplatz für Tilly an.

²⁾ Hervorgehoben in der Lüneburger Denkschrift bei Londorp III S. 912a.

tag angekommen wäre, so würden die dänischen Absichten keine Förderung erfahren haben. Allein Christian IV. hatte noch in anderer Weise vorgesorgt. Auf seine eigenhändige Einladung¹⁾ fand sich, während die Kreisversammlung bereits tagte, in dem nahe gelegenen Lauenburg eine Anzahl niedersächsischer Fürsten, die sich seinem Einflusse nicht wohl verschließen konnten, persönlich mit ihm zusammen: es waren die Herzöge von Braunschweig-Wolfenbüttel, Holstein-Gottorp, Mecklenburg-Güstrow und Schwerin, die Administratoren von Magdeburg und Bremen. Von diesen wurde nun gleichsam ein Gegenkreistag gehalten.

Was sie zunächst entschieden, war die Frage des Oberstenamtes. Indem Herzog Friedrich Ulrich die auf ihn gefallene Wahl ablehnte, Christian IV. aber sich zur Annahme einer solchen bereit erklärte, gaben die Fürsten ihren in Lüneburg noch tagenden Gesandten den Auftrag, in einem zweiten Wahlgang für den König zu stimmen, der nun auch, allerdings nur mit Majorität, gewählt wurde. Dann aber setzten sie weiter fest, was ein neuer Kreistag zu beschließen habe: er sollte die Aufstellung einer Kreisarmee, wie im Jahr 1623 (S. 235), nach dem neunfachen Anschlag anordnen, er sollte ferner den zu erwartenden Widerstand der kaiserlich Gesinnten dadurch brechen, daß er dem königlichen Kreisobersten und seinen Zugeordneten anheimstellte, die dissentierenden Stände zu den schuldigen Leistungen nach ihrem Ermessen anzuhalten. Welche Aufgabe wurde dieser Armee aber gestellt? Das Unternehmen, zu dem sich Dänemark an der Seite Englands anschickte, bezweckte Restitution des Pfalzgrafen Friedrich in seine Erblände und Kur, woran sich als selbstverständliche Folge die Rückgabe der den Freunden des Pfalzgrafen, also vor allem dem Landgrafen Moriz und dem Markgrafen von Baden, entriffenen Lande, sowie die Abwehr weiterer Fortschritte der kaiserlichen Macht und der katholischen Restauration anschließen mußte. Wie weit entfernt jedoch die Lauenburger Versammlung von dem Bekenntnis zu derartigen Zielen war, das zeigte der über ihre Beschlüsse gefaßte Abschied (4. April): nur auf den niedersächsischen Kreis sollte die ganze Zurüstung beschränkt werden; sie sollte dienen zu seinem Schutz gegen gewaltsame Angriffe, besonders auch gegen Einquartierung und Durchzüge.

Für Christian IV. waren immerhin diese Beschlüsse versprechend genug, um einerseits seine Truppenwerbungen, andererseits die diplomatischen Verhandlungen ungesäumt weiter zu führen. In letzter Beziehung eilte er, während die ausschreibenden Fürsten des niedersächsischen Kreises, der Administrator von Magdeburg und der Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel, ihm den erforderlichen neuen Kreistag nach Braunschweig berufen mußten, selber zum Kurfürsten von Brandenburg, um ihn, und dann weiter durch ihn den obersächsischen Kreis für seine Pläne zu gewinnen. Hier jedoch zeigte sich bereits die Grenze seiner Erfolge in Deutschland. Gebunden durch seine Abmachungen mit Gustav Adolf, verpflichtete sich Kurfürst Georg Wilhelm zu weiter nichts, als zur Beteiligung an den Versuchen eines Ausgleichs zwischen den beiden Königen über ihren An-

¹⁾ Hervorgehoben in dem Schlussbericht Anstruthers bei Schybergson, Underhandlingarna om en evangelisk allians, Beil. S. 14.

teil an den beabsichtigten kriegerischen Unternehmungen, — aussichtslose Versuche, die für Brandenburg, wie die nächsten Vorgänge lehrten, mit dem Rücktritt ins Nichtsthun endigen sollten. Vorwärts gingen die Dinge nur im nieder-sächsischen Kreise, wo die Versammlung, die über die Annahme der Lauenburger Beschlüsse zu entscheiden hatte, in Braunschweig am 12. Mai 1625 eröffnet wurde.

Freilich als an diesen Kreistag¹⁾ die große Frage gestellt wurde, ob der Kreis sich rüsten solle, gab es auch hier eine tiefe Spaltung. Sogar die Gesandten des charakterlosen Friedrich Ulrich von Braunschweig stimmten anfangs mit eingehender Begründung dagegen, und erst als ihr Herzog sich seiner in Lauenburg übernommenen Verpflichtung entsonnen hatte, erhielten sie den ausdrücklichen Auftrag dafür zu stimmen. Im ganzen dauerte der Streit zwischen den Anhängern Dänemarks und des Kaisers acht volle Tage, bis es den ersteren gelang, für die Bejahung der Frage eine Majorität herauszurechnen. Von der Minderheit wurde diese Rechnung bestritten; jedenfalls zählten zu den Widersprechenden so ansehnliche Stände, wie die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg und Sachsen-Lauenburg, der Bischof von Hildesheim und der Administrator von Hageburg, die Städte Lübeck, Goslar und Mühlhausen. Unter fortgesetztem Widerspruch der Dissidenten wurde dann der Betrag der Truppen auf das Neunfache des Matrikularanschlags gesetzt, und dabei bestimmt, daß der dänische König die Anwerbung dieser Truppen übernehmen, die Stände die entsprechenden Matrikularbeiträge in Geld entrichten sollten, wobei die Kontributionspflicht aller, auch der Dissidenten, ausgesprochen wurde. Dauern sollte die Kriegsbereitschaft so lange, als der Kreis des Schutzes bedürfe. Wogegen aber sollte der Kreis geschützt werden? Im Lauenburger Abschied hieß es: gegen feindliche Angriffe, besonders gegen Durchzüge und Einquartierungen. Jetzt hob man noch den Schutz des Religionsfriedens und der ungeänderten Augsburger Konfession hervor; ja wenn es nach den Mecklenburgern gegangen wäre, so hätte man als weiteren Zweck die Abstellung der „Beschwerden“ und die Entfernung der Liga-truppen aus der Nachbarschaft des Kreises aufgestellt.²⁾ Es ist klar, indem man diesen letzten Zusatz ablehnte, den ersteren aber aufnahm, wollte man deutlicher als bisher erklären, daß man den Fortschritten der Gegenreformation im Kreise selber entgegentreten, eines offensiven Vorgehens außerhalb des Kreises aber sich enthalten wolle.

Am 26. Mai wurde der Braunschweiger Kreistag geschlossen. Groß waren seine Ergebnisse im Verhältnis zu dem, was Dänemark erstrebte, wahrhaftig nicht. Daß auch die Gutwilligen gleich die Bitte stellten, König Christian möge ihnen die für die Kreishilfe erforderlichen Gelder fürs erste vorschießen,³⁾ war

¹⁾ Für die Verhandlungen liegt mir ein vom Landgrafen Ludwig von Hessen an Kur-sachsen am 24. Juli 1625 eingesandter Auszug des Protokolls vor. (Dresdener Staatsarchiv 9204, 41. Buch.) Ein Auszug des Protokolls bezüglich des ersten die Rüstung betreffenden Punktes in den Anlagen der lüneburgischen Denkschrift von 1626. (Londorp III S. 921.)

²⁾ Auszug des Protokolls n. 10.

³⁾ Protokoll n. 4.

geeignet, die Aussicht auf wirkliche Leistung des Bewilligten noch mehr zu trüben. Aber Christian war nun einmal im Feuer, und in dieser Stimmung warf er sich in den Krieg.

Von den Truppen, welche er zunächst auf eigene Hand geworben und vorzugsweise im holsteinischen Gebiet aufgehäuft hatte, waren zu Anfang des Monats Juni die 4000 Reiter des Herzogs von Weimar und daneben Fußtruppen im Betrag von 5—6000 Mann beisammen; ¹⁾ noch im vollen Zug, diese Armee, besonders das Fußvolk zu vermehren, gewann er durch den Braunschweiger Abschied den Vorteil, fortan einen Teil seiner Streitkräfte als Kreisarmee, den anderen Teil als Hilfstruppen zu bezeichnen, und beide vom niedersächsischen Kreis aufnehmen zu lassen. Nur eines hatte ihm der Kreisabschied nicht gestattet: die Führung eines Angriffes gegen die Lande außerhalb des Kreises. Eben dieses aber war es, was seine eigentlichen Absichten erforderten; denn die Pläne, über die er mit England eins geworden war, gingen ja nicht so sehr darauf aus, den niedersächsischen Kreis zu schützen, als die Armee Tillys zu schlagen. Und mit der Richtung auf dieses letzte Ziel setzte er denn auch seine Streitkräfte in Bewegung. Vom 13. Juni ab ließ er die Truppen über die Elbe rücken, um sich dann selber an ihre Spitze zu setzen und geradeswegs gegen die Grenze des Kreises, die Weser, loszugehen. In einer langen Linie längs dieses Flusses besetzte er Verden, Nienburg und Hameln; in letzterem Orte, wo er am 24. Juli eintraf, schob er bereits ein Regiment auf das linke Ufer vor, als ob er sich hier ein Ausfallsthor gegen den westfälischen Kreis eröffnen wollte. Ja streng genommen war der Einbruch in das fremde Gebiet schon erfolgt; denn die Stiftslande von Verden und die Stadt Nienburg in der Grafschaft Hoya gehörten, obgleich am rechten Weserufer gelegen, zum westfälischen Kreis. Indes, ob die weiteren Unternehmungen des Königs einen offensiven Charakter in großem Maßstab gewinnen würden, dafür war doch nicht diese unbedeutende Grenzüberschreitung, sondern ein ganz anderes Verhältnis entscheidend. Als Christian seine Truppen noch weiter aufwärts gegen Hörter vorzuschieben versuchte, stieß er bereits auf Abteilungen von Tillys Armee; denn Tilly selber war inzwischen gleichfalls von seinem Hauptquartier in Hersfeld aufgebrochen, um dem neuen Feinde entgegenzutreten. Und mit dieser Gegenbewegung des Generals der Liga trat nunmehr die Frage zwischen die beiden Feldherrn, wer von ihnen den anderen aus seinem Operationsgebiet werde verdrängen können.

Der Entwicklung dieser Krisis können wir indes nicht folgen, ohne vorher unseren Blick noch über eine Reihe von anderen Verhältnissen zu erweitern. Christian IV., obgleich sein Heer durch fortgehende Werbungen stetig vermehrt wurde, wußte doch sehr wohl, daß er den rasch begonnenen Krieg nicht fortsetzen könne, ohne sich durch kriegerischen Zuzug und politische Bündnisse zu verstärken. Und ebenso konnte Tilly nur deshalb mit Vertrauen vorangehen, weil die Mächte, denen er diente, mit großen Anstalten zur Verstärkung ihrer militärischen und politischen Stellung umgingen. Beiderlei Bemühungen müssen wir mit dem

¹⁾ Nach Vosbergen S. 31—32, 35—36.

Fortgang der kriegerischen Aktion verbinden. Den Anfang möge eine kriegerische Handreichung machen, die damals dem Könige Christian zu teil wurde.

In demselben Monat Juni, da Christian IV. zu Felde zog, brach auch wieder das Unwetter einer Mansfeldischen Invasion über das deutsche Reich herein. Gefolgt von einem Haufen zerlumpter, von Hunger und Seuchen gequälter Soldaten zog der Mietlingsgeneral aus den Niederlanden heran, überschritt bei Emmerich den Rhein und schlug auf dem rechten Ufer bei Rees sein Lager auf; ungefähr 4000 deutsche und kaum 400 französische und englische Söldner bildeten die Armee, die hier bei ihm ausharrte.¹⁾ — Es war dies der Anfang eines neuen Unternehmens des furchtbaren Mannes, das schon länger als ein Jahr dem Reich drohte und nur vorläufig auf die Niederlande abgeleitet war. In Angriff genommen war es in der Zeit, da Mansfeld aus Ostfriesland weichen mußte und auf der Suche nach einem neuen Solbherrn die kriegerische Wendung der englischen, wie der französischen Politik erspähte.²⁾ Beiden, den Franzosen wie den Engländern, bot er seine Dienste an, und merkwürdigerweise gelang es ihm, dem unschlüssigen König Jakob den ersten Entschluß abzurufen. Was ihn der großbritannischen Majestät so ausnehmend empfahl, war eben der Umstand, daß seine Dienste billig zu haben waren, und daß der König ihn gegen seine Widersacher wie einen Banditen loslassen konnte, ohne selber in den Krieg einzutreten. So verpflichtete sich denn Jakob am 5. Mai 1624, dem Grafen von Mansfeld sechs Monate lang je 20 000 Pfund Sterling zu zahlen, mit denen er eine Armee von 10 000 Mann zu Fuß und 3000 Reitern zu unterhalten hatte, nur daß diese Verpflichtung erst dann in Wirksamkeit treten sollte, wenn Frankreich nebst seinen Verbündeten, Venedig und Savoyen, die gleichen Leistungen bewilligen würde. Mit Rücksicht auf diese Mitwirkung Frankreichs wurden denn auch Mansfeld für die Verwendung seiner Truppen zwei weit auseinander liegende Aufgaben gestellt: im englischen Dienste sollte er Friedrich V. in seine Erblande und Kur, im französischen Dienste sollte er das Veltlin in seinen früheren Stand zurückführen. Vier Monate später gelang es Mansfeld auch, zum Schein die französisch-italienische Liga, in Wahrheit aber nur Frankreich zu einer ähnlichen Leistung zu bewegen: je 180 000 Livres auf sechs Monate wurden ihm von Frankreich zur Aufstellung einer Armee für die Restitution des Veltlins und der drei rätischen Bünde am 5. September zugesichert.

Im Oktober 1624 begannen darauf sowohl in England, wie in Nordfrankreich, ferner in Niederdeutschland zwischen Bremen und Hamburg, die mansfeldischen Werbungen. Und merkwürdig genug! trotz der grauenhaften Verschwendung, welche in Mansfelds Heeren mit dem Menschenleben getrieben wurde, schien doch eine mächtige Anziehung zwischen den Söldnern und dem räuberischen Abenteuerer zu bestehen; denn vor allem solche, die früher unter ihm gedient

¹⁾ Dies der Stand zu Anfang Juli. Vgl. Camerarius an Ausdorf, 1625 Juli 12. (Coll. Cam. 25. Söttl III 206.) Er sagt: in Mansfeldii castris speculum vidi miseriae et paupertatis.

²⁾ Ueber Mansfelds Abmachungen mit England und Frankreich vgl. meine S. 266 angeführte Abhandlung S. 58 fg.

hatten, sah man sich zu seinen Fahnen drängen.¹⁾ Freilich, sobald es sich um die Verwendung der Armee handelte, machte sich auch sofort das von Mansfeldischen Unternehmungen unzertrennliche Spiel des Luges und Truges geltend. Mit großem Widerwillen hatte die pfälzische Regierung das Abkommen Jakobs mit Mansfeld angesehen, nicht nur weil sie inzwischen den Glauben an Mansfelds Ehrlichkeit und kriegerische Befähigung verloren hatte, sondern vor allem auch deshalb, weil sie bei jenen Anträgen, die sie im Sommer 1624 an Gustav Adolf richtete und den englischen Subsidien, die sie ihm zusagte, auf dieselben Gelder rechnete, die dem Mansfeld bewilligt wurden. Da aber erfuhr sie von dem englischen Staatssekretär Conway eine merkwürdige Beruhigung: man hoffe, so hieß es, wenn erst Frankreich einmal in das Mansfelder Unternehmen verwickelt sei, die eigenen Gelder nach sechs, vielleicht schon nach drei Monaten wieder frei zu machen und einer den pfälzischen Interessen und der pfälzischen Führung unmittelbar unterstellten Streitmacht zuzuwenden. Also die Engländer hielten sich für klug genug, um die Mansfeldischen Banden für ihre auf Deutschland gerichteten Zwecke zu benutzen und hinterher von Frankreich allein bezahlen zu lassen. Allein bald sollten sie erfahren, daß Frankreich sich noch besser auf die Kunst verstand, diese Banden von England bezahlen zu lassen und für französische, auf die Niederlande gerichtete Zwecke zu verwenden.

Wie erwähnt, bestand zwischen England und Frankreich der Gegensatz, daß England vor allem die Restitution des Pfalzgrafen erstrebte und darum seine Waffen gegen den Kaiser richten mußte, daß dagegen Frankreich zunächst eine Machtverschiebung in Italien bezweckte und darum gegen Spanien feindlich angehen mußte. Von spanischer Seite nun hatte man in dem Krieg gegen die Generalstaaten, nachdem der Feldzug vom Jahre 1622 nur geringe Ergebnisse gehabt (S. 164 fg.), und das Jahr 1623 thatenlos verlaufen war, im Sommer 1624 wieder eine größere Aufgabe mit gesammelter Kraft in Angriff genommen: es war die im August begonnene, und von da bis zum 5. Juni 1625 mit unerschütterlicher Beharrlichkeit durchgeführte Belagerung der Stadt Breda. Konnte man da die Macht der Spanier nicht am sichersten und am empfindlichsten treffen, wenn man die mansfeldischen Truppen fürs erste benutzte, um die staatliche Armee bei dem Entsatze Bredas zu unterstützen? Wie es scheint, war es zunächst Prinz Moriz von Oranien, der diesen Gedanken aufstellte;²⁾ aber so genau paßte er zu den Zielen der französischen Politik, und so gut gefiel diese in unmittelbarer Nähe liegende Aufgabe, für die auch noch staatliche Gelder beansprucht werden konnten, dem Mansfeld, daß von Frankreich wie von Mansfeld der Plan alsbald angenommen wurde.³⁾ Dagegen war bei König Jakob, in dem Maße wie die Stunde von Mansfelds Ausbruch sich näherte, die Abneigung, zu dem unvermeidlichen Konflikt mit dem Kaiser einen Zusammenstoß

¹⁾ Hervorgehoben von Anstruther, 1624 Dez. 20. (Roe, negotiations S. 323.)

²⁾ Effiat, 1624 Okt. 27. (Siri V S. 682.)

³⁾ Ludwig XIII., Instruktion für Ville-aux-Clercs, 1624 Nov. 27. (Richelieu, Lettres II S. 49 Z. 8 fg.) — Ueber Mansfelds Abfertigung des Planes mit Frankreich während seines englischen Aufenthaltes (1624 Nov. 14 bis 1625 Febr. 10) vgl. die Bemerkungen Conways bei Rusdorf, 1625 März 29. (Mém. I S. 525/6.)

mit Spanien hinzuzufügen, gewachsen; setzte er doch in eine neue Bestallung für Mansfeld, die er, nachdem Frankreichs Zuschüsse sicher gestellt, und damit seine eigene Bewilligung erst definitiv geworden war, am 17. November 1624 ausfertigte, die Bestimmung ein, daß die in England geworbenen Truppen nur für die Herstellung des Pfalzgrafen, unter Vermeidung aller Feindseligkeiten gegen Spanien und die Infantin Isabella, zu verwenden seien. Wie sollte nun dieser Widerstand von Mansfeld, Frankreich und den Staaten überwunden werden? Es geschah einfach, indem man den „Alten“, wie der pfälzische Gesandte den König Jakob respektwidrig bezeichnete,¹⁾ im guten Glauben ließ, daß sein Wille erfüllt werde.

So führte denn Mansfeld seine an so verschiedenen Orten geworbenen Truppen — es waren über 12 000 Mann zu Fuß, die auf die englischen, an die 2000 Reiter, die auf die französischen Beisteuern geworben waren — auf holländischen Boden, wo er sie seit März 1625 bei Gertruidenberg und Heusden sammelte; und von hier aus, da er seine Person und seine Truppen dem Bereich englischer Herrschaft entzogen hatte, erklärte er den Staaten in aller Form, er sei bereit, sich zum Entsatz Breda's gebrauchen zu lassen.²⁾ Damit wurde das Heer dem Zwecke, den Jakob I. aufgestellt hatte, wenigstens vorläufig entzogen. Aber auch über dem Unternehmen, dem es nun zugeführt wurde, waltete kein günstiger Stern. Unpünktlich bezahlt, schlecht versorgt bei der Verschiffung von England nach den Niederlanden und in den niederländischen Quartieren, waren die Truppen vom ersten Tage ab von Not und Seuchen heimgesucht, und als dann im Mai Prinz Friedrich Heinrich von Oranien an der Spitze der staatlichen Armee die Operationen zum Entsatz Bredas ernstlich aufnahm und Mansfeld mit ihm zusammenwirken sollte, war auch schon, wie sich das bei letzterem von selber verstand, ein alles lähmender Hader zwischen den beiden Generalen ausgebrochen. Das Unternehmen schlug fehl, am 5. Juni wurde Breda den spanischen Truppen eingeräumt, und noch vor der Räumung hatte Mansfeld mit den Resten seiner Armee den Zug ins Clevische angetreten. In seinem Gefolge, als Befehlshaber der Reiterei, befand sich auch wieder der unvermeidliche Christian von Halberstadt.

Aber so jammervoll diese Reste waren, die Kraft, mit welcher Mansfeld die Rotten auch jetzt noch in seiner Gewalt zu halten mußte, das Selbstvertrauen, mit dem er sich um neue Truppenwerbung und neue Kriegsbestallung umthat, war noch immer so groß, daß die einfache Auflösung der Armee nicht in Frage kam. Wem aber sollte sie zu gute kommen? Die Staaten bedankten sich vor weiteren Diensten Mansfelds, und das um so mehr, da nach den mächtigen Anstrengungen, die mit der Belagerung und Verteidigung Bredas verbunden waren, in dem niederländischen Krieg wieder eine längere Zeit der Unthätigkeit eintrat. Zu einem selbständigen Feldzug diese Rotten hinauszuschicken und sie etwa für ihre ursprüngliche Aufgabe, nämlich die Herstellung des Pfalzgrafen und der bündnerischen Republik, kämpfen zu lassen, ging bei ihrem trümmer-

¹⁾ Ausdorf, 1625 Febr. 18. (Mon. pietatis II n. 33.)

²⁾ Resolutionen der Staaten von Holland, 1625 März 12. (S. 23.)

haften Zustände ebenfalls nicht an. Nur eines schien übrig zu sein: man konnte die Truppen verwenden, um eine andere Armee zu stärken, deren Bestand gleich in der ersten Zeit ihrer Aufstellung bereits gefährdet schien: das war die Armee König Christians IV.

Wie oben erzählt ist, war diese Armee, um ihren Zwecken zu genügen, auf 30 000 Mann veranschlagt, zunächst aber nur auf etwa 10 000 Mann gebracht. Nun war sie in den nächsten Wochen nach ihrem eiligen Aufmarsch längs der Weser allerdings stetig vermehrt, bis auf etwa 17 000 Mann.¹⁾ Aber eine weitere Vergrößerung stieß auf schwere Hindernisse. Vor allem war das von England versprochene Truppencorps nicht mehr zu erwarten, da der englische König kraft einer inzwischen getroffenen Abänderung seines Vertrags statt der Truppenhilfe eine für Christian IV. noch viel nötigere Geldbeisteuer zu leisten hatte: 40 000 Pfund Sterling als erste Anzahlung, 30 000 Pfund für jeden Monat. Da war es denn ein naheliegender Gedanke, auf den England, die Staaten und Mansfeld selber noch im Juni verfielen, der dann auch in Frankreich gebilligt und von Dänemark eifrig betrieben wurde, daß die Truppen des Abenteurers notdürftig ergänzt und zur Unterstützung Dänemarks auf den niedersächsischen Kriegsschauplatz geworfen werden sollten. Frankreich und England bewilligten zu diesem Zweck vorläufig vier²⁾ weitere Monatssolde, die Staaten übernahmen es, die Infanterie Mansfelds zur See nach Bremen zu schaffen, und Mansfeld selber war im Oktober so weit, daß er wirklich etwa 4000 Mann zu Fuß und 5—600 Reiter³⁾ dem dänischen Könige, dessen Oberbefehl er unterstellt wurde, zuführen konnte.

Eine gewaltige Verstärkung war es gerade nicht, die auf diese Weise dem dänischen Könige zu teil wurde. Aber bedeutsam war sie doch schon infolge des Schreckens, der sich an Mansfelds Namen heftete. Dieser Schrecken begann nicht erst damals zu wirken; er hatte schon von dem ersten Anfang der Mansfeldischen Rüstungen an sich geltend gemacht, und zwar nirgendswo stärker als bei der Liga und dem Kaiser. Der Furcht vor den Mansfeldischen Anschlägen war es vor allem zuzuschreiben, daß zu der Zeit, da Christian IV. in Hameln stand, die Streitkräfte der Liga schon in Bewegung gekommen und zur Aufnahme des Kampfes einigermaßen bereit waren. Dieselbe Furcht mußte zu den durch die Bewegungen in Niedersachsen hervorgerufenen Sorgen hinzukommen, um neben der Liga den Kaiser zu unerhörten Anstrengungen fortzureißen. Hiermit aber werden wir auf einen Punkt geführt, bei dem es gut sein wird, den Fort-

¹⁾ Dpel II S. 179 nach Berichten Nizemas vom 12. und 13. Juli. — Die Angaben Vosbergens vom 18. Okt. (Histor. Genootschap IX S. 179) führen, wie Dpel (II 365) richtig bemerkt, auf 18 000 Mann. — Nicht vereinbar ist hiermit die von Dpel (II 283/4) für Ende August angenommene, in Wahrheit aber in einem Bericht Anstruthers vom 22. Juli (Roe S. 429) enthaltene Angabe von beinahe 24 000 Mann.

²⁾ Ludwig XIII. an d'Espesses, 1625 Sept. 21. (Villermont II S. 322 Z. 11 v. u. u. fg.)

³⁾ Nach Carletons Angabe, 1625 Okt. 16. (Roe, negotiations S. 441.) Camerarius (an Drenstierna, Okt. 10, bei Schybergson S. 309) gibt 900 Reiter an. — Außerdem schickten die Staaten dem König Christian noch das Doppelregiment Hatzfeld-Bieke, 3000 Mann zu Fuß, zur Hilfe.

gang der militärischen und politischen Zurüstungen im protestantischen Lager zu unterbrechen und die katholischen Gegenrüstungen ins Auge zu fassen.

Wie schon erzählt (S. 259), hatten der Kaiser und der bairische Kurfürst gegen Ende des Jahres 1623 eine Niederlegung der Waffen im deutschen Reiche für unthunlich befunden. Um sich für die hiermit erforderlichen kriegerischen Anstalten die Mitwirkung der Liga zu sichern, hatte darauf Maximilian am 25. April 1624 einen Bundestag in Augsburg eröffnet.¹⁾ Wie gewöhnlich, war das erste, was man hier hörte, eine Masse von Klagen und Entschuldigungen wegen rückständiger Beisteuern; war doch selbst von seiten des Papstes, als Ergebnis der hohen in Regensburg gemachten Versprechungen (S. 188), während des ganzen Jahres 1623 nichts weiter als der Betrag von 10 000 Reichsthalern eingegangen. Auch der alte Gegensatz zwischen den rheinischen und den viel schwerer belasteten oberländischen Ständen blickte wieder auf und fand in hergebrachter Weise seinen schärfsten Ausdruck in der Eifersucht des Mainzer Kurfürsten auf die herrschende Stellung Maximilians von Baiern, auf seine thatkräftige Politik und seine glänzenden Sondervorteile. Aber andererseits wirkte doch die Furcht vor der kriegerischen Wendung der englischen Politik und die Sorge, daß der im Jahre 1623 im niederländischen Kreis gemachte Versuch, unter dem Schein der Verteidigung eine protestantische Streitmacht aufzustellen, sich wiederholen möchte, so stark, daß der einhellige Beschluß durchging, die Kriegsbereitschaft, in der man sich befand, noch weiter aufrecht zu halten. Nach der zuletzt wieder in Regensburg festgesetzten Norm für die Stärke des Bundesheeres und die Verteilung der Bundessteuern (S. 188) sollten die Geldbeiträge fortgezahlt werden, zunächst auf sechs Monate, dann aber, wenn nach Entscheidung des bairischen Kurfürsten die fortdauernde Gefahr noch längere Bewaffnung erheische, auf weitere Zeit.

Bei Erwägung der kriegerischen Lage gedachte man dann aber auch jenes peinlichen Zustandes, kraft dessen in protestantischen Fürstentümern und Reichskreisen unter dem Schein erlaubter Verteidigung oder des Zuzugs zu befreundeten Mächten ungestört Truppen geworben wurden, die hinterher plötzlich in den Kampf gegen Kaiser und Liga auszogen. Ließen sich solche Kriegsrüstungen nicht zeitig abwenden? In der Zeit, da Kaiser Matthias den rebellischen Böhmen den Zuzug aus dem Reich abzuschneiden suchte, hatte er die Behauptung aufgestellt, daß Truppenwerbungen und Durchzüge im Reich schlechthin der Erlaubnis des Kaisers bedürften (S. 11). Es war eine Behauptung, welche weit über die Bestimmungen der Reichsgesetze hinausging; aber sie diente dem nächstliegenden Interesse, und in diesem Sinn wurde sie jetzt von den sonst auf ihre Libertät auch sehr eifersüchtigen Ligisten aufgegriffen. Es sind, so faßte Mainz am 17. Mai die hierüber ergangenen Boten zusammen, ohne Erlaubnis des Kaisers keine Werbungen zu gestatten und, wenn sie dennoch vorgehen, durch die Bundesstruppen zu sprengen. Das war ein Beschluß, der, wenn durchgeführt, die militärische Diktatur des Kaisers und der Liga im Reiche aufrichten mußte.

¹⁾ Der Abschied, 1624 Mai 29, bei Stumpf S. 195. Vgl. Hurter IX S. 349. — Proposition im Coblenzer Archiv, 12 Kriegswesen n. 13. Protokoll der rheinischen Abteilung im Düsseldorfener Archiv, Kurköln, Reichsachen b n. 220.

Aber freilich der rücksichtslosen Entschlossenheit, die aus dieser Bestimmung sprach, stellte die Versammlung sofort auch einen Beleg ihrer kleinlichen Sparsamkeit entgegen. In dem Krieg von 1623 hatte Maximilian kraft der ihm erteilten Ermächtigung das Ligaher weit über den Normalstand von 15 000 Mann erhöht (S. 246) und dabei selbstverständlich auf die entsprechende Erhöhung der Geldbeisteuern gerechnet. Demgemäß setzten seine Gesandten in dem Abschied der gegenwärtigen Versammlung einen diese Pflicht der Nachschüsse ausdrückenden Satz durch. Aber wie ein Mann erklärten dabei die Gesandten der rheinischen Stände, daß sie darüber ohne Instruktion seien. Ob also die nachträglichen Zuschüsse wirklich erfolgten, blieb eine offene Frage.

Dürftig wie immer war also der Eindruck, den diese Bundesversammlung hinterließ. Indes für jene Armee, welche unter Tillys Leitung vier Jahre lang gekämpft und gesiegt hatte und nun in ihrer drohenden Stellung die norddeutschen Reichsstände und die ihnen benachbarten Mächte in Atem hielt, war doch wenigstens der Fortbestand gesichert. Als die nächste und unmittelbar drängende Gefahr nun, gegen welche sich diese Streitkräfte zu wenden hatten, traten seit dem Oktober 1624 aus dem Gewirre der sonstigen Vorbereitungen und Anschläge die kriegerischen Bewegungen Mansfelds heraus: erst seine Werbungen bei Bremen und Hamburg, dann die Sammlung seiner Streitkräfte in Holland, schließlich sein Zug auf Breda und von da an den Rhein. Ein erster Versuch der Abwehr dieser Anstalten war es, daß Tilly im Dezember 1624 Miene machte, seine Truppen zur Sprengung der Mansfeldischen Werbungen in den niedersächsischen Kreis zu schicken, eine Drohung, welche dann, so wenig sie ausgeführt wurde, doch für die im folgenden Frühjahr beschlossene Kriegsbereitschaft des niedersächsischen Kreises von den einen als Vorwand, von den anderen als Anlaß aufgegriffen wurde. Hierauf war es die zeitig geahnte Absicht des Mansfeldischen Zuges gegen die spanisch-niederländischen Streitkräfte, welche Tilly nötigte, seine Front auch nach Westen zu wenden. Mit seiner Hauptarmee behauptete er allerdings die Wachtposten am Saum des niedersächsischen Kreises; aber wie im Jahre 1622, so wurde auch zu Anfang des Jahres 1625 der Graf Anholt mit zwei Infanterieregimentern und einer Anzahl Reitercompagnien, neben denen auch der Kaiser zwei Infanterie- und zwei Kavallerieregimenter schickte,¹⁾ nach Brabant ausgesandt und mit der schwierigen Aufgabe betraut, die Mansfeldischen Banden wo möglich zu schlagen, einem Zusammenstoß mit der staatlichen Armee aber aus dem Wege zu gehen. Von Anholt sah sich denn auch Mansfeld im Rücken und in der Seite bedroht, sowohl bei dem Entsatzversuch vor Breda, als bei der Festsetzung zwischen Emmerich und Rees, ohne daß es jedoch dem ligistischen General mit seinen kleinen und bei dem Zug gen Breda ebenfalls stark mitgenommenen Truppen gelungen wäre, das Ausweichen des verschlagenen Freibeuters bis in den niedersächsischen Kreis zu hindern.²⁾

¹⁾ Colalto, Nassau, Lauenburg, Avandagno. Gleichzeitig Sendung des Regiments Schauenburg aus dem Elsaß nach Mailand. (Eggenberg an Rhevenhüller, 1625 Jan. 17. Briefbücher. — Abweichende Angaben bei Rhevenhüller X S. 477, 620.)

²⁾ Krf. Maximilian (an Rhevenhüller, 1625 Juni 15, Aug. 5., 26, Sept. 23, in den Briefbüchern im German. Museum) schreibt das Mißlingen dem Umstand zu, daß die zum Zweck

Während aber so die von Mansfeld drohende Gefahr sich vom Westen nach dem Norden zog, war an die Hauptarmee der Liga schon eine andere und größere Aufgabe herangetreten: sie wies auf den im niedersächsischen Kreis sich vorbereitenden Angriff. Anfänglich hatte sich Kurfürst Maximilian,¹⁾ wenn sich seine Aufmerksamkeit dem niedersächsischen Kreise zuwandte, vornehmlich von der Sorge vor Mansfelds Werbungen bestimmen lassen. Von Mansfeld sah er die Hauptgefahr kommen, und während der ganzen Zeit, da dessen Zug gegen Breda vorbereitet, dann der Rückzug von Breda nach dem Rhein vollführt wurde, hörte Maximilian nicht auf, einen unversehenen Vorstoß des gefürchteten Abenteurers ins Reich, etwa gegen die Pfalz oder Böhmen, als seinen eigentlichen Zweck zu argwöhnen. Daneben gewann er erst seit März 1625 durch aufgefangene Briefe nach und nach deutlichere Vorstellungen über die Absicht, die Streitkräfte Englands, Schwedens, Dänemarks und protestantischer Reichsstände zu einem Angriff gegen Kaiser und Liga zusammenzuballen, womit sich dann noch weitere Nachrichten über verwandte Zurüstungen, von denen nachher ein Wort zu sagen sein wird, verbanden: über Versuche, Bethlen-Gabor wieder auf Ungarn und die kaiserlichen Erblande zu werfen, und über die Sammlung einer französischen Armee an den Grenzen von Lothringen, Pfalz und Elsaß. Da sah er denn die Gefahr kommen, daß man sich neben dem Anfälle Mansfelds auch noch gegen Angriffe Frankreichs von Westen, Dänemarks und Schwedens von Norden und Bethlens von Osten her werde schützen müssen. Er erkannte, daß alle Erfolge, welche die katholische Partei, Baiern und das Haus Oesterreich seit 1620 errungen hatte, gegen eine neu sich bildende Koalition verteidigt werden mußten. Rasch wie immer das Notwendige ergreifend, stellte er da den aufsteigenden Gefahren zwei Erfordernisse gegenüber: einmal, der Kaiser mußte seine ungenügenden Truppen verstärken, sodann, es mußte den Gegnern die Truppensammlung und der Durchzug im niedersächsischen Kreise zeitig gelegt werden. Folgen wir zunächst den auf den letzteren Zweck gerichteten Maßregeln.

Den niedersächsischen Kreis betrachtete Maximilian als Sammelplatz und Durchzugsgebiet für die gefährlichsten unter seinen Feinden. Hier hatte Mansfeld einen seiner vornehmsten Werbeplätze gefunden, und hierher strebte er zurück nach dem Nislingen vor Breda; in demselben Kreise sammelte Dänemark seine Streitkräfte, und wenn die vom Norden drohenden Feinde den Kaiser in Böhmen oder die Liga im oberen oder niederen Westdeutschland heimsuchen wollten, so mußten sie an den beiden Strömen des Kreises, der Elbe und Weser, hinaufziehen oder auch über die Weser hinausbrechen; daß schließlich auch, nachdem die Union gesprengt war, der Widerstand gegen die Ziele der katholischen Partei und des Kaisers unter den Ständen dieses Kreises immer noch seine hartnäckigste Vertretung fand, gab allen derartigen Feindseligkeiten seinen starken

der Zerspaltung der Mansfeldischen Truppen dem Anholt zugeordneten spanischen und kaiserlichen Regimentern zu spät aufgebrochen seien und dann, statt sich mit Anholt zu verbinden, im Sitticher und Kölner Gebiet Quartier genommen hätten.

¹⁾ Ich folge seiner Korrespondenz mit Ferdinand II., 1625 März 13 u. fg. (Münchener St. A. 3/6. Einige Notizen daraus bei Gindely, zur Beurteilung Albrechts von Waldstein S. 9, 10.)

und dauernden Rückhalt. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse hatte denn auch die katholische Bundesarmee schon seit Ende 1623 den Saum des Kreises gegen Westen und Südwesten schließen müssen, und mit Rücksicht auf die jetzt immer gefährlicher werdende Lage schritt Maximilian zu der schärferen Forderung vor, daß alle dem Kaiser nicht genehmen Werbungen und Durchzüge in diesem Kreise zu legen, ja die „Pässe“, d. h. vornehmlich die den Lauf der beiden Ströme beherrschenden Punkte, zu besetzen seien. Das Werkzeug zur Durchführung solcher Forderungen war das Ligageer; aber die Autorisation und die Verantwortung dafür sollte jetzt wieder, wie in den ähnlichen Vorgängen der früheren Jahre (S. 228), der Kaiser übernehmen.¹⁾ Und auch diesmal wollte Ferdinand II. es nicht an sich fehlen lassen. Am 26. April erteilte er dem Kurfürsten Maximilian die Vollmacht, die Widersacher des Kaisers und der gehorsamen Stände überall mit seiner Armee abzuwehren, besonders auch Musterplätze zu hindern oder aufzuschlagen und geeignete Pässe zu besetzen; ausdrücklich fügte er auch hinzu, daß in Ausübung dieser Vollmacht der Kurfürst den General Tilly oder andere substituieren dürfe.

Allerdings hatte Ferdinand II. diesen Auftrag noch nicht lange gegeben, als er die Ausföhrung desselben vertagt zu sehen wünschte. Er wollte noch einmal den Versuch machen, einem neuen Kriege durch gütliche Verhandlung mit den niederländischen Ständen vorzubeugen, und wie überwältigt von dem Gefühl der Erschöpfung seiner Mittel und von den immer neuen Anspannungen des Krieges erklärte er sich nicht nur bereit, die vieldeutige Mühlhausener Zusage, die er kurz vorher vergessen zu wollen schien (S. 259), neuerdings zu bestätigen, sondern er fügte noch hinzu, daß er, wenn die Stände sich hierdurch nicht genügend gesichert fühlten, bei dem in Aussicht genommenen Deputationstag (S. 256) eine weitere „Asssekurationshandlung“ vornehmen lassen wolle. Wiederum war es jedoch der zwar langsame, aber feste Gang von Maximilians Politik, der über diese Schwankungen hinwegführte. Daß der Kaiser seine Absicht, den niederländischen Ständen die Mühlhausener Erklärung zu bestätigen, wirklich ausführte, hinderte er nicht, aber von jenem Zusätze über eine weitere Asssekurationshandlung brachte er ihn ab,²⁾ und vor allem, er sorgte dafür, daß der Krieg eröffnet wurde. Am 11. Mai trug sein General Tilly dem niederländischen Kreis das neu entdeckte Staatsrecht vor, daß jegliche Truppenwerbung ohne kaiserliche Genehmigung unstatthast sei, um auf Grund desselben nicht nur solche Kriegsrüstungen, für welche kein Reichsfürst den Namen hergegeben hatte, und die offenkundig gegen den Kaiser und seine Verbündeten gerichtet waren, sondern

¹⁾ Maximilians Instruktion für Leuter an Ferdinand II., 1625 April 9. Maximilian an Ferdinand, April 17. Kaiserl. Patent für Maximilian, April 26. — Auf Maximilians weiteres Gesuch um eine direkt auf Tilly gestellte kaiserl. Vollmacht, richtete der Kaiser ein Schreiben an Tilly (3. Juni, Hurter IX S. 410), in dem er sich auf die dem Kurfürsten „erteilte Generalgewalt referierte“. (Der Kaiser an Maximilian, Juni 5.)

²⁾ Maximilian an den Kaiser, 1625 Mai 20. Auszug aus v. d. Necks Instruktion bei Oppl II S. 180. (Das richtige Datum, Mai 27, S. 182, Anm.) Nach einem Schreiben des Kaisers an Baiern vom 5. Juni scheint v. d. Neck nicht abgegangen zu sein, aber die Bestätigung der Mühlhausener Zusage findet sich in einem Schreiben des Kaisers an die niederländischen Stände vom 27. Juli. (Hurter IX S. 413. Mecklenburgische Apologie S. 433.)

auch solche Verbungen, die der Kreis zu seinem Schutze angeordnet hatte, als gesetzwidrig zu bezeichnen und die Einstellung der Rüstungen zu verlangen. Das war eine Forderung, über welche es einen Ausgleich nicht gab. Wie nun aber der Kaiser noch immer das den Krieg entscheidende Wort zurückgehalten wissen wollte, Tilly dagegen das Argument auspielte, daß die hessischen und westfälischen Quartiere erschöpft seien, und folglich für seine Armee nur das Vorwärts oder Rückwärts in Frage stehe, erteilte Maximilian am 15. Juli kraft der drei Monate alten kaiserlichen Vollmacht seinem General den Auftrag, in den niedersächsischen Kreis einzurücken und die Auflösung oder Entfernung der dort stehenden Truppen zu bewirken.

Am 28. Juli überschritt darauf Tilly bei Hörter die Weser. Streifende Abteilungen, welche er alsbald in die gegenüberliegenden Gebiete des Herzogs Friedrich Ulrich von Braunschweig sandte, drangen vor bis an die Leine und bedrohten, zwischen Weser und Leine herabziehend, die dänischen Streitkräfte im Rücken. Um dann den Anfang seines Feldzugs vollends günstig zu gestalten, mußte es geschehen, daß zwei Tage nach dem Weserübergang König Christian IV. bei Besichtigung der um Hameln aufgeführten Festungswerke einen schweren Sturz erlitt, infolge dessen er einige Tage lang des Gebrauchs seiner Kräfte beraubt war und zwei bis drei Wochen ans Krankenlager gefesselt blieb. Die dänische Armee war also gleichzeitig angegriffen und führerlos. Da wußten die Stellvertreter des Königs keinen anderen Rat, als zurückzugehen bis nach Verden; Tilly aber konnte ungehindert die Weser hinabziehen und sich der festen Plätze bemächtigen, bis seine Erfolge vor Nienburg, das von der dänischen Besatzung behauptet wurde, zum Stehen kamen (Anfang September).

Merkwürdig war bei diesem Ausbruch der Feindseligkeiten die hinterhältige Vorsicht, mit der beide Teile die Wahrheit, daß man in einen neuen Krieg eingetreten sei, noch zu verhüllen suchten. Tilly wollte nur gekommen sein, um die gesetzwidrigen Truppensammlungen abzustellen, und wollte den Kreis räumen, sobald die Abdankung dieser Truppen erfolgt sei; Christian IV. wollte nichts weiter, als den Kreis gegen Einquartierungen und ähnliche Belästigungen schützen, er wünschte nichts mehr, als daß seine Kriegsanstalten durch eine Verständigung, welche den Kreis gegen derartige Belästigungen und im Genuße des Land- und Religionsfriedens sicherte, überflüssig gemacht würden. In grellem Gegensatz gegen diese friedseligen Beteuerungen stand freilich der wilde Charakter der Kriegführung, der gerade in den ersten Anfängen hervorbrach. Die Braunschweiger Regierung hatte zum Schutz des Fürstentums ein Landesaufgebot erlassen,¹⁾ ohne doch den zusammengelaufenen Bauernhaufen eine andere Führung geben zu können, als die, welche ihnen der gegen die Papisten aufflammende Haß von selber gab. So geschah es, daß die Spitzen der eindringenden Ligistenscharen von wütenden Bauern angefallen wurden, die, wie Tilly schreibt, „an etlichen Orten die Soldaten und Marketender, auch die Weiber und Kinder unversehens anfielen, niederschossen und niedermetzelten“,²⁾ daß ferner die hungern-

¹⁾ Tilly an den Herzog Friedrich Ulrich, 1625 Juli 30. (Londorp III S. 818.)

²⁾ Tilly schreibt am 24. Aug. 1625 an Gronsfeld und Rupp, daß seine Truppen von

den Soldaten allerwärts auf verlassene Dörfer, geschlossene Städte und Sperrung der Zufuhr trafen. Die Gegenwehr erfolgte in demselben Geiste, in dem schon im Jahre 1620 die regulären Truppen dem oberösterreichischen Landvolk die Lust zum Widerstande auszutreiben suchten (S. 104): durch Plünderung und Verbrennung zahlreicher Dörfer und Höfe, durch Entfesselung der Mordlust und tierischer Begierden der Soldaten gegen überfallene Einwohner. Selbst der Feldherr wurde, wie unter Vergeltung und Gegenvergeltung die Zahl der Greuelthaten wuchs, von Rachegefühl ergriffen. Er durfte von sich sagen, daß mit seinem Wissen und Willen¹⁾ keine Unthat erfolgt sei, aber daneben brach er gegen die Bauern in die grausamen Worte aus, daß kein Uebel so groß sei, daß sie es nicht verdient hätten.

Glücklicherweise kamen indes diese Greuel nach einigen Wochen zur Ruhe, und zwar deshalb, weil in dem Krieg selber ein Stillstand eintrat, der beiden Theilen durch das Bewußtsein der Unzulänglichkeit ihrer Mittel aufgenötigt wurde. Daß Christian IV. mit einem Heer von etwa 17000 Mann sich für die übernommene Aufgabe noch lange nicht stark genug fühlte, ist schon bemerkt. Aber fast noch weniger schienen die verwendbaren Streitkräfte Tillys auszureichen, da sie, abgesehen von der durch Mansfeld in Anspruch genommenen Abteilung Anholts, in sechs Infanterieregimentern und 37 berittenen Compagnien nicht mehr als 15500 Mann zählten,²⁾ gewiß zum größeren Teil erprobte Truppen, aber auch den verwildernden Einflüssen preisgegeben, welche das brutale Kontributionswesen und die ungeordnete Bezahlung mit sich brachte. Gehörte doch die Zeit, da das Ligaheer Monat für Monat abgelöhnt wurde und dadurch den kaiserlichen wie den böhmischen Truppen so weit überlegen war, nur den Anfängen des Krieges an; nunmehr, bei dem jämmerlichen Finanzwesen der Liga, mußte man auch hier den Sold auflaufen lassen, um dann ein- oder zweimal im Jahr einen großen Handel über Rückstände und Kompensationen anzustellen.³⁾ Da schaute denn auch Maximilian von Baiern fast noch verlangender nach Verstärkung seiner Streitkräfte aus, als König Christian IV., und derjenige, an den er jetzt zunächst seine Anforderungen stellte, war, wie oben bemerkt, Ferdinand II.

Die Mahnungen, welche Maximilian seit März 1625 an den Kaiser richtete,⁴⁾ gingen davon aus, daß das Ligaheer, das um einige Tausend Mann verstärkt werden sollte, womöglich sowohl den Angriff Mansfelds, der von den Niederlanden, wie den Vorstoß Dänemarks und seiner Verbündeten, der von

dem Landvolk „allenthalben in seinem (lies: ihrem) Vortrab niedergeworfen“ seien. — An den Herzog Friedrich Ulrich, am 22. September: daß „gleich zu Anfang meines Ingress in die Landschaft die rumorische, wüthige Pauren“ die Soldaten nicht nur nach Möglichkeit der „Bivres beraubt“, sondern auch u. s. w. (wie im Text). Dresdener Archiv 9204, 41. Buch. — Dies gegen Oppl II S. 247 Z. 15 v. u.

¹⁾ In dem angeführten Schreiben an Gronsfeld und Rupp. — Die andere Stelle von Oppl herausgehoben II S. 246.

²⁾ Heilmann II 1 S. 173, 178.

³⁾ Tilly, 1627 Febr. 26. (Gindely, Waldstein I S. 187.)

⁴⁾ Für das folgende führe ich keine Belege an, da ich über die Gründung von Wallensteins Armee und sein Kontributionsystem an anderem Orte eingehender zu handeln gedenke.

Elbe und Weser her erwartet wurde, abwehren sollte. Da man aber mit der Möglichkeit rechnen mußte, daß ein anderes dänisches Heer weiter im Osten, etwa gegen Schlesien vordringen möchte, und einem solchen Angriff Tilly nicht entgegentreten konnte, da ferner im Zusammenhang mit einem derartigen Unternehmen auch noch der Losbruch Bethlens gegen Oesterreich oder die böhmischen Lande zu fürchten war, so sollte der Kaiser zur Abwehr dieser Angriffe, vornehmlich also zum Schutz seiner eigenen Hauslande eine zweite Armee bereitstellen. Wirklich bereit hatte nun der Kaiser an Fußvolk, wenn man von zwei nach den Niederlanden und einem nach Mailand geschickten Regiment abfäh, nur noch sechs in Ungarn und den böhmischen Landen zerstreute Regimenter, alle in trümmerhaftem Zustand, und neben ihnen 24 Reitercompagnien, die sich auch nicht besser ausnahmen. Dem Verlangen Maximilians konnte folglich, zumal man die Lande nicht ganz von Garnisonen entblößen konnte, lediglich durch die Schaffung einer neuen Armee entsprochen werden. Das war aber eine Aufgabe, vor der die kaiserliche Regierung, schwankend zwischen entgegengesetzten Antrieben, stockte.

Auf der einen Seite wurde die Hofkammer nicht müde, dem Kaiser den Jammer seiner Finanzen vorzuhalten: die Kriegsausgaben, so rechnete sie zu Anfang des Jahres 1625, übersteigen die dafür bestimmten Einnahmen um mehr als 600 000 Gulden, und der einzige Rat, den sie in dieser Not wußte, war, daß die ohnehin so stark verringerten Truppen noch weiter verringert würden.¹⁾ Auf der anderen Seite ging aber gerade damals der Kaiser mit stolzen Plänen zur Befestigung der Macht seines Hauses um. Im Herbst des Jahres 1624 war sein Gesandter Rhevenhüller mit dem König Philipp IV. von Spanien, nachdem hier das englische Heiratsprojekt beseitigt war, in eine förmliche Verhandlung eingetreten über die Verheiratung des ältesten kaiserlichen Prinzen, Ferdinand, mit der Infantin Maria, der Schwester des Königs. Wie nun Philipp dem Abschluß eines Heiratsvertrags an sich sehr geneigt war, aber die hohe Bedingung stellte, daß dem österreichischen Prinzen erst die Erbschaft der Kronen seines Vaters gesichert werde, fand man nach einjähriger Verhandlung den Ausgleich, daß Philipp die Vermählung im geheimen zusagte, die Erfüllung der Zusage aber an die Bedingung der vorherigen Sicherstellung von Ferdinands Succession in Ungarn, Böhmen und dem Deutschen Reich knüpfte. Mit einemmal sah sich hiermit die kaiserliche Politik vor glänzende Aussichten und schwere Aufgaben gestellt. Und wie ein großer Entwurf noch andere nach sich zu ziehen pflegt, so trugen sich in denselben Tagen, da die Verhandlung über die neue Befestigung der Familienverbindung zwischen dem deutschen und spanischen Zweig des Hauses Oesterreich in Gang gekommen war, sowohl der Kaiser wie die spanische Regierung mit noch viel weiter gehenden Plänen: ersterer dachte, das bisherige Zusammenwirken Spaniens, der Liga und des Kaisers auf ein festes Bündnis mit festen militärischen Verpflichtungen zu gründen, Spanien ging damit um, mit Hülfe des Namens des Kaisers und der

¹⁾ Vgl. Oberleitner im Archiv für österr. Geschichte XIX S. 17. Gutachten der Hofkammer, 1624 Juli 4, bei Hopf, Anton Wolfradt II S. 17.

Mittel der Hanfa den Handel und die Schifffahrt der Holländer in Ost- und Nordsee zu zerstören. Es wird von diesen Entwürfen, da entscheidende Verhandlungen darüber erst im Jahre 1626 begannen, nachher noch die Rede sein. Aber das begreift man sofort, daß diese Pläne insgesamt gegen die ängstlichen Ratsschlüge, die auf Entwaffnung gingen, ein wirksames Gegengewicht bildeten, ein Gegengewicht, welches dann durch die wachsende Kriegsgefahr mächtig verstärkt wurde.

Indes, schließlich war es doch nicht der Kaiser und sein Rat, sondern das ungestüme Eingreifen eines dritten, welches dem Schwanken ein Ende machte und die Unentslossenheit in kriegerische Thaten umsetzte.

Schon oft hatte es sich seit dem Ausbruch des großen Krieges gezeigt, welch mächtigen Anreiz das damalige Kriegsgewerbe, in dem der Feldherr die Armee, die er führen sollte, selber zu schaffen hatte, und mit dem hohen Spiel des Krieges die Wagnisse finanzieller Spekulationen sich verbanden, auf Männer von starkem Thatendrang ausübte. Ein Mann, der von diesem Antrieb erfaßt wurde, war auch Albrecht von Wallenstein. Wie er mit dem Kaiser jahraus jahrein die großartigsten Darlehensgeschäfte gemacht und zugleich in den Künsten der Truppenwerbung reiche Erfahrungen gesammelt hatte, wie er bei seinem glänzenden Emporsteigen sich durch seine zweite Heirat den Zutritt am kaiserlichen Hof vollends gesichert hatte (S. 211), ging seinem rastlosen Geiste der Gedanke eines neuen Kreditgeschäftes von unerhörter Art auf: er wollte dem Kaiser eine Armee vorschufweise stellen, unter der Bedingung, daß er sie selber kommandierte. Bereits im Jahre 1623, als der Feldzug gegen Bethlen bevorstand, trat er mit einem dahin gehenden Anerbieten hervor,¹⁾ und wenngleich er anfangs zurückgewiesen wurde, so ließ er doch fortan seinen Plan nicht mehr aus dem Auge. Und die Zeit, die seinen Absichten günstig war, kam mit den Bedrängnissen des Frühjahrs 1625 heran. Abermals trat er jetzt an den zwischen drängende Anforderungen und demütigende Geldnot gestellten Kaiser mit dem Anerbieten heran, ihm eine Armee von 20 000 Mann zusammenzubringen, indem er für den Vorschuf der Kosten der Aufstellung des Heeres, d. h. für das Lauf- und Anrittgeld und vielleicht auch noch für den ersten Monatsold, selber aufkommen würde. Näher angesehen, war es ein Angebot, das im Grunde an die trügerischen Vorspiegelungen der Münzfälscher von 1622 erinnerte: dem zahlungsunfähigen Kaiser wurde das Geld für die Aufstellung eines Heeres geboten, dessen weitere Unterhaltung auf nichts gestellt blieb. Und dennoch so groß war einerseits die Not, und so unverbesserlich war andererseits der Leichtsinns der kaiserlichen Regierung, daß dieses Angebot ihrem Schwanken ein Ende machte. Am 7. April 1625 nahm der Kaiser Wallensteins Vorschläge wenigstens grundsätzlich an, indem er ihm eröffnete, daß er ihn zum Befehlshaber seiner im Reich zu verwendenden Streitkräfte bestimmt habe.

Rasch war diese Entscheidung gefallen. Aber nachdem sie gefallen war, machte sich auch die Langsamkeit der kaiserlichen Regierung wieder geltend. Zu-

¹⁾ Gindely, Gegenreformation in Böhmen S. 377. Ueber ein zweites Anerbieten zu Anfang 1624: Schriften der mährisch-schlesischen Gesellschaft XXII S. 129.

nächst plagte sie sich mit der Frage, wie das Verhältnis zwischen den alten in den Erblanden liegenden Regimentern und der neu von Wallenstein zu schaffenden Armee zu bestimmen sei. Im Mai antwortete sie darauf, daß erstere durch Neuworbungen ergänzt werden und sich dann vornehmlich gegen einen Losbruch Bethlens und den daneben stets zu fürchtenden Friedensbruch der Türken bereit halten sollten, daß dagegen Wallenstein im Zusammenwirken mit dem Ligaher die Abwehr der von Dänemark und Schweden zu gewärtigenden Angriffe übernehmen und zu dem Zweck 15 000 Mann zu Fuß und 6000 Reiter aufbringen sollte. Einen Monat später hob man diese Unterscheidung auf: da die nachher zu besprechenden Beziehungen zu den Türken und Bethlen sich zeitweilig friedlich anließen, so gedachte man aus den alten und den neu zuwerbenden Truppen nur eine einzige für Wallenstein bestimmte Armee zu bilden und diese auf 24 000 Mann zu bringen. In diesem Sinne wurde, nachdem erst nochmals ein Monat verlaufen war, am 25. Juli das kaiserliche Patent ausgefertigt, in dem Wallenstein zum General der ins Reich zu sendenden kaiserlichen Armee in aller Form ernannt wurde. Als den Feind, den der neue Feldherr vorzugsweise bekämpfen sollte, bezeichnete eine am 27. Juni ihm erteilte Instruktion den am Niederrhein liegenden Mansfeld, aber mit dem Vorbehalt, daß Wallenstein sich je nach Bedürfnis auch gegen die anderen Widersacher des Kaisers, d. h. also vor allem gegen die dänischen Truppen, zu wenden habe.

Gleich bei Uebertragung dieses Kommandos schien man am kaiserlichen Hof das Gefühl zu haben, daß man an der Seite Wallensteins keinen Nebenbuhler und keinen Gleichgestellten lassen dürfe. So wurde denn der Marquese von Montenegro (S. 253) seiner Stellung als kaiserlicher Feldoberster enthoben, und mit ihm mußten Marradas und der Fürst Max von Lichtenstein auf ihren Generalsrang verzichten. Nicht genug auch, daß Wallenstein vor zwei Jahren zum Reichsfürsten erhoben war, gleich Eggenberg, Hohenzollern u. a., er wurde jetzt (13. Juni 1625) durch den Titel eines Herzogs über sie alle erhöht.

Während nun die kaiserliche Regierung drei und einen halben Monat brauchte, um auf solche Weise die dem Herzog von Friedland zugedachte Stellung genauer zu bestimmen und ihm wirklich zu übertragen, war er selber, ohne einen Tag zu verlieren, in das große Handelsgeschäft der Heeresbildung eingetreten, um nach der Gründung des Heeres mit gleicher Rasstlosigkeit den Beginn des Feldzugs ins Werk zu setzen.

Schon im April war er an der Arbeit, die für die Anwerbung der neuen Regimenter geeigneten Obersten zu gewinnen, wobei er nicht vergaß, einen Teil der Auslagen, die er auf sich genommen, auf diese Unterbefehlshaber zu schieben: er begründete damit das in der Folgezeit in seiner Armee immer umfassender ausgebildete Kreditssystem, in dem Hauptleute, Oberste und Feldherr, jeder seinen Anteil an den gewaltigen gegen den Kaiser erhobenen Schuldforderungen hatte. In den ersten Tagen des Juni sodann ergingen die kaiserlichen Bestallungspatente für die neuernannten Obersten, und im Laufe des Monats August konnten bei Eger schon drei und ein halbes von den alten, und drei neue Infanterieregimenter, im ganzen 13 641 Mann zählend, sowie 53 Compagnien Reiter mit 4200 Mann hintereinander gemustert werden, während noch ein achtes Infanterie-

regiment zu 3000 Mann und 1000 Reiter im Anzug waren. Am 3. September endlich, nachdem die einzelnen Regimenter gleich nach der Musterung vorgeschoben waren, brach Wallenstein selber von Eger auf.

Der Marsch des kaiserlichen Heeres führte zuerst in das Gebiet zwischen Werra und Fulda. Nach den vom Kaiser getroffenen Anordnungen hätte man erwarten müssen, daß der Zug von dort gegen den Niederrhein und gegen Mansfeld gegangen wäre. Allein das Ziel war plötzlich verschoben; bereits am 25. August ¹⁾ bezeichnete Wallenstein als den Ort, dem er zustrebte, den niedersächsischen Kreis, d. h. einen Schauplatz des Krieges, auf dem bis dahin Tilly in seiner doppelten Eigenschaft als General des Kaisers und der Liga das alleinige Kommando führte. Welche Gründe den Kaiser hierbei bestimmten, ob ihm etwa die Geringsfügigkeit der Mansfeldischen Streitkräfte und seine Absicht, nach dem niedersächsischen Kreise auszuweichen, inzwischen klar geworden war, ist schwer zu bestimmen. Gewiß aber ist eine der Ursachen in den immer schärfer hervortretenden Bestrebungen der katholischen Restauration zu suchen. Wie erwähnt, hatte der Kaiser diese Bestrebungen bei Ausbruch des neuen Krieges einigermaßen zurücktreten lassen, indem er die niedersächsischen Fürsten durch die Befräftigung der Mühlhausener Zusage zu gewinnen trachtete. Aber schon in der Instruktion, welche am 27. Juni für Wallenstein ausgefertigt wurde, erhielt diese Zusage eine folgenschwere Einschränkung: gegenüber denjenigen, hieß es, welche die Waffen nicht niederlegten, halte der Kaiser sich nicht für gebunden. Daneben, gewissermaßen als praktischer Kommentar solcher Zusätze, hatte dann Wallenstein mit dem kaiserlichen Beichtvater Lamormain eine stille Abrede getroffen. Am kaiserlichen Hof betrachtete man damals das Stift Halberstadt als herrenloses Gut (S. 258), und als ein weiteres Stift, das sein Inhaber durch rebellisches Verhalten demnächst verschmerzen dürfte, konnte man das Erzstift Magdeburg ansehen. Auf der anderen Seite wußte man, daß der Kaiser neben seinem ältesten Sohn einen zweiten, damals im zwölften Jahre stehenden Sprößling, Leopold Wilhelm (geb. 6. Januar 1614), zu versorgen hatte, und daß er dessen Ausstattung, da die Hauslande nicht weiter geteilt werden sollten (S. 195), nur aus geistlichen Würden und Gütern bestreiten konnte. Um nun die Interessen des Kaisers und der katholischen Kirche zugleich zu fördern, kamen Wallenstein und der Beichtvater überein, die genannten beiden Bistümer mit Hülfe der durch den Krieg sich bietenden Gelegenheiten dem kaiserlichen Prinzen zuzuwenden.²⁾ Bei derartigen Entwürfen durfte als Mithelfer der päpstliche Nuntius Carafa nicht fehlen. Der hatte gleich auf die Nachricht von Maximilians Befehl zum Einmarsch in den niedersächsischen Kreis nach Rom gemeldet (26. Juli): ich hoffe, dieses Vorgehen wird zur Wiedergewinnung der Bistümer Minden und Halberstadt, vielleicht auch Bremens Anlaß geben. Und am 1. Oktober konnte er als

¹⁾ Chlumecy S. 14, n. 19.

²⁾ Die von Wallenstein in dem Brief vom 1. Nov. 1625 (Tadra n. 10 S. 306) erwähnte Verhandlung mit Lamormain fällt spätestens in die Zeit der um den 13. Juni (Tadra n. 1, S. 297) gehaltenen Zusammenkunft Wallensteins mit dem Kaiser in Nikolsburg, wenn Lamormain den Kaiser dahin begleitet haben sollte. Sonst muß man auf Wallensteins beide Reisen nach Wien im April und Mai zurückgehen.

erste Frucht seiner Bemühungen berichten, daß der Kaiser dem als Feldmarschall Wallensteins nachgesandten Grafen Colalto den ausdrücklichen Auftrag erteilt habe, „die Einführung von katholischen Bischöfen in den von den Ketzern eingenommenen Kirchen zu betreiben“, einstweilen freilich ohne die von dem Nuntius gewünschte klare Anweisung zu gewaltsamen Maßregeln.

So schlug denn Wallenstein, indem er am 1. Oktober bei Allendorf die Werra verließ und dann im Thal der Leine bei Göttingen vorbei abwärts zog, den Weg in den niedersächsischen Kreis ein. Nach seinen damaligen Äußerungen konnte man vermuten, daß er sich geradeswegs mit dem Ligageneral vereinigen würde, um dann durch einen kräftigen Angriff Christians IV. dem bis dahin so schläfrig geführten Krieg einen kräftigen Nachdruck zu geben. Aber in Wirklichkeit lag ein so rascher Beginn der Unternehmungen weder in Wallensteins Art, noch entsprach er der militärischen Lage. Der Krieg war eben mit ungenügenden Zurüstungen eröffnet, und die Folge war, daß keiner von den drei Feldherren auf die Schlagfertigkeit seiner Armee besonderes Vertrauen setzte, daß vor allem auch Wallenstein seine jungen Truppen einer ernsthaften Probe noch nicht aussetzen wagte.¹⁾ So war denn das vorläufige Ergebnis all' der großen Zurüstungen, daß die Sorge um die Winterquartiere die Schlachten- und Feldzugspläne in den Hintergrund drängte. Um diese Frage handelte es sich denn auch vor allem, als Wallenstein am 13. Oktober mit Tilly nicht weit von Alfeld an der Leine²⁾ zusammentraf. Beide Feldherren nahmen hier eine Verteilung der Gebiete für ihre Quartiere vor, und für sich errang dabei Wallenstein die Stifter Magdeburg und Halberstadt. Es war eine Zuweisung, die er wie einen Sieg betrachtete; denn einmal gewann er dadurch eine Stellung auf dem rechten Flügel der katholischen Streitkräfte, von der er den kaiserlichen Erblanden gegen Angriffe von Norden und Osten zur Hülfe kommen konnte, sodann aber wandte er jenen geheimen mit Lamormain besprochenen Plänen eine vielversprechende Förderung zu. Triumphierend berichtete in dieser Hinsicht Carafa am 12. November: die Einführung katholischer Bischöfe in die deutschen Bistümer habe ich stets mit größter Wachsamkeit, als eine der wichtigsten Aufgaben dieser Nuntiaturs, betrieben, und die ersten Früchte dieser Bemühungen zeigen sich jetzt in der Besetzung von Halberstadt und Magdeburg.

Gleich nach der Alfelder Konferenz zog das kaiserliche Heer um den Nordrand des Harzes nach den zugewiesenen Stiftern. Halberstadt wurde ohne, Magdeburg ohne nennenswerten Widerstand, und daneben noch die im Besitz des Wolfenbütteler Herzogs befindlichen Grafschaften Hohenstein, Regenstein und Blankenburg, sowie die Stolbergische Grafschaft Wernigerode besetzt. Indem nun aber die Truppenteile über Städte und Ämter in die Quartiere gelegt wurden, erfuhr man zum erstenmal, was man fortan durch fünf Jahre unausgesetzt erfahren sollte: den Schrecken Wallensteinischer Kriegsführung.

¹⁾ Dies bezeugt er nachträglich am 3. Juni 1626 (Tabra S. 365 Z. 4 von unten). Vgl. v. d. Decken I S. 157, 338. Wallensteins Äußerungen vom 15. Nov. 1625 (Tabra n. 11 S. 307) erscheinen darnach als Prahlerei.

²⁾ Bei Hemmendorf. Von dort beider Generale Schreiben an den Admin. Magdeburg und S. Braunschweig. (Krause, Urkunden z. Gesch. der Anhaltischen Lande I S. 67.)

In der Instruktion, welche der Kaiser seinem General am 27. Juni ertheilte, ermächtigte er ihn, in „eroberten“ Orten „leidliche“ Kontributionen zur Unterhaltung der Truppen zu erheben, und im Vollgefühl der Ehrlichkeit, mit der er so gegen Raub und Erpressung eine Schranke von Papier errichtete, verwahrte er sich in denselben Tagen vor dem Kurfürsten von Sachsen gegen das sofort in Umlauf kommende Gerücht, daß er die neuen Verbungen „ohne ordentliche Besoldung der Soldaten, allein mit Verheißung der freien Beute“ angeordnet habe: „wir würden,“ sagte er, „auch in unsern größten Notwendigkeiten solche Mittel nimmermehr zu brauchen gemeint sein.“¹⁾ Aber nachdem diese biedereren Worte gesprochen waren, begnügte Ferdinand sich, mit seiner gemüthlichen Indolenz zuzusehen, wie für die wachsenden Söldnermassen aus seinen Kassen so gut wie nichts gezahlt wurde,²⁾ und die Entscheidung über die Beschaffung der Zahlungsmittel aus seinen Händen in diejenigen Wallensteins glitt. Und der faßte seine Aufgabe als die eines Diktators.

Gleich der Anfang seiner Heeresaufstellung war dadurch bezeichnet, daß er der Stadt Nürnberg gegen Erlaß eines vom Kaiser ihr zugedachten Musterplazes 100 000 Gulden abpreßte; in ähnlicher Weise, wenn auch mit geringeren Beiträgen, wurden die Reichsstädte Ulm, Frankfurt und später Mühlhausen herangezogen; auch die Stadt Eger mußte dafür, daß man die Truppen nur auf ihrem Landgebiet hausen ließ, noch 7000 Gulden erlegen. Dann aber, als die Armee in Bewegung gekommen war, hatte zunächst Hessen die Finanzkunst Wallensteins in größerem Maße zu erproben. Im Kriegszustand mit dem Kaiser befand das Land sich keineswegs; denn so unzweifelhaft auch die feindseligen Absichten des Landesfürsten waren, so hatten doch Ritterschaft und Städte dieselben durchkreuzt und erst neuerdings (10. Juni) dem General Tilly sich verpflichtet, vom Landgrafen Moriz sich eher loszusagen, als auswärtige Truppen von ihm ins Land bringen zu lassen. Ein erobertes Land war also Hessen im Sinn der kaiserlichen Instruktion sicher nicht. Gleichwohl wurde hier eine Kontribution umgelegt, die nicht sowohl für die Ernährung der augenblicklich eingelagerten Truppenteile, sondern für die Unterhaltung der weiterziehenden Armee bestimmt war, und deren Einsammlung durch einige zurückgelassene Compagnien besorgt wurde.³⁾ So laut man sich indessen über diese Auflage beschwerte, sie war doch nur ein bescheidener Anfang im Vergleich zu dem, was nun in Halberstadt und Magdeburg erfolgte.

Das Stift Halberstadt konnte, da der kaiserliche Hof als Regenten desselben das Kapitel betrachtete, dieses aber an den Beschlüssen des Braunschweiger Kreistages schon darum unbeteiligt war, weil man das Votum des Stiftes als einstweilen ruhend behandelt hatte, ebensowenig als feindlich betrachtet werden wie Hessen. Eher konnte man die Eigenschaft des Feindeslandes dem Erzstift

¹⁾ An Kurfachsen, 1625 Juni 23. (Dresdener St.N. 9004, 41. Vgl. D. Klopff II S. 475.)

²⁾ Ueber 100 000 Thaler, die er aus der böhmischen Kontribution erhielt, vgl. Hallwich, Abbringen S. 60, 61, 68.

³⁾ Wallenstein an Colalto, 1625 Sept. 16. (Chlumetz n. 22 S. 16.) Einige Angaben über die Kontribution (Getreide) bei Rommel VII S. 607 Anm. 558. Befreiung der Ritterschaft: S. 608 Anm. 560; S. 610 Anm. 563.

Magdeburg zuschreiben; denn der Administrator gehörte zu den Urhebern der Beschlüsse des Braunschweiger Kreistags, und wenn er, nachdem er das Landesaufgebot verkündet hatte, auch selber beim Herannahen der kaiserlichen Truppen das Weite suchte, so that er es doch nur, um einige Zeit später (8. November) vom Könige Christian eine Bestallung auf die Werbung und Führung von 3000 Mann anzunehmen. Aber auch hier war der Gegensatz doch sehr gemildert, da das Kapitel, sobald Tilly in den niederländischen Kreis einbrang, darauf hinweisen konnte, daß des Administrators Abstimmung beim Braunschweiger Kreistag im Widerspruch gegen seinen ausdrücklich erteilten Rat erfolgt sei,¹⁾ wie es denn auch fortan sich jeder Beteiligung an seines Landesherrn kaiserfeindlicher Politik enthielt. — Indes wie man all' diese Verhältnisse auch beurteilen mochte, Wallenstein bedachte sich keinen Augenblick, die beiden Stifter als eroberte Gebiete zu behandeln.

Unterhalt seiner Truppen, das war die Forderung, die er vom Tage seines Einmarsches an die wehrlosen Einwohner stellte. Wenn aber Tilly bei den Erpressungen, mit denen er dem kaiserlichen General vorangegangen war (S. 260), grundsätzlich nur die Ernährung der Soldaten verlangt hatte, und die Geldsteuern, die er zum Teil an die Stelle der Proviantlieferung setzte, zwar als eine übermäßig hohe, aber doch immer noch als eine Unrechnung der Naturallieferungen gelten konnten, so gründete Wallenstein seine Forderungen in erster Linie auf die ganze, die Kosten der Ernährung einschließende Besoldung seiner Truppen, also auf Geldsätze; als Naturallieferung wurde unmittelbar und daneben verlangt das Quartier nebst den sogenannten Servitien, nämlich Feuerung, Licht und Salz, ferner das Futter für Reit- und Bagagepferde. Welche Soldbeträge wurden aber nunmehr aufgestellt! Bei der Anwerbung der Soldaten war der Monatssold eines Obersten auf 400 Gulden, der eines Hauptmanns auf 150 Gulden bestimmt: jetzt wurden allein auf die Woche dem Obersten 500, dem Hauptmann 100 Gulden zugebilligt, und in ähnlichem, wenn auch abnehmendem Verhältnis, ging die Steigerung der ursprünglichen Sätze weiter bis zu den unteren Stellen, — um hier freilich anzuhalten. Für den gemeinen Fußsoldaten war in Kursachsen im Jahr 1619 der Durchschnittsold auf neun Gulden sechsunddreißig Kreuzer gesetzt: jetzt bezog der Wallensteinische Infanterist im Monat neun Gulden.²⁾ Der erste Grundsatz der Wallensteinischen Kriegsverwaltung war eben, die Offiziere, besonders die höheren und höchsten, für den Kredit, den sie gewährten, für das ganze gewagte Geschäft der Kriegführung durch unerhörte Vorteile zu entschädigen, die Gemeinen aber so billig zu nehmen, wie sie eben bei dem aus Verarmung und Verwilderung hervorgehenden Andrang zum Kriegsdienst zu haben waren.

Nachdem nun aber in solcher Höhe festgestellt war, was der Soldat zu fordern hatte, galt es, die Beiträge dafür umzulegen, einzutreiben und den Berechtigten zu überweisen, es galt ferner, dem Soldaten seine Nahrungsmittel,

¹⁾ Instruktion des Kapitals für Lünide und Brunner an Kursachsen, 1625 Aug. 20. (Dresdener St.N. 9204, 41. Buch.)

²⁾ Müller, Söldnerwesen S. 23. Oppl, Wallenstein in Halberstadt S. 24 (täglich 15 Kreuzer und 1½ Pfund Brot, das man auf drei Kreuzer rechnen kann).

sei es durch Lieferung im großen, sei es durch Bewirtung von seiten des Quartiergebers, zuzuführen und ihren Preis einerseits von dem Sold des Empfängers, andererseits von den Geldsteuern des Lieferanten abzuziehen. Soweit die vorliegenden Zeugnisse urteilen lassen, gab es bei all' diesen Anordnungen nur ein oberstes Gebot: es war dasjenige des kaiserlichen Feldherrn. Wie er in seinen Ordinanzen — zunächst wurde eine für Halberstadt am 10. und 11. November erlassen — bestimmte, was die Truppen zu fordern hatten, so bildete er aus Aemtern und Dörfern, Städten und Grundherrschaften die Distrikte, denen er die einzelnen Truppenteile zur Unterhaltung zuwies, und legte ihnen die entsprechenden Beisteuern auf. So wurde z. B. das Kavallerieregiment von Hebron auf das Amt Gröningen angewiesen,¹⁾ und den Inassen neben dem Bedarf der Pferde eine Wochenkontribution von 6561 Gulden aufgelegt. Hätte nun der General für diese Arbeit und für die sich daran schließenden Ausführungsmaßregeln wenigstens ein einheitliches und fähiges Verwaltungspersonal gehabt! Aber teils lag es an der Unvollkommenheit der für diese Zwecke bestehenden Einrichtungen überhaupt, teils an dem improvisierten Charakter der Armee insbesondere, daß das Geschäft der Unterverteilung und Eintreibung vornehmlich den Regimentsobersten und Compagnieführern anheimfiel, und in letzter Instanz waren es die einquartierten Soldaten und Offiziere, welche sich, um zu ihrem Bedarf, sei es an Nahrungsmitteln, sei es an Geld, zu kommen, zunächst an ihre Quartiergeber hielten. Da stellten sich denn alsbald die Ungleichheiten der Verteilung, der brutale Zwang in der Eintreibung und die schändlichsten Erpressungen und Unterschleife im Kleinen und Großen ein, um die schwere Last zu einer wahrhaft erdrückenden zu machen. Voran gingen in dem Werk der Erpressung die hohen Offiziere: soweit sie es mit Umsicht betrieben und die Mittelsmänner zu finden wußten, um den Raub zu bergen und mit dem Erlös desselben zu wuchern, sammelten sie Vermögen und vielfach selbst Reichtümer. Ungünstiger war auch hier wieder die Lage der Gemeinen. Zerlumpt und ohne Waffen waren sie großenteils in die Regimente eingetreten, und wenn sie auch jetzt schon in Stunden der Verwirrung, etwa bei raschen Durchzügen oder plötzlichem Einbruch oder einem Streit um Quartiere, mit Raub und Gewaltthat unter den Einwohnern wüteten, so fehlte ihnen doch in der Regel die Kunst, ihre Beute hauswälterisch anzulegen. Zwischen Entbehrungen und Ausschweifungen hin- und hergeworfen, bald auf Kosten einer gräßlich mißhandelten Bevölkerung schlemmend, bald dem Hunger, der Kälte und Blöße preisgegeben, vermochten sie ihr Gewerbe nicht zu heben; ihr Lohn ging, wie schon angedeutet, eher zurück als aufwärts, und die längst beobachtete Erscheinung, daß die Regimente, wie sie auf den Ruf der Werber sich rasch füllten, ebenso rasch unter Seuchen und Desertionen wieder zusammenschmolzen, trat auch bei Wallensteins Armee in erschreckendem Maße hervor, — freilich, um Obersten und Hauptleuten, indem sie den Sold für Verstorbene und Verlaufene in ihre Taschen gleiten ließen, neuen Anlaß zu guten Geschäften zu geben.

¹⁾ Opel S. 69. Nachher ein Teil des Regiments nach Aschersleben verlegt. (Hallwich, Abbringen S. 88.)

Die zerstörenden Wirkungen, welche dieses Quartier- und Kontributionswesen auf die davon betroffenen Lande ausüben mußte, traten gleich in den ersten Monaten hervor. In Halberstadt zählte man beim Anzug Wallensteins ungefähr 2000 Hauswirte;¹⁾ nach sechsmonatlichem Hausen seiner Truppen waren 700 entflohen, worauf die Soldaten die verlassenen Häuser ausraubten, zum Teil niederrissen und die Balken zur Feuerung benutzten. Ähnlich ging es allerwärts in Städten und Dörfern, wo diese furchtbaren Gäste ihre Quartiere nahmen. Wenn aber die gequälten Leute nach dem Rechte der ihnen aufgelegten Lasten fragten oder Befreiung oder Milderung zu erlangen suchten, so lautete der Bescheid der Offiziere, daß alles auf Befehl des Generals geschehe, und daß die Widerspenstigen „mit Schwert und Feuer aufs äußerste verfolgt werden“ sollten;²⁾ vom General selber vernahmen sie, daß er Vollmacht vom Kaiser habe, und daß des Kaisers Dienst es also erheische. Nicht freilich, als ob diese Greuel der Verwüstung und Zuchtlosigkeit auf Wallenstein ohne Eindruck geblieben wären: auch er erwog sie und zog seinen Schluß daraus, aber dieser Schluß lautete, daß die auf Kosten der Bevölkerung unterhaltene Armee noch lange nicht groß genug sei.

Von regelmäßig bezahlten Truppen, so sagte er, leistet ein Mann so viel wie drei schlecht bezahlte. Da nun der Kaiser zu regelmäßiger Bezahlung keine Mittel hat, muß man wie ein verzweifelter Spieler handeln³⁾ und nehmen, was man bekommen kann. So ließ er denn vom Winter 1625 zum Frühjahr 1626 die Werbungen unausgesetzt weitergehen: in den bestehenden Regimentern suchte man die rasch und tief eingerissenen Lücken zu ergänzen, zur Bildung neuer Regimentern mußte der Kaiser die nötigen Oberstenpatente ausstellen, und von den Niederlanden her wurden die kaiserlichen Hilfstruppen zurückgerufen. Natürlich wurde in demselben Maße, in dem nun die Werbungen, Sammelplätze und Durchzüge sich immer weiter über das Reich erstreckten, auch das System der Erpressung über immer weitere Gebiete getragen.

Wie schon hervorgehoben, die Verantwortung für dieses System fiel auf den Kaiser, weil er seinen Namen dafür gebrauchen ließ; aber der wahre Urheber war Wallenstein, weil er das einzelne erdacht hatte und bei der Ausführung nach seinem Willen und seinem Ermessen vorging. Dieses selbe Verhältnis zwischen der nominellen Autorität des Kaisers und der wirklichen Herrschaft des Generals kennzeichnete fortan die gesamte Kriegsführung. In Worten erkannte Wallenstein das Recht des Kaisers an, seiner Armee ihre Stärke und ihre Bewegungen vorzuschreiben, aber in Wahrheit war er es, der über die Wahl der Quartiere, die Vermehrung der Regimentern und den Plan des Feldzugs entschied. „Man lasse mich machen,“⁴⁾ war das wirksame Wort, mit dem er Vorstellungen oder Vorschriften, die in seine Auffassung nicht paßten, zurückwies. War er

¹⁾ Oppl S. 13. Im Jahr 1589 wurden 1631 gezählt. (Siehe, Kirchengenerationen S. 29.) Ueber den Rückgang s. Oppl S. 95, 97. Vgl. S. 79 fg. u. S. 51.

²⁾ Erlaß des Hauptmanns Bobendich 1625 Nov. 30. (Oppl S. 77.)

³⁾ „alla desperata gehen“ (An Harrach, 1626 März 6. Tabra S. 330.) Derselbe Ausdruck Aug. 9 (S. 419).

⁴⁾ Tabra S. 357 Z. 9 von unten, S. 366 Z. 3.

aber der Mann, dem der Kaiser eine so unbegrenzte Macht ungestraft anvertrauen durfte?

Was in Wallensteins Auftreten die Menschen teils erschreckte, teils unterwarf, war sein maßloses Selbstvertrauen, sein hochfahrender Eigenwille, sein rasch auflosender, oft bis an die Grenzen des Wahnwizes gesteigerter Zorn. So hatten die Entwürfe, mit denen er sich in Krieg und Politik einzugreifen vermaß, regelmäßig einen Zug ins Gewaltige, und seine Untergebenen wußten, daß eine Auflehnung gegen seinen Willen ebenso vergeblich wie gefährlich war. Aber genauer angesehen, war dieser Mann doch ein anderer, je nachdem er redete und sich im Kreise abhängiger Menschen bewegte, oder sich einer großen kriegerischen und politischen Aktion wirklich unterzog. Im letztern Fall zeigte er eine fast an Mangelhaftigkeit grenzende Vorsicht. Mit kühler Beurteilung der schwachen Grundlagen, auf denen seine Heeresmacht und die Stellung seines Kaisers beruhte, und mit hoher Einschätzung der Zahl und Kraft seiner Gegner, suchte er im Krieg vor allem gedeckte Stellungen zu gewinnen und den Feind herankommen zu lassen; in der Politik wußte er, so schwer es auch sein hochfahrendes Selbstgefühl ihm machte, um die Gunst der Mächtigen — heute etwa der spanischen Regierung, morgen des kaiserlichen Reichsvaters — durch erheuchelte Ergebenheit und prahlerische Versprechungen zu werben und vor starkem Widerstand umzukehren. Erst wenn sich ihm mitten unter seinen langsam fortschreitenden Vorbereitungen die Lage klärte, und entweder eine unausweichliche Not oder ein sicherer Erfolg ihm die Bahn vorzeichnete, brach die andere Seite seiner Natur, nämlich eine über alle Hindernisse hinwegstürmende Thatkraft, durch. Dann verstand er es, seine trägen Heeresmassen zu beflügeln und gelegentlich auch vernichtende Schläge zu führen. Aber wenn ihn dann der Erfolg emportrug, so triumphtierte auch wieder sein alter Hang nach ausschweifenden Entwürfen. Emporstrebend im Getümmel des Kriegs und unter dem Umsturz alter Macht- und Besitzverhältnisse, hatte er sich einerseits des Erbarmens gegen die Menschen und der Ehrfurcht vor dem Bestehenden entäußert, andererseits mit höheren Idealen nicht erfüllt. Männer, wie Tilly und Maximilian von Baiern, begeisterten sich an dem Gedanken von der Alleinberechtigung ihrer Kirche, und am kaiserlichen Hof waren Staatsmänner, wie Eggenberg und Trautmannsdorf, bei aller Habsucht doch auch voll aufrichtiger Ergebenheit gegen den Kaiser und sein Haus. Wallenstein entledigte sich der Pflichten gegen die Kirche, zu der er übergetreten war, indem er in der Osterzeit zu den Sakramenten ging und in seinen Herrschaften den Jesuiten eine Stätte ihrer Wirksamkeit bereitete, im übrigen hatten die Gedanken von Religion und Kirche über seine öffentliche Wirksamkeit keine oder geringe Macht. Und sein Verhältnis zum Herrscherhaus? Schwerlich brachte er demselben viel wärmere Gefühle entgegen, als die Führer der böhmischen Stände, aus deren Mitte er hervorgegangen war. Wenn er sich, seinem kirchlichen Bekenntnisse entsprechend, nicht zum Aufstand geschlagen, sondern zum Kaiser gehalten hatte, so betrachtete er sein Verhältnis zu demselben doch von dem Gesichtspunkt einer Rechnung über Leistung und Gegenleistung. „Es würde mir noch im Grabe leid sein, daß ich je einen Tritt in des Hauses Oesterreich Dienste gethan habe!“ das war der charakteristische Ausruf, der sich auf

seine Lippen drängte, sobald er eine Durchkreuzung seiner Ansichten vonseiten des Herrscherhauses befürchtete.¹⁾ Also weder kirchliche noch dynastische Antriebe waren für Wallensteins Pläne maßgebend. Sein Sinn war, in dem Ringen der großen und kleinen Mächte und den ungeheuren Umwälzungen, die daraus hervorgingen, seine gewaltigen Kräfte zu erproben und unter dem Sieg der Sache, der er diente, vor allem auch selber zu wachsen, weit hinaus über die Höhe von Reichtümern und Macht, zu der er sich bereits erhoben hatte.

Mitten in diesem rastlosen Kämpfen und Ringen blieben ihm, wie der Schwung idealer Bestrebungen, so auch die edleren Gemüthsbedürfnisse echter Freundschaft und inniger Familienbeziehungen fremd. Die Menschen sah er vornehmlich als Werkzeuge, Nebenbuhler oder Feinde an; und wenn er über dem menschlichen Getriebe das Walten einer höheren Macht zu erkennen glaubte, so suchte er dieselbe doch nicht in einer sittlichen Weltordnung, sondern in der räthelhaften Kraft der Gestirne. Er war verstrickt in den Aberglauben der Astrologie, und allerlei Astrologen, darunter der große Astronom seiner Zeit, Johann Kepler, mußten ihm Nativitäten und Berechnungen schicksalschwerer Tage bezüglich seiner eigenen Person und der seiner Vorgesetzten oder Feinde stellen. Wenn aber ein Mann wie Kepler derartige Zukunftsrechnungen mit naturphilosophischen Grübeleien zu rechtfertigen und die Wirkung der Gestirne auf die Anlagen und Erregungen der menschlichen Seele mit der sittlichen Selbstbestimmung zu vereinigen suchte, so war Wallensteins Astrologie der massive Aberglaube eines Glücksjägers, der den überirdischen Mächten hinter ihre Geheimnisse zu kommen und seine Maßregeln darnach zu treffen sucht.

So war der Feldherr und so war die Armee, welche der Kaiser neben dem Ligaher in den Krieg aussandte. In dem Krieg selber war inzwischen, wie schon bemerkt, mit dem Herannahen des Winters ein Stillstand wenigstens aller größern Unternehmungen eingetreten. Bei dem von allen Beteiligten empfundenen Bedürfnis nach Bervollständigung ihrer Zurüstungen war dieser Stillstand ihnen allen willkommen. Niemand jedoch mochte diese freie Zeit zur Ergänzung seiner mangelhaften Vorbereitungen verlangender ergreifen als der König Christian IV. Er hatte sich in den Krieg gestürzt, ohne die Bündnisse, die er für unentbehrlich hielt, zum Abschluß gebracht zu haben, und ohne andere Unterstützung, als die englischen Monatsgelder, welche nach einer Zahlung von 45 000 Pfund alsbald ins Stocken kamen,²⁾ und die niederländischen Kreissteuern, deren Ertrag fast gänzlich ausblieb. Die Gewinnung weiterer Bundesgenossen und die stärkere Bindung der bereits Gewonnenen war demnach für ihn die erste Bedingung einer kräftigen Fortsetzung des Krieges, oder genauer, ein Nachholen des leichtsinnig Versäumten. Auch diese Darstellung kann daher nicht zu dem Verlauf des Krieges selber fortschreiten, ohne das Ergebnis jener nachträglichen Bundeswerbungen vorher noch berichtet zu haben.

Der eigentliche Ausgangspunkt für diese Bemühungen lag in den Unter-

¹⁾ An Harrach, 1626 Mai 26. (Tabra n. 56, S. 362/3.) Widerum, Juni 26 (n. 67 S. 374).

²⁾ Buckingham's Eröffnungen 1625 Juli 4. (Histor. Genootschap. Werken n. 10 S. 27.) Vgl. Slange-Schlegel II S. 259 Anm.

handlungen, welche im Januar 1625 die Sendlinge von Schweden und Brandenburg über Gustav Adolfs kriegerische Anerbietungen am Hofe Jakobs I. geführt hatten, in der Absicht, England, Schweden und die protestantischen Reichsstände in einem Kriegsbündnis zu vereinigen. Damals war von England, mit besonderer Rücksicht auf die Generalstaaten, welche in dem Bund nicht fehlen durften, eine im Haag zu haltende Tagsatzung der Beteiligten in Aussicht genommen: ein Plan, der dann aber durch das mit Schweden konkurrierende kriegerische Angebot des Königs von Dänemark erschwert wurde. Infolge dieser dänischen Dazwischenkunft suchten die Engländer, wie sie einen Ausgleich der beiden nordischen Könige über die Führung des Krieges erhofften, so auch die Beteiligung beider an dem Haager Kongreß zu erwirken; allein wie jener Ausgleich an dem Zwiespalt der Nebenbuhler scheiterte, so hatte der Versuch, ihre Bevollmächtigten in einer Tagsatzung zu vereinigen, zunächst nur eine lange Verzögerung der letzteren zur Folge. Erst gegen Ende des Monats November konnte sie eröffnet werden, und da fanden sich als Teilnehmer in vollem Sinne nur die Bevollmächtigten der Generalstaaten und der Könige von England und Dänemark ein.

Für Christian IV. kam es bei diesen Verhandlungen auf drei Punkte an: Erhöhung und Sicherung der Beisteuern für seinen Krieg in Deutschland, Schutz seiner Person und seines Reiches durch ein auch die Verteidigung einschließendes Bündnis, Beschäftigung seiner Gegner durch anderweitige Angriffe vonseiten der verbündeten Mächte. Indem er aber seine Gesandten mit entsprechenden Aufträgen abschickte, hatte er mit Veränderungen zu rechnen, die inzwischen durch zwei Todesfälle in den Reihen der führenden Männer herbeigeführt waren: am 6. April 1625 war König Jakob I., und wenige Wochen darauf, am 23. April, Prinz Moriz von Oranien gestorben. Der letztere Todesfall bewirkte, da der Nachfolger des Verstorbenen, sein Bruder Friedrich Heinrich, in Krieg und auswärtiger Politik seine Erbschaft übernahm, keine tiefergehenden Veränderungen; um so folgenschwerer war aber der Abgang Jakobs I.: er brachte die Männer an die Spitze der Regierung, welche zwei Jahre lang den zaudernden König zu einer gewaltigen Politik fortzureißen gesucht hatten, den Kronprinzen, als König Karl I., und den Lord-Admiral, Herzog von Buckingham, als den in Krieg und auswärtigen Angelegenheiten maßgebenden Berater. Sobald diese Männer die Macht in ihren Händen fühlten, mußte vor allem eine Konsequenz ihrer früheren Opposition gezogen werden. Sie hatten an Jakobs Politik die Halbheit getadelt, mit welcher er, indem er gegen den Kaiser und die Liga die Waffen erhob, doch mit Spanien in Frieden leben wollte: eben in Spanien, meinten sie, müsse der Nerv der Kraft aller Widersacher getroffen werden. Und so viel hatten sie schließlich auch noch unter dem verstorbenen König durchgesetzt, daß eine große gegen Spanien bestimmte Flotte ausgerüstet wurde: 200 000 Pfund, so rechnete Conway in den letzten Tagen Jakobs dem brandenburgischen Gesandten Bellin vor, seien schon für die Flotte ausgegeben, eine halbe Million würde sie im ganzen kosten. Hiernach mußte, sobald Jakob aus dem Leben geschieden war, der Seekrieg gegen Spanien das nächste und stolzeste Ziel der neuen Regierung sein; — der Verbündete aber, der dabei an erster Stelle sich darbot und gesucht wurde, waren die Generalstaaten.

Eine erste, dem Haager Kongreß noch vorausgehende politische That der neuen Regierung war es demgemäß, daß sie mit den außerordentlichen Bevollmächtigten, welche die Staaten alsbald geschickt hatten, am 17. September 1625 ein offensives, gegen Spanien gerichtetes Bündnis abschloß. Als allgemeiner Zweck dieses Bundes wurde der Kampf wider Spaniens ungerechte Usurpationen und herrschsüchtige Anschläge gegen die europäischen Mächte, als besondere Aufgabe die durch solche Uebergriffe abgenötigte Verteidigung der Rechte und Freiheiten der niederländischen Republik und die Herstellung des pfälzischen Kurfürsten aufgestellt. Das Bündnis sollte entweder dauern, bis diese Aufgaben gelöst seien, oder doch für die runde Zeit von fünfzehn Jahren. Beschlossen wurde dann ein gewaltiger zur See und zu Lande zu führender Krieg gegen Spanien und die spanischen Niederlande: Sperrung des spanischen Verkehrs nach Amerika und Indien, ständige Blockade sowohl der flandrischen Küsten, als der Häfen von Lissabon, San Lucar und Cadix, das Zusammenwirken zweier Landheere von je 29—35 000 Mann, und auf besonderen Beschluß ein Angriff gegen die spanischen Reiche mit einer vereinten Flotte, — das alles wurde in den einzelnen Artikeln des Bundes als ausführbare und vertragsmäßige Aufgabe hingestellt.

Noch erhibt von diesen Abmachungen, traten nun die englischen und niederländischen Bevollmächtigten wenige Monate später in die Verhandlungen jenes Haager Kongresses ein, und da verstand es sich denn freilich von selbst, daß die dänischen Gesandten sich nicht über Mangel an Kriegslust zu beschweren hatten. Indes gerade für die dänischen Absichten hatte diese Kriegslust doch auch eine andere Seite. Christian IV. fühlte seine Kräfte der Durchführung des deutschen Krieges nicht gewachsen, für den in Deutschland zu führenden Krieg also forderte er den Beistand der protestantischen und antiösterreichischen Mächte. Im Widerspruch mit diesen Forderungen waren die Absichten Englands und der Generalstaaten vornehmlich gegen Spanien gerichtet; sie wurden also vor die Frage gestellt, ob sie neben den Kosten des spanischen Krieges auch noch ausgiebige Mittel für den Kampf gegen den Kaiser und die Liga aufzubringen vermochten. Daß dies bei den Generalstaaten nicht der Fall war, wußte man längst; daß aber auch Englands Kräfte der doppelten Aufgabe nicht gewachsen waren, zeigte die Gestaltung der inneren Verhältnisse des Staates und seiner Regierung.

In der Hoffnung, ausgiebige Bewilligungen zu erlangen, hatte Karl I. am 28. Juni 1625 sein erstes Parlament eröffnet; aber schon am 22. August, nachdem es ihm nur zwei Subsidien, d. h. ungefähr so viel als sieben von den für Mansfeld versprochenen Monatsgeldern betrogen, gewährt hatte, wurde es in hellem Zwist mit der Krone aufgelöst. Also gleich zu Anfang der neuen Herrschaft war der alte, alle Kraft der Regierung lähmende Zwiespalt zwischen König und Parlament wieder ausgebrochen. Hervorgerufen war der Streit durch dieselben Gründe, die ihn unter Jakob I. erzeugt hatten: durch das starre Eintreten der parlamentarischen Opposition für die auf eigenem Grunde ruhenden Rechte des Parlamentes gegenüber der Monarchie, durch das noch schärfere Eintreten für die Alleinberechtigung der protestantischen Kirche gegenüber den Katholiken und für die Befreiung calvinischer Anschauungen gegenüber der anglikanischen

Kirche, daneben auch durch die Abneigung gegen einen etwa für deutsche Interessen zu führenden Landkrieg. Aber wie das Gefühl der Gegensätze schon durch die Enttäuschung der Hoffnungen, die dem neuen Herrscher entgegengekommen waren, verstärkt wurde, so ward es vollends verbittert durch einen neuen Zwist, durch den Unwillen nämlich über die dem Herzog von Buckingham eingeräumte Herrschaft über den König und die gesamte Regierung. In dem Herzog von Buckingham erhielt damals auch England einen alles beherrschenden Minister, wie Frankreich ihn an dem Cardinal Richelieu besaß. Aber mit diesem großen Nebenbuhler teilte Buckingham nur das Ungefühl der Antriebe und die Kühnheit der Entwürfe, im übrigen trat bei ihm an die Stelle großer Fähigkeiten in der Führung der Geschäfte und der Beherrschung der Menschen ein Selbstvertrauen, das mehr unverschämt als unerschütterlich war, daneben sittliche Frivolität im Privatleben und cynische Verachtung von Recht und Treue in der Politik. Der immer noch wachsenden parlamentarischen Opposition erschien er, besonders auch nach den im französischen Heiratsvertrag zu Gunsten der Katholiken gemachten Zugeständnissen, als ein Mann ohne alle Grundsätze, und daneben als ein Staatsmann und Flottenführer von sehr zweifelhaftem Geschick und unzweifelhafter Herrschsucht und Gewissenlosigkeit. Ihm brachte man daher eine Feindschaft entgegen, welche wesentlich dazu beitrug, daß die geforderten Steuern verweigert wurden, daß also England in eine große kriegerische Politik eintrat, ohne zu wissen, woher es die Mittel nehmen sollte.

Die Folgen dieser widerspruchsvollen Lage hatte der König Christian alsbald zu empfinden. Allerdings wünschten die Engländer, in ihr mit den Staaten geschlossenes Bündnis den dänischen König und womöglich alle mit den beiden Zweigen des Hauses Oesterreich verfeindete Mächte hineinzuziehen; aber als die Hauptaufgabe, die ihrem Staat in dieser Verbindung zufiel, sahen sie den Krieg gegen Spanien an; den Krieg in Deutschland dachten sie anderen Genossen zuzuschieben, und weit entfernt, die Zuschüsse, welche sie für denselben an Mansfeld und Christian IV. zahlten, zu erhöhen, wünschten sie, wenn möglich, eine Verminderung derselben zu erlangen.

Wie scharf stand nun aber solchen Wünschen die Stimmung Christians IV. entgegen! Die mangelhafte Unterstützung Englands hatte ihn mit dem bitteren Gefühl erfüllt, daß diese Macht ihn in den Krieg hineingetrieben und dann im Stich gelassen hatte; er glaubte auch, daß er beim Kaiser um den Preis des Rücktritts von seinen Glaubensgenossen einen billigen Frieden erhandeln könne. Und in dieser Stimmung fertigte er seine Gesandten mit der Drohung ab, den Ausweg des Separatfriedens zu ergreifen, wenn man ihm für den in Deutschland geführten Krieg keine kräftigere Unterstützung zu teil werden lasse.

Das war eine Stimmung, vor der die Engländer ihren Wunsch nach Herabminderung ihrer Leistungen alsbald zurückdrängten. Allein indem sie nun bei den Verhandlungen weder den König abschrecken, noch ihre besonderen Ziele verleugnen wollten, kam es schließlich überall zu halben Beschlüssen. Erst wurde von englischer Seite ein Bündnis vorgeschlagen, das im wesentlichen eine Erweiterung des kurz vorher mit den Staaten geschlossenen und hauptsächlich gegen Spanien gerichteten Bundes gewesen wäre. Als hierauf die Dänen entgegeneten,

daß ihr König mit Spanien keinen Krieg habe, sondern lediglich im Deutschen Reich für die Erhaltung der protestantischen Religion und die Freiheit der Reichsstände eintrete, verständigte man sich in der Weise, daß man ein englisch-dänisch-niederländisches Bündnis festsetzte, in dem überhaupt keine bestimmten Gegner, sondern nur Ursachen und Zwecke genannt wurden: Verletzungen des Religionsfriedens und der Reichsgesetze waren die Ursachen, Herstellung der Freiheiten und Rechte des Reichs waren der Zweck. Nun wäre es darauf angekommen, diese Herstellung, die man beabsichtigte, auf bestimmte Verhältnisse zu richten, wobei denn in erster Linie die Rückführung Friedrichs V. in seine Erblande und Kur in Betracht gekommen wäre. Aber als die Engländer vorschlugen, daß die Restitution des pfälzischen Kurfürsten offen gefordert werde, erinnerten die Dänen, daß die niedersächsischen Stände durch die Vorpiegelung der bloßen Kreisverteidigung in die Waffen gebracht seien; und darauf mußte abermals die Aufstellung jenes greifbaren Zieles wenn nicht unterbleiben, so doch in einen geheimen Nebenartikel verwiesen werden.

Auf solche Weise wurde dem Bunde ein einigermaßen unpersönlicher Charakter aufgedrückt. Ganz anders gestaltete sich aber die Sache, als man weiter zur Bestimmung der kriegerischen Leistungen der Verbündeten schritt. Hier mußte man mit den schon in Gang gekommenen Rüstungen rechnen und mit dem Umstand, daß sich dieselben teils gegen Deutschland, teils aber auch gegen Spanien richteten. Bestätigt wurde also der in dem englisch-niederländischen Bündnis beschlossene Seekrieg gegen Spanien; den Staaten wurde weiter die Pflicht eingeschärft, im nächsten Sommer den Landkrieg gegen ihre spanischen Widersacher mit aller Macht zu führen, und dem dänischen Könige wurde zugemutet, in Deutschland mit einer Armee von 28—30 000 Mann zu Fuß und 7—8000 Reitern weiter zu kämpfen. Aber zu dieser letzteren Bestimmung fügten die Dänen den gewichtigen Vorbehalt hinzu, daß sie gelten solle, wenn die Verbündeten ihrem König den schuldigen Beistand leisten würden; alles kam also auf diese weiteren Leistungen an. Bewilligt wurde nun aber in dieser Beziehung von England nur die weitere Zahlung der Monatsgelder von 30 000 Pfund, welche gleich 300 000 holländischen Gulden gesetzt wurden, wozu die Staaten noch einen monatlichen Zuschuß von 50 000 Gulden versprachen. Um diese offenbar ungenügenden Gewährungen zu verstärken, vertröstete man den König von Dänemark auf die Streitkräfte des inzwischen im niedersächsischen Kreis eingetroffenen Mansfeld: vorläufig von England und Frankreich bezahlt, sollten dieselben in die Ziffer der von Dänemark zu stellenden Truppen eingerechnet und nach den Weisungen des dänischen Königs verwandt werden.¹⁾ Außerdem gab man sich der Hoffnung hin, durch die Gewinnung noch anderer Mächte für die Annahme oder Unterstützung des Bundes die Kraft desselben zu stärken und die eigene Last zu erleichtern.

War aber diese letzte Hoffnung recht begründet? Sie war es am wenigsten in Bezug auf den Machthaber, der sich zuerst zum kriegerischen Eingreifen in

¹⁾ Diese Bestimmung findet sich in dem Haager Nebenabschied. Sie wurde zwar neben zwei anderen Artikeln von Dänemark nicht ratifiziert (Rusdorf I S. 694), aber hinterher doch thatsächlich angenommen.

Deutschland berufen gefühlt hatte, in Bezug auf Gustav Adolf. Im Grunde hatte ja der schwedische König schon seit der Uebergabe der Kriegsleitung an Dänemark seine Sache von den Kriegsplänen der Westmächte getrennt. Jetzt ließ er allerdings noch einmal durch seinen Bevollmächtigten im Haag — es war, da Hutgers kurz vorher gestorben war, der pfälzische Rat, Ludwig Cameraarius — seine Vorschläge über die Möglichkeit eines doppelten Krieges in Deutschland, unter dänischer und schwedischer Führung, darlegen. Aber wie hätten die Verbündeten, deren Mittel den dänischen Ansprüchen nicht genügten, sich zu einer Verdoppelung ihrer Zuschüsse entschließen können! Weder die im Haag geführten Verhandlungen, noch der durch eine Gesandtschaft angestellte Versuch der Haager Verbündeten, dem König Gustav Adolf statt der Uebernahme der Führung die bloße Sendung einiger Hülfsstruppen zu den Feldzügen seines dänischen Nebenbuhlers annehmbar zu machen, hatte ein anderes Ergebnis, als daß die Unmöglichkeit des Zusammenwirkens der beiden nordischen Könige mit neuer Schärfe klargelegt wurde.

In nahem Zusammenhang mit diesem Rücktritt Gustav Adolfs stand nun aber noch ein weiterer Verlust: der Abfall des bei der ersten Anregung der kriegerischen Entwürfe mit Schweden vereinten Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg. Lange Zeit, zuerst in den Tagen, da der dänische König die Leitung der kriegerischen Politik an sich riß, dann wieder, als der Braunschweiger Kreistag seine verhängnisvollen Beschlüsse faßte, hatten die Führer dieser Bewegungen sich mit der Hoffnung getragen, nicht nur Brandenburg bei seinen kriegerischen Plänen festzuhalten, sondern auch den Kurfürsten von Sachsen, und durch beide den oberländischen Kreis zur Mitwirkung zu gewinnen. Die erste Enttäuschung erlebten sie jedoch bei dem sächsischen Kurfürsten. Der Mann, der erst kürzlich den Uebergang der pfälzischen Kur auf Maximilian von Baiern anerkannt hatte und nun die das Reich erfüllenden Wirren durch das Reich selber an einem Deputationstag friedlich geordnet sehen wollte, erblickte in dem neuen Eingreifen Dänemarks und des niederländischen Kreises eine Wiederholung des Spiels von 1619, mit all seinen Gesegwidrigkeiten und all seinen verderblichen Folgen. Wohl war er inzwischen dem Kaiser infolge der Maßregeln katholischer Restauration so weit entfremdet, daß der Gedanke, noch einmal mit den Waffen auf seine Seite zu treten, nicht aufkommen konnte; allein das Recht glaubte er, als der bewaffnete Zusammenstoß zwischen dem Heere Tillys und den niederländisch-dänischen Truppen sich vorbereitete und dann wirklich erfolgte, unbestreitbar auf der Seite des Kaisers zu sehen. Und so wies er die Ueberwindungen des Braunschweiger Kreistags, des dänischen Königs und endlich noch des englischen Gesandten Anstruther (August 1625) scharf zurück. Hiermit aber wurde auch für den Kurfürsten von Brandenburg die Frage, ob er seine bisherige schwedische Verbindung mit der dänischen vertauschen sollte, mit der weiteren Frage, ob er mit dem sächsischen Nachbar in offenen Gegensatz treten wollte, verbunden. Natürlich erneuerten sich darüber im Räte des Kurfürsten die alten Schwankungen, und um dieselben vollends zu verstärken, erschien noch in den letzten Tagen des Juli ein kaiserlicher Gesandter, Hannibal von Dohna, beim Kurfürsten und trug ihm neben dem Gesuch um persönliches Erscheinen

bei dem beabsichtigten Deputationstag recht drohend klingende Warnungen vor seinen antikaiserlichen Verbindungen vor. Da kam denn für Schwarzenberg die gelegene Stunde, auf seine Politik des Zusammengehens mit Sachsen und dem Kaiser mit vollem Nachdruck zurückzukommen. Als am 25. September der staatliche Gesandte Vosbergen in Berlin eintraf, teilten ihm des Kurfürsten Räte mit, daß ihr Herr wegen seiner gefährdeten Lage sich den Bundesverhandlungen im Haag gegen seinen Willen fernhalten müsse.¹⁾ Dieser Beschluß war gefaßt, als Christian von Bellin, der die Verhandlungen in Schweden und England geführt hatte, im geheimen Rat fehlte; er war der Ausgang für die nun wieder eintretende Unthätigkeit Brandenburgs in den deutschen Kämpfen und den herrschenden Einfluß Schwarzenbergs in der auswärtigen Politik.

Nach solchen Entscheidungen war es eine bloße Form, wenn nach Abschluß des Haager Bündnisses noch besondere Beitrittseinladungen, wie an die beiden norddeutschen Kurfürsten, so auch an mehrere Fürsten und Städte in Niedersachsen ergingen. Schweden und die deutschen Reichsstände waren für das Bündnis verloren. Günstiger schienen auf den ersten Blick die Aussichten zu sein, welche den Verbündeten die großartige, den Machtkreis des Hauses Oesterreich überall umfassende Politik des Kardinals Richelieu eröffnete. Bereits im März 1625, als Bellin bei Fortsetzung seiner diplomatischen Reise, die er zur Betreibung der kriegerischen Vorschläge Gustav Adolfs unternommen hatte, von England (S. 276) nach Frankreich gekommen war, hatte sich die dortige Regierung zu einer zweijährigen Beisteuer von je 500 000 Livres, allerdings nur unter schweren Bedingungen, geneigt erklärt; sie hatte dann, als der König von Dänemark dem Schweden den Rang abließ, ihre Neigung geäußert, etwa ein Drittel jener Beisteuer auf Christian IV. zu übertragen, und endlich war sie es, welche neben England die Erhaltung der Mansfeldischen Truppen ermöglichte. Warum sollte es also nicht gelingen, Frankreich auch zur Beteiligung an den Unternehmungen des Bundes zu bewegen? Indes dieser Folgerung trat doch auch wieder ein Hindernis von anderer Seite her entgegen: es lag in dem Umstand, daß die französische Politik die verschiedenartigsten Interessen in ihren Dienst zu stellen und zu berücksichtigen hatte.

In dieser Beziehung ergab sich ein erstes zwiespältiges Verhältnis, auf welches noch in anderem Zusammenhang zurückzukommen ist, daraus, daß seit Ausgang des Jahres 1622 auch Maximilian von Baiern vertraute Beziehungen zu Frankreich angeknüpft hatte. In der Hoffnung, in Maximilian und der bairischen Liga den schlummernden Gegensatz gegen die kaiserliche Macht und die österreichischen Hausinteressen aufwecken zu können, und somit gleichzeitig die protestantischen Fürsten und die Ligisten gegen das Haus Oesterreich zu führen, hatten sowohl die Vorgänger Richelieus, als der Cardinal selber diese Beziehungen gepflegt; zugleich aber sahen sie sich dadurch vor die schwierige Aufgabe gestellt, diejenige Frage, welche in den deutschen Wirren allen anderen voranstand, die

¹⁾ Ein Gesandter des Kurfürsten erschien dann doch im Haag, aber ohne an den Verhandlungen teilzunehmen (Camerarius an Drenstierna, 1625 Nov. 28. Schybergson, Sveriges och Hollands etc. S. 341. Vgl. Schybergson, ev. allians S. 105 Anm. 19. Ueber den daselbst S. 104 mitgetheilten Instruktionsentwurf vgl. Droyfen, Preuß. Politik III 1 S. 35 Anm. 26).

Frage nämlich, ob Friedrich V. bedingungslos restituirt werden sollte, wie die Protestanten verlangten, oder ob seine Kur und ein Teil seiner Lande dem bairischen Herzog verbleiben sollten, wie die Liga und ihr Haupt forderten, so zu behandeln, daß beide Parteien ihre Rechnung auf Frankreich stellten. Dazu bedurften die französischen Staatsleiter der freien Hand, und die nächste Folgerung war daher, daß sie wohl die deutschen Protestanten zu unterstützen, nicht aber durch ein Bündnis sich ihnen vorbehaltslos zu verpflichten gedachten. Aber auch die bloße Unterstützung wurde wieder durch ein anderes Verhältnis erschwert.

Im Januar 1625 war die allzeit fortwährende Feindschaft zwischen den Hugenotten und der französischen Regierung in einem neuen Aufstand, unter Führung der Brüder Rohan und Soubise, ausgebrochen. Nicht eine Beeinträchtigung des Gottesdienstes, sondern ein mit der militärisch-politischen Machtstellung der Reformierten zusammenhängender Streit war es, welcher diesen Aufstand hervorrief, und darauffin nahm nun auch Richelieu den Kampf auf, um ihn zu führen, bis diese politisch-militärische Sonderstellung vernichtet sei. Noch aber war der neue Krieg kein Jahr im Gange, als sich eine gerade entgegengesetzte Bewegung in England erhob. Buckingham, in dem Glauben, daß eine Gefälligkeit gegen die katholikenfeindlichen Bestrebungen des Parlamentes seiner Politik dienlich sei, und mit cynischer Mißachtung der gegen Frankreich bei dem Heiratsvertrag gemachten Zusagen, erklärte am 18. August 1625 vor dem Parlament, daß die Strafgesetze gegen die Katholiken wieder pünktlich ausgeführt werden sollten. Diese doppelte Verfolgung, der Katholiken in England, der Reformierten in Frankreich, wirkte nun sofort auch auf das Verhältnis der beiden Regierungen zurück: Buckingham drohte mit Unterstützung der Hugenotten, Frankreich betrachtete es als Ehrensache, auf Erfüllung der in dem Heiratsvertrag den englischen Katholiken gewährten Freiheiten zu bestehen. Die nächste Folge dieser Entzweiung aber war, daß die jetzt im Haag mit Frankreich und dem französischen Gesandten geführten Unterhandlungen vorläufig um keinen Schritt weiter kamen.

So blieb am Ende nur ein Fürst übrig, der bereit war, sich neben den Haager Verbündeten in den Krieg zu stürzen: es war der räuberische Bethlen Gabor. Als dieser vom Tage seines Friedensschlusses mit dem Kaiser nach neuen Gelegenheiten zum Bruch desselben spähte, kam ihm zunächst jene gesteigerte Feindschaft Frankreichs und Englands gegen das Haus Oesterreich zu statten. Jakob I. überwand seinen Widerwillen gegen den Vasallen des Sultans so weit, daß er seinem Gesandten in Konstantinopel, Thomas Roe, den Auftrag gab, mit den Bevollmächtigten Bethlens in Verbindung zu treten,¹⁾ worauf denn Konstantinopel ein Mittelpunkt wurde nicht nur für Bethlens Verhandlungen mit dem Sultan, sondern auch mit den Vertretern von England, Frankreich und den Staaten. Richelieu ging so weit, daß er schon in den ersten Tagen des Jahres 1625 einen Gesandten bei Bethlen erscheinen ließ, um ihn zur Wiederaufnahme des Kriegs gegen den Kaiser zu ermuntern.²⁾ Daneben konnte Bethlen

¹⁾ Rusdorf, 1624 Dez. 14. (Mém. I S. 406.)

²⁾ Camerarius, 1625, März 27. (Schybergson, Sveriges och Hollands etc. S. 175.) Bericht an den Kaiser, 1625 Febr. 12. (Gindely, acta et documenta historiam Gabriellis Bethlen illustrantia S. 407.) Roe, 1625 April 26. (Negotiations S. 377.)

mit neuen Verwickelungen zwischen dem Kaiser und dem Sultan rechnen. Im Jahr 1626 nämlich lief der zwanzigjährige Friede von Bsitwa-Torok (II 185) ab, und obgleich derselbe schon im Jahre 1615 erneuert war (II 390), hielt man doch eine abermalige Erneuerung für nötig. Da gab es denn erst schwierige Verhandlungen über den Erneuerungsvertrag selber, dann, als dieser im Mai 1625 zu Gyarmath vereinbart war, noch schwierigere Verhandlungen über die Ratifikation und über die von beiderseitigen Kommissarien vorzunehmende Festsetzung der streitigen Grenzen. Bethlen konnte immer noch hoffen, aus diesen Auseinandersetzungen den offenen Bruch hervorgehen zu sehen.

Nun hätte man glauben können, daß der hohe Flug seiner Pläne durch den mißlichen Verlauf der beiden letzten Kriege gehemmt wäre. Aber in Wirklichkeit war mitten unter den Fehlschlägen sein Selbstgefühl eher noch gewachsen; hatte er doch, da er seit 1622 Witwer war, seinen Ehrgeiz darauf gerichtet, eine zweite Gemahlin nicht aus dem einheimischen Adel, sondern aus einem großen Fürstenhaus zu gewinnen. Er gab diesem Gedanken bereits bei den mit dem Kaiser geführten Friedensverhandlungen Ausdruck, und zwar in der kühnen Fassung, daß durch seine Vermählung mit einer Tochter Ferdinands alle beiderseitigen Streitigkeiten einem gütlichen Ausgleich zugeführt werden sollten. Dann, als er am Hof der Habsburger keinen Anklang fand, ließ er sich von dem englischen Gesandten in Konstantinopel auf das Haus Brandenburg weisen,¹⁾ und da war es denn eine Nachwirkung der von Kurbrandenburg angesponnenen antikaiserlichen Verbindungen, daß über die Vermählung der Schwester des Kurfürsten, der Prinzessin Katharina, mit dem siebenbürgischen Voivoden im September 1625 eine vorläufige Verständigung getroffen wurde, worauf denn im März 1626 die Hochzeit und die Einführung der deutschen Fürstentochter in den halbbarbarischen Hof²⁾ erfolgen konnte.

So den westlichen Mächten auch persönlich näher rückend, antwortete Bethlen auf die ersten Anregungen des französischen Abgeordneten und der Gesandten in Konstantinopel mit Erneuerung seiner alten Projekte eines Doppelstoßes gegen die europäischen Lande: er selber wollte durch Ungarn vordringen, die anderen zum Krieg bereiten Mächte sollten ihm ein kleines Heer nach Böhmen oder Schlesien entsenden, ihm die Sicherheit eines festen Bündnisses gewähren und ihm außerdem einen mäßigen Geldzuschuß bewilligen. Indes vielversprechend ließen sich die hierüber geführten Verhandlungen nicht an. Wohl wurde ihm durch Mitteilung der bevorstehenden Tagsatzung im Haag die Gelegenheit geboten, seinen Hauptmann Matthias Duab von Wickrad zu den Verhandlungen zu schicken, aber zu den Beratungen wurde derselbe nicht zugelassen, und erst nach dem Beschluß des Bündnisses wurde Bethlen, ähnlich wie Gustav Adolf, zum Beitritt und zur Mitwirkung bei dem großen Krieg gegen das Haus Oester-

¹⁾ Roe, 1626 Juli 26: I first moved (the alliance with Brandenburgh). S. 527. Beginn der Verhandlungen: Zeidler, 1624 Okt. 27. (Gindely, acta S. 407.) Sendung des Matth. Duab: Camerarius, 1624 Dez. 19. (Schybergson, Sveriges etc. S. 119.) Drenstierna, 1624 Nov. 23. (Skifter I 2 S. 767.)

²⁾ Vgl. den etwas satirischen Bericht des bairischen Abgesandten in der Zeitschrift für Baiern II 2 S. 349.

reich aufgefordert. Gegen den Vollzug des Beitrittes erhob sich dann ein neues Hindernis in Gestalt der von ihm geforderten Subsidien, welche er auf 40 000 Reichsthaler monatlich setzte und den vier Mächten England, Dänemark, den Staaten und Frankreich zu gleichen Teilen zudachte. Nur Frankreich kam seinem Verlangen entgegen, indem es im Januar 1626 sich zur Zahlung seines Anteils bereit erklärte. England dagegen fand sich zu neuen Verpflichtungen unvernünftig, und wie die beiden anderen Mächte Geld geben sollten, statt zu empfangen, war auch nicht abzusehen.

Die Folge war, daß einstweilen ein wirklicher Abschluß auch mit Bethlen nicht zu stande kam. Darüber aber gelang es dem Kaiser, ihm in Ungarn eine schwere, wenn auch friedliche Niederlage zu bereiten. Am 13. Oktober 1625 eröffnete Ferdinand persönlich den ungarischen Reichstag zu Debenburg. Er war gekommen, um durch die Wahl seines ältesten Sohnes die ungarische Krone seiner Nachkommenschaft zu sichern und damit zugleich eine der Bedingungen zu erfüllen, an welche Spanien die Vermählung des jungen Ferdinand mit der Infantin geknüpft hatte (S. 298). Noch glaubte er aber dem Reichstag so wenig trauen zu dürfen, daß er die Wahl selber nicht auf die Tagesordnung zu setzen wagte. Um so erfreulicher war es da für ihn, daß die kaiserliche Partei eine Probe ihrer inzwischen erfolgten Erstarfung ablegte, indem sie einen aus der Mitte des Reichstags hervorgehenden Antrag auf Vornahme der Wahl durchsetzte. Am 27. November wurde demgemäß Ferdinand gewählt und am 8. Dezember gekrönt. Für Bethlen war dieser Vorgang ein Beweis, daß er auf einen großen Aufstand in Ungarn jetzt noch weniger als bei seinem letzten Losbruch rechnen durfte, und es entsprach mehr seinem glühenden Ehrgeiz, als der wirklichen Sachlage, wenn er dem englischen Gesandten in Konstantinopel sagen ließ: er halte fest an dem durch seine Wahl erworbenen (S. 76) und mit dem Tod des Kaisers fälligen Recht an die ungarische Krone und werde es bis zum letzten Blutstropfen verteidigen.

Wenn die Verbündeten im Haag alle diese Verhältnisse ins Auge faßten, so konnten sie schwerlich mit sonderlicher Zuversicht an die Ausführung ihrer Pläne gehen. Daß sie es im übrigen nicht vergaßen, sich auch noch zu gegenseitigem Schutz zu verpflichten, und sich für den Fall des Angriffs die eben zur Offensive bestimmten Streitkräfte, ja ihre gesamte Macht zur Verteidigung zuzusenden versprachen, daß sie ferner eine neue Zusammenkunft auf den 30. März 1626 im Haag anberaumten, bei der die Ratifikationen ausgewechselt, und die vergeblich erhofften Beitritte anderer Mächte vollzogen werden sollten, gehörte mehr zu dem formellen Abschluß der Verhandlungen, als zu den wirksamen Ergebnissen derselben. Die nächste Frage für Deutschland war, ob in dem jetzt erst mit voller Kraft ausbrechenden Kriege der dänische König mit Hilfe seiner außerdeutschen Verbündeten und der niederländischen Stände eine starke Offensive werde entfalten können.